



Islam in Europe

EUROPÄISCHE ISLAM-KONFERENZEN
der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich
Graz 2003
Wien 2006

Towards an independent self-image
Unterwegs zu einem eigenständigen Selbstverständnis

Underlining the compatibility between Muslim identity and the
values of Democracy, Pluralism, Rule of Law and Human Rights
Vereinbarkeit einer Identität als Muslim/in mit den Werten von
Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten



ISLAMISCHE
GLAUBENSGEMEINSCHAFT
IN ÖSTERREICH



Impressum

Copyright © Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich, 2006. All rights reserved
Für den Inhalt verantwortlich: Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich, Bernardgasse 5
A-1070 Wien. www.derislam.at

Redaktion: Carla Amina Baghajati - Medienreferat und Öffentlichkeitsarbeit.

Grafik und Layout: Mag. Mayrhofer-Diaw Barbara

Fotos: Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich



Inhaltsverzeichnis Content

Geleitwort

Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich

I. Geschichte des Anerkennungsstatus und Entstehung der IGGiÖ	1
II. Die Glaubensgemeinschaft heute	2
III. Rechtliche Anerkennung nicht gleichbedeutend mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz	2
IV. Aufgaben der Islamischen Glaubensgemeinschaft	
• Islamunterricht an Schulen	3
• Schulerhalterin der Islamischen Religionspädagogischen Akademie in Wien	3
• Servicestelle bei muslimischen Angelegenheiten	3
• Besuchs- und Sozialdienst an Spitälern und in Haftanstalten	4
• Verwaltung eines muslimischen Friedhofs	4
• Frauenreferat	4
• Öffentlichkeitsarbeit	4
• Interreligiöser Dialog	5
V. Zusammensetzung der Gremien	5

The Official Islamic Religious Community in Austria

Integration by Participation	7
------------------------------	---

„Konferenz islamischer Zentren und Imame

Europas“ - Graz 2003	11
• Rede des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft Anas Schakfeh	19
• Eröffnungsansprache von Herrn Dr. Walter Schwimmer, Generalsekretär des Europarats	21
• Opening address by Dr. Walter Schwimmer, Secretary General of the Council in Europe	27
• Dr. Romano Prodi, Präsident der Europäischen Kommission	32
• Dr. Mustafa Cerić, Grand Mufti of Bosnia	37

DEUTSCH

• Grazer Abschlusserklärung	47
• Empfehlungen der Konferenz	53

ENGLISH

• Graz Declaration	55
• Recommendations of the Conference	61

ARABIC

• Graz Declaration (Arabic Version)	63
• Recommendations of the Conference	66



Aus der Presse _____ 67

„Konferenz der Europäischen Imame
und SeelsorgerInnen“ - Wien 2006 _____ 69

DEUTSCH	Wiener Abschlusserklärung	75
	• Integrationssoziologie	77
	• Bildung	80
	• Politik	82
	• Wirtschaft	85
	• Frauen	86
	• Jugend	89
	• Ökologie	91

ENGLISH	Final declaration of the Conference in Vienna	94
	• Integration sociology	96
	• Education	99
	• Politics	101
	• Economy	103
	• Women	104
	• Youth	107
	• Ecology	109

FRANÇAIS	Déclaration finale de la conférence à Vienne	112
	• Sociologie de l'intégration	114
	• Education	117
	• Politique	120
	• Economie	122
	• Femmes	124
	• Jeunesse	127
	• Ecologie	128

ARABIC	Final declaration of the Conference in Vienna	132
	• Integration sociology	133
	• Education	134
	• Politics	135
	• Economy	135
	• Women	135
	• Youth	136
	• Ecology	136

Aus der Presse _____ 137



Geleitwort

Muslime sehen sich in Europa einer besonderen Herausforderung gegenüber. Eine Fülle von Themen werden im Licht eines womöglich religiösen Zusammenhangs gesehen: Sei es die Integrationsfrage von Muslimen in Europa allgemein oder die global empfundene Bedrohung durch Terrorismus und die damit verknüpfte und für Muslime schmerzliche Frage nach einem womöglich in der Religion selbst angelegten Gewaltpotential.

Vor dem Hintergrund eines in den einzelnen europäischen Ländern zum Teil unterschiedlichen historisch tradierten Islamverständnisses und Zugangs zu den muslimischen Gemeinschaften, erscheint die aktive selbstbewusste Herangehensweise der Muslime nicht immer einfach. Vielfach stehen gewachsene Ressentiments und Vorurteile der Verständigung im Weg und bringen ein Argumentieren aus dem Rechtfertigungseck heraus mit sich. Zudem entwickelt sich nun, nachdem die erste und zweite Generation der Zuwanderer erst einmal damit beschäftigt war eine Existenz zu begründen, ein geistiges Klima unter Muslimen, das die eigene Position stärker reflektiert. Man ist in Europa „angekommen“.

Österreich mit seinem inzwischen häufig als modellhaft bezeichneten Umgang mit dem Islam, der durch den rechtlichen Anerkennungsstatus seit 1912 begründet ist, zeigte sich als besonders prädestiniert, hier einen Beitrag zur Entwicklung eines muslimischen Selbstverständnisses für Europa zu leisten. Denn in einem Klima, wo zumindest auf der Ebene des institutionalisierten Dialogs Sachfragen, die häufig für Emotionen sorgen – vom Kopftuch bis zum Schächten – auf gleicher Augenhöhe konstruktiv behandelt werden können, ist auch der innermuslimische Diskurs begünstigt.

So wurde Österreich zum Schauplatz wegweisender Konferenzen der Muslime. Als besonders inspirierend konnte von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dabei erfahren werden, dass der offene Gedankenaustausch gleich ob aus russisch-muslimischer, spanisch-muslimischer oder englisch-muslimischer Perspektive, um nur einige Länder zu nennen, wobei Bosnien und anderen



osteuropäischen Ländern mit einer historisch gewachsenen muslimischen Population ein besonderer Stellenwert zukommt, eindeutig in eine Richtung geht: Die Zukunft des Islam in Europa über die aktive Teilhabe der Muslime im Sinne des Gemeinwohls nach dem Motto „Integration durch Partizipation“ zu definieren und sich dabei klar für die Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Menschenrechte auszusprechen.

Dieser Diskurs hat es gerade gegenüber Stimmen, die immer wieder die Integrationsfähigkeit des Islam in Europa ernsthaft in Abrede zu stellen suchen, nicht immer leicht sich Gehör zu verschaffen. Aktuelle Schlagzeilen verstellen nur zu oft den Blick auf die kontinuierliche Entwicklung an der Basis, die als „good news“ nicht so rasch in die öffentliche Wahrnehmung dringt.

Die im Folgenden zusammengestellten Texte sind so eine Einladung, sich mit Positionen des Islam in Europa auseinanderzusetzen, Entwicklungslinien aufzuspüren und weiterzuvollziehen. Stand in Graz 2003 noch eine prinzipielle Standortbestimmung im Vordergrund, so trägt die Konferenz in Wien 2006 schon viel eher den Charakter eines Aktionsplans mit zum Teil sehr konkreten Vorstellungen, etwa in der erweiterten Perspektive auf die vielfältigen Aufgabenfelder eines Imams. In der Umsetzung wird es eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses und nicht zuletzt auch politischer Rahmenbedingungen bedürfen.

Anas Schakfeh
Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft



Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich

I. Geschichte des Anerkennungsstatus und Entstehung der IGGiÖ

Innerhalb Europas stellt die Behandlung des Islam in Österreich eine Besonderheit dar, denn bereits seit 1912 geht ein eigenes Islamgesetz auf die rechtliche Stellung der in Österreich lebenden Muslime ein. Die Donaumonarchie hatte 1908 das großteils muslimische Bosnien Herzegowina annektiert. Dass nun rund 600.000 Muslime im Reichsgebiet lebten, fand seinen Niederschlag in diesem Gesetz, das über das eher auf die christliche Organisationsstruktur zugeschnittene Anerkennungsgesetz von 1874 hinaus in § 6 ausdrücklich den gesetzlichen Schutz von Religionsausübung und Religionsdienern des Islam aussprach. Bosniaken dienten in der Leibgarde des Kaisers, Imame taten als Militärseelsorger Dienst, und es gab Pläne für den Bau einer großen Moschee in Wien, die durch den 1. Weltkrieg zunichte wurden.

In den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wuchs die Zahl der Muslime in Österreich durch den Zuzug von Migranten vor allem aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien. In dieser Zeit wurde der Verein „Moslemischer Sozialdienst“ gegründet, der sich neben den Aufgaben in religiöser Hinsicht und der Übernahme humanitärer Hilfe auch für eine angemessene rechtliche Verankerung der muslimischen Gemeinde einsetzte.

1971 beantragte der Verein die Genehmigung zur Errichtung einer Kultusgemeinde und deren Statuten auf Grundlage des Islamgesetzes. Daraufhin konstituierte sich 1979 die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich als Körperschaft öffentlichen Rechts. Sie stellt die offizielle Verwaltung der religiösen Belange aller im Lande lebenden Muslime



dar. Für die Muslime ist nicht nur die freie und öffentliche Religionsausübung garantiert, sondern sie genießen durch die Anerkennung Autonomie, was die Regelung der inneren Angelegenheiten betrifft.

II. Die Glaubensgemeinschaft heute

In Österreich bekennen sich laut Volkszählung von 2001 338.998 Personen zum Islam, was einem Prozentsatz von 4,2 % entspricht. 96.052 Menschen muslimischen Glaubens besitzen die österreichische Staatsbürgerschaft.

Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich und ihre regionalen Vertretungen, die Religionsgemeinden, möchten als offizielle Vertretung der Muslime in Österreich wesentlich zur Lebensqualität der Muslime im Sinne der Sicherung religiöser Betreuung beitragen. Über die sich unmittelbar ergebende Aufgabe der Pflege und Wahrung der Religion innerhalb der muslimischen Gemeinschaft hinaus, sieht sich die Islamische Glaubensgemeinschaft als Bindeglied zu staatlichen Institutionen und zivilen Einrichtungen in Österreich.

Alle Muslime, die in Österreich ihren Lebensmittelpunkt haben, werden unabhängig von ihrem Herkunftsland, ihrem sozialen Status, ihrem Geschlecht oder der Zugehörigkeit zu einer islamischen Rechtsschule gleichberechtigt vertreten.

III. Rechtliche Anerkennung nicht gleichbedeutend mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz

Der Islam ist im Gespräch und das nicht erst seit dem 11. September 2001. Wenn es um „Integration“ geht, werden Muslime oder der Islam als Religion immer wieder zum Gegenstand einer mitunter sehr emotional geführten Debatte. Daraus ergibt sich ein neuer Schwerpunkt - die Aufarbeitung bestehender Vorurteile und Klischees gegen den Islam. Mehr Information und beiderseitige Begegnung zum Abbau von Hemmschwellen ist nötig.



Ein entspanntes Miteinander in gegenseitigem Respekt und Anerkennung liegt uns am Herzen.

Die Islamische Glaubensgemeinschaft betrachtet es als eine zentrale Aufgabe, Muslimen in Österreich ein wertvoller Partner darin zu sein, die islamische Identität in der Minderheitensituation zu bewahren und sich gleichzeitig positiv in der österreichischen demokratischen pluralistischen Gesellschaft verankert zu sehen. Daher suchen wir den Gedanken der Integration durch Partizipation zu fördern.

IV. Aufgaben der Islamischen Glaubensgemeinschaft Islamunterricht an Schulen



- Vermittlung von fundiertem Wissen und damit Festigung der Beziehung zur Religion. Die österreichische Gesellschaft soll unsere Jugend als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft erleben und ihren Islam als bereichernd empfinden.
- Betreuung von rund 40.000 muslimischen Schülerinnen und Schülern durch die Bestellung qualifizierten Lehrpersonals, an rund 2.700 Standorten von ca. 350 LehrerInnen

Schulerhalterin der Islamischen Religions pädagogischen Akademie in Wien

- Ziel ist die Erlangung eines einheitlichen Fachwissens auf
- der Basis der muslimischen Quellentexte und moderner Pädagogik
- Erste Absolventinnen und Absolventen unterrichten bereits an den Schulen
Verleihung des Status einer konfessionellen Schule

Servicestelle bei muslimischen Angelegenheiten

- Beratung bei religiösen Fragen
- Ausstellung von Bescheinigungen (bei Namensgebung, vor Antritt des Militärdienstes, im Todesfall, usw.)



- Persönliche Beratung vor Abschluss eines Ehevertrags und
- Eheschließungen nach islamischem Ritus
- Beaufsichtigungen von Schächtingen

Besuchs- und Sozialdienst an Spitälern und in Haftanstalten

- Auf Abruf Einsatzbereitschaft in Krisenfällen
- Brückenbaufunktion zwischen muslimischen Patienten und dem Spitalspersonal
- Vorträge und Diskussionsveranstaltungen zur Situation muslimischer Patienten an Heil- und Pflegeanstalten

Verwaltung eines muslimischen Friedhofs

- Ab 2003 Beginn der Errichtung eines eigenen muslimischen Friedhofs als letzte Ruhestätte für verstorbene Gemeindeglieder im 23. Wiener Gemeindebezirk
- Abwicklung aller damit verbundenen Angelegenheiten wie Organisation der rituellen Totenwäsche, usw.

Vernetzung von Aktivitäten der verschiedenen Moscheen und Vereine

- Drehscheibe zur Informationsweitergabe und Intensivierung von Kontakten für rund 160 Gebetsstätten in Österreich, eigenständig und ohne finanzielle Aufwendungen seitens der öffentlichen Hand betreut durch ein reges Vereinsleben
- Organisation von Veranstaltungen
- Gestaltung eines Familienfestes zu islamischen Feiertagen
- Abhaltung von Symposien und Konferenzen („Grazer Konferenz“ mit Grundsatzerklärung zu „Islam in Europa“, Juni 2003)

Frauenreferat

- Stärkung der Anliegen muslimischer Frauen

Öffentlichkeitsarbeit

- Besuchsangebot für Schulen: Im Gespräch soll auf der





Grundlage eines kurzen Referates mit anschließender Diskussion ein authentischer Einblick in den Islam und die Situation in Österreich gewonnen werden

- Organisation von Moscheeführungen für spezielle Zielgruppen
- Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme und Besprechung von Fragen und Anliegen auch für Menschen nicht-muslimischen Glaubens

Interreligiöser Dialog



- Teilnahme an diversen Symposien und Konferenzen
- Kontaktpflege und –aufbau zu anderen Religionsgemeinschaften
- Besuche in Pfarren nach Einladung zu Gesprächsabenden
Medienreferat



- Schaffen von Öffentlichkeit durch mediale Präsenz
- Vermittlung kompetenter Interviewpartner
- Anlaufstelle bei der Vermittlung von Informationen rund um den Islam

V. Zusammensetzung der Gremien

Den Gedanken der Einheit in der Vielfalt spiegelt die Zusammensetzung der Gremien aus verschiedenen Herkunftsländern. Auf der gemeinsamen Basis der islamischen Quellen und muslimischer Ethik, die sich am friedvollen, respektvollen Umgang miteinander orientiert und auf soziale Gerechtigkeit bedacht ist, soll die Arbeit für die islamische Gemeinde gestaltet werden.

Die Wahl dieser Gremien ist durch die Verfassung geregelt. In den Sprengeln Wien (für Wien, Niederösterreich und Burgenland), Graz (für Steiermark und Kärnten), Linz (für Oberösterreich und Salzburg) und Bregenz (für Vorarlberg und Tirol) wählt die Gemeindeversammlung den Gemeindevorschuss, der aus jeweils neun Mitgliedern für sechs Jahre besteht. Daneben ist für die Islamische



Glaubensgemeinschaft der Schurarat als legislatives Organ von besonderer Bedeutung, in das die regionalen Ausschüsse einzelne Mitglieder entsenden, so dass dieser zumindest aus sechzehn Personen besteht. Der Oberste Rat mit zwölf vom Schurarat gewählten Mitgliedern bildet dessen Exekutivorgan. Der Vorsitzende des Obersten Rates ist gleichzeitig Präsident der Glaubensgemeinschaft und damit dessen erster Vertreter.

In der Zusammenarbeit von Männern und Frauen unterschiedlichen Hintergrunds sollen entscheidende Impulse entstehen, eine muslimische Lebensweise als absolut vereinbar mit der persönlichen Identifikation als Teil Österreichs immer breiter auch außerhalb des muslimischen Kreises zu etablieren.

Damit geht einher, noch stärker den Dialog mit der Öffentlichkeit zu pflegen. Es gilt Vorurteile, Klischeevorstellungen und alte Ressentiments durch Information und die Förderung von mehr aktiver Teilhabe von MuslimInnen am gesellschaftlichen Leben abzubauen.



Eröffnung eines Gebetsraumes in der Maria-Theresien Kaserne



Islamunterricht an öffentlichen Schulen



Islamischer Besuchs- und Sozialdienst in Spitälern



Präsident Schakfeh überreicht Bundeskanzler Dr. Schüssel ein Geburtstagspräsent





The Official Islamic Religious Community in Austria

Integration by Participation

Islam has about 340.000 adherents in Austria 4,2 % of the Austrian population are muslim. In Vienna there live some 121.000 people of Islamic faith. So the percentage runs up to 7,8 % in the Austrian capital. More than 96.000 Muslims carry the Austrian citizenship.

Muslims enjoy the status of an officially acknowledged religion which presents them with the same rights like for example the Christian churches. This is quite unique in Europe and lays the ground for a situation that is seen as a kind of model when it comes to dealing with Muslim minorities in Europe. The recognition is formulated in the Islam law that goes back to the year of 1912 when Austria was a monarchy and Bosnia-Herzegovina with its Muslim population part of it.

The formal and material foundations for an Islamic community in the Austria of today was laid by the Muslim Social Service Society who applied for it in 1971. In 1979 the Islamic Religious Community in Vienna was constituted by approval of its constitution by the Federal Ministry of Education and Arts. On this basis the organs of the meanwhile four existing Islamic communities that cover the nine provinces of the country are installed, all of them under one head.

All organs of the Official Islamic Religious Community have to have an adequate religious education. These men and women must comply with the tenets of Islam, advise and instruct others with regard to compliance with these requirements and encourage others to observe them. They should also have a good command of the German language. Muslims in Austria originally came from different countries and German is the



natural bridge in conversation.

The Islamic Religious Community favours the idea of Muslims being and getting part of Austria and its society. The participation of Muslims in society helps to overcome barriers that may arise when people of different origin and religion come to live together. It should be made visible that Muslims in Austria feel as part of the Austrian society and as it gets normal to have an identity as Muslim and Austrian. The believe in Islam and being a citizen in Austria is compatible. The principles of democracy, pluralism, human rights and constitutional legality are accepted by the Muslims. The declaration of Graz mirrors this conviction in its clear definition of the relationship between Muslims and the states they live in in Europe. The declaration was announced after a meeting of imams of 35 European countries in Austria during June 2003 who agreed on this basis.

It is an important task to deal with the diversity in the Austrian Muslim society in a way that the richness of the cultural and theological approaches becomes beneficial for all and paves a way for integration.. To install an Islamic infrastructure gets more and more important. To secure a high level of Islamic teaching at Austrian schools (thanks to the status of Islam religion is taught at the regular schools) the Islamic Religious Academy (IRPA) was founded in 1998. In 2002 there opened an Academy for those teachers that are already engaged in giving lessons to the approximately 40.000 pupils to improve their facilities constantly. This is the one and only field where financial contributions by the Austrian state are made. The some 250 mosques in the country are run by the Muslim organisations on their own costs. Without the aid of many helpers who share the work and costs as sadaqua, as a gift to society, many projects couldn't work.

The social field longs for special attention. A service to visit



ill people in hospitals is kept successfully. Contact to asylum seekers is sought for. Lately a prayer room in a prison could be opened as the headmaster was so convinced of the benefit the visits to the Muslim inhabitants have. The latest project is an Islamic graveyard in Vienna.

These aspects give an example that the legal status of Muslims may open doors and possibilities in order to foster integration by participation. But it stays up to the Muslims themselves to take up these chances. One has to face the fact that the recognition in the legal sense doesn't at all mean that the general public was approving Islam or the members of this community. This is how programmes to enhance the public image of Islam have turned to gain great recognition. The Official Islamic Religious Community is engaged in several specific projects like "Encountering Islam" at schools to get in touch with young people or making acquainted members of certain professions like policemen with Islam and the situation of Muslims in Austria, as they deal with this in their job. A media resort seeks to cover this important sector of public meaning. The goal is to raise a spirit of mutual understanding and respect. Especially nowadays when Muslims all over the world seem to be watched with a look of uneasiness, the Official Islamic Religious Community hopes to make a contribution to the general view on Islam in a global sense and show Islam in its true light.



Dr. Heinz Fischer, Federal President of the Republic of Austria with wife Margit Fischer and Carla Amina Baghajati, media spokeswoman of the Official Islamic Religious Community in Austria





Austragungsort der Konferenz:
Graz, Kulturhauptstadt Europas 2003

Tagungsplatz:
Messecenter Graz
Messeplatz 1
8010 Graz – Austria

Zeitraum der Zusammenkunft:
13. bis 15. Juni 2003
Eröffnung: 13.06.2003 um 19.30 Uhr



„Konferenz der Leiter islamischer Zentren und Imame in Europa“ - Graz 2003

Auf Initiative von:

- Frau Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
Dr. Benita Ferrero Waldner

- Prof. Anas Schakfeh, Präsident der Islamischen
Glaubensgemeinschaft in Österreich

- Dr. Mustafa Ef. Ceric, Reis-ul-Ulema, von Bosnien und
Herzegowina

Ehrenschutz:

- Frau Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
Dr. Benita Ferrero Waldner

- Frau Landeshauptmann der Steiermark
Waldtraud Klasnic

- Herr Bürgermeister der Stadt Graz
Mag. Siegfried Nagl

Gastgeber:

- Österreichisches Außenministerium
- Land Steiermark
- Stadt Graz

Veranstalter:

- Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich



Co-Organisatoren:

- Islamische Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur „ISESCO“
- Europäische Islamische Konferenz „EIC“
- Islamische Glaubensgemeinschaft in Bosnien und Herzegowina

Generalkoordinator:

- Dipl.- Ing. Mouddar Khouja



Plenum
Messecenter Graz



Begrüßungswort

- Prof. Anas Schakfeh
Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

Grußwort der Gastgeber

- Dr. Benita Ferrero-Waldner
Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
- Waltraud Klasnic
Landeshauptfrau der Steiermark
- Mag. Siegfried Nagl
Bürgermeister der Stadt Graz

Grußbotschaften

- Dr. Abdulwahed Balkzez
Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz
- Dr. Abdul-Aziz Altuaijri
Generaldirektor der Islamischen Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur
- Dr. Mohamed Ahmed Sherif
Generalsekretär der Gesellschaft für internationale islamische Glaubensverkündigung

Statements

- Dr. Walter Schwimmer
Generalsekretär des Europarates
- Dr. Michael Weninger
Politischer Berater des Präsidenten der Europäischen Kommission



- Dr. Ali Elsaman
Generalsekretär der Dialogkommission der AL-AZHAR

Schlußwort

- Dr. Mustafa Ef. Ceric
Reisu-I-Ulema von Bosnien und Herzegowina

Referate während der Konferenz

- Prof. Dr. Elsayed Elshahed,
Direktor der Islamischen Religionspädagogischen
Akademie:
„Die Verhältnisse der Muslime in Europa in islamisch
kanonisch-rechtlicher Hinsicht“
- Mag. Amir Zaidan,
Abteilungsleiter der Islamischen Religionspädagogischen
Akademie:
„Die Verhältnisse der Muslime in Europa in praktischer und
zivilrechtlicher Hinsicht“
- Rais-ul-Ulema Dr. Mustafa Ceric,
Vorsitzender der Gelehrten in Bosnien und Herzegowina
„Vorlage einer Grundsatzerklärung der Konferenz“





Öffentliches Beiprogramm am Abend der Konferenz: „Islam in Europa“

Podiumsdiskussion in Kooperation mit der
Tageszeitung „Der Standard“

Diskussionsteilnehmer:

- Prof. Anas Schakfeh, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich
- Dr. Mustafa Ef. Ceric, Reis-ul-Ulema, Vorsitzender der Islamgelehrten in Bosnien und Herzegowina
- Prof. Dr. Anne-Sofie Roald, Dozentin am Institut „International Migration and Ethnic Relations“ in Malmö, Schweden
- Dr. Nadeem Elyas, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland
- Dr. Mohamad Bechari, Präsident der Islamischen Föderation in Frankreich, Generalsekretär der Europäischen Islamischen Konferenz

Moderation:

- Mag.^a Gudrun Harrer, Leiterin Außenpolitik der Tageszeitung „Der Standard“



Ziele der Konferenz:

- Standortsbestimmung der Muslime in Europa und Hervorhebung der eigenen, selbständigen Identität als europäische Muslime. Der Islam in Europa soll eine authentische, aber doch unabhängige Prägung erfahren.

- Theologische weitere Ausführung des muslimischen Gedankens der Vereinbarkeit von Islam mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus und praktische Konsequenzen für die Arbeit der Imame als Multiplikatoren

- Religiöse Begründung der Beziehungen der in Europa lebenden Muslime zu den europäischen Nationalstaaten (Staatsangehörigkeit) und zu der europäischen Union als Verkörperung der europäischen Einheit

- Gestaltung der Beziehungen der in Europa lebenden Muslime zu den anderen Religionsgemeinschaften und zu den Bürgern anderer Weltanschauung im Sinne des Dialogs und des friedlichen Zusammenlebens

- Beginn der Formulierung einer kanonisch rechtlichen Ordnung für Muslime in Europa auf der Basis der islamischen Disziplinen *fiqh al aqaliat* (Rechtsauslegung in der Minderheitensituation) und *fiqh al aulawiat* (Rechtsauslegung unter Berücksichtigung der Prioritäten), wobei die Konferenz einen Baustein darstellt

- Theologische Formulierung eines von dem Islam prinzipiell postulierten mittleren Weges (*wasatiya*) und einer gemäßigten Religiosität (*i'tidal*) unter Distanzierung von jeglicher Radikalität oder Fanatismus



Anas Schakfeh, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Dr. Benita Ferrero-Waldner, Außenministerin 2003 und Dr. Walter Schwimmer, Generalsekretär des Europarates.



Dr. Mustafa Ceric, Reis-ul-Ulema, Vorsitzender der Islamgelehrten in Bosnien und Herzegowina, Prof. Anas Schakfeh und Carla Amina Baghajati Medienreferentin der IGGiÖ (li. nach re.)



Präsident Anas Schakfeh mit gereisten Delegierten aus Russland





Eröffnungsrede des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft Anas Schakfeh

Sehr geehrte Damen und Herren!



Diese Konferenz, die wir heute so feierlich eröffnen, stellt in jeder Hinsicht ein außerordentliches Ereignis dar.

Dies schon darum, weil wir zum ersten Mal so eine große Anzahl von muslimischen Würdenträgern aus ganz Europa in dieser schönen Stadt zusammen gebracht haben.

Zweitens, weil diese Konferenz

nicht nur auf eine inner-islamische Initiative hin einberufen wurde, sondern es sich dabei auch zum ersten Mal um das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich mit den staatlichen österreichischen Stellen, vor allem mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den führenden internationalen

islamischen Organisationen handelt. Auch die Thematik, die von dieser ehrwürdigen Konferenz diskutiert und behandelt wird, ist außerordentlich wichtig und für die Muslime in Europa von höchster Aktualität.

Diese Konferenz soll die Weichen stellen für die Zukunft der heranwachsenden muslimischen Generationen auf diesem Kontinent. Sie soll die europäische Identität der in Europa lebenden Muslime mit ihrer religiösen Identität versöhnen und in einen harmonischen Einklang bringen.

Sie soll die von uns allen erwünschte Integration der Muslime in ihre neuen Heimatländer und in die Europäische Union



kanonisch rechtlich definieren und begründen. Sie soll darüber hinaus eine klare Absage an jegliche Form von Fanatismus, Extremismus, Terrorismus, Gewaltanwendung und Gewaltbereitschaft aussprechen.

Diese unsere Konferenz soll eindeutig und endgültig mit mittelalterlichen juristischen Einteilung der Welt in „Daru al Islam“, sprich: „Haus des Islam“ und somit auch „Haus des Friedens“ auf der einen Seite und „Daru al Harb“, sprich: „Haus des Krieges“ auf der anderen Seite, abbrechen und davon Abschied nehmen.

Die Erwartungen, die man sowohl innerislamisch, als auch außerislamisch mit dieser Konferenz verbindet sind sehr groß und außerordentlich ehrgeizig. Wenn sie diese Erwartungen auch nur teilweise erfüllt, dann wird sie ein großer Erfolg sein.

Andererseits möge diese Konferenz auch die Erwartungen der Muslime an die Nationalstaaten bzw. an die EU formulieren. Denn die muslimischen Gemeinden haben es satt, als exotische Fremdlinge, die man höchstens duldet, aber nicht als Bestandteil der jeweiligen Gesellschaft betrachtet, behandelt zu werden - selbst wenn sie seit Jahrhunderten in dem jeweiligen Land leben und auch wenn sie ethnisch europäisch sind. Das gemeinsame Ziel für uns alle soll sein, dass wir in Richtung der Normalität schnell und gemeinsam bewegen. Das heißt: die Muslime sollen sich mit der jeweiligen Gesellschaft, in der sie leben, identifizieren und die Gesellschaft, aber auch die behördlichen Stellen sollen die Muslime als Bestandteil der Gesellschaft bzw. Bürger des Staates mit allen Rechten und Pflichten akzeptieren und respektieren.

Die Aufgaben sind enorm. Das Vertrauen in diese Konferenz ist groß. Gott möge uns allen beistehen und zum Erfolg verhelfen.



**Eröffnungsansprache von Herrn
Dr. Walter Schwimmer,
Generalsekretär des Europarats**

Nach der hervorragenden Darbietung des Bosniakischen Chors Graz möchte ich den Veranstaltern zur gelungenen Auswahl der musikalischen Zwischenstücke gratulieren: wenn wir uns am „Steirischen Quartett“ und am „Bosniakischen Chor“ in gleicher Weise erfreuen können, und beide in der gleichen Stadt zuhause sind, beweist das, dass langsam doch lernen, den Reichtum unserer kulturellen Vielfalt zu erkennen.

Die Frau Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten hat in Ihrer inspirierenden Einleitung auf die bevorstehende Erweiterung Bezug genommen. Der Europarat, den ich hier vertrete, hat seine Erweiterung, seine wie ich auch heute noch sagen möchte, unglaubliche Erweiterung schon hinter sich. Vor fünfzehn Jahren zählte unsere Organisation erst 22 Mitgliedsstaaten. Als sich vor zehn Jahren die Staats- und Regierungschefs Mitgliedstaaten anlässlich des ersten Europarats-Gipfels in Wien trafen, waren es schon 32 und sie fällten mehrere wichtige Entscheidungen.

Die erste war, Schritt für Schritt all jene in das „Projekt Europa“ miteinzuschließen, die sich für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Respektierung kultureller Vielfalt entschieden hatten. Als Ergebnis haben wir heute das „Eine Europa“ mit 45 Mitgliedstaaten und einer Bevölkerung von 800 Millionen Europäern. Jeder achte dieser Europäer ist Muslim, d.h. nicht weniger als 100 Millionen Europäer sind Muslime.

Weitere Entscheidungen waren die Schaffung der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), die Stärkung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und das erste europäische und überhaupt inter-



ationale Abkommens zum Schutz nationaler Minderheiten. Von höchster politischer Ebene kam eine eindeutige Botschaft: wir wollen ein größtmögliches Europa in Frieden und Stabilität, auf der Grundlage der Respektierung der Gleichheit und Würde aller Menschen, des effektiven Schutzes der Grundrechte und Freiheiten einschließlich der vollen Glaubens- und Religionsfreiheit und wirkungsvolle Teilnahmemöglichkeiten am politischen, bürgerlichen und kulturellen Leben.

Angesichts der schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit dürfen wir dieses äußerst ehrgeizige Programm nie wieder aus den Augen verlieren, ungeachtet der möglichen Mängel und Fehler bei der Umsetzung. Ich bin fest davon überzeugt, dass es von allen Religionsgemeinschaften unterstützt werden kann, und ganz besonders von den drei monotheistischen Weltreligionen, die auf der Gleichheit der Menschen vor Gott beruhen. Bürger muslimischen Glaubens haben daher einen bedeutenden Anteil in der Umsetzung dieses Programmes.

In den vielen europäischen Staaten, in denen sie lediglich eine religiöse Minderheit darstellen, müssen sie weder ihren Glauben verhehlen noch auf die rechtliche Verteidigung ihrer persönlichen Rechte und kollektiven Interessen verzichten. Und sie können vollen Rechtsschutz im Falle von rassistischen Reden und Gewalt erwarten.

In den letzten Jahren registrierte ECRI allerdings mit Sorge Anzeichen dafür, dass religiöse Intoleranz und Vorurteile gegen muslimische Gemeinden in den europäischen Staaten zugenommen haben und dass auf der Grundlage feindseliger Stereotypen der Islam in manchen Fällen verzerrt dargestellt wird, was die Diskriminierung noch verstärkt.





In einer politisch gezielten Empfehlung, die schon vor mehr als drei Jahren angenommen worden war, schlug ECRI eine Anzahl von Maßnahmen zur Überwindung der Diskriminierung dieser Gemeinden vor und dazu gehörten der Zugang zu den Bürgerrechten, Bildung und Arbeit. Des weiteren sprach sie sich für den Abbau überflüssiger Hemmnisse im Hinblick auf die Ausübung der Religion aus, einschließlich aller administrativen Einschränkungen zum Bau religiöser Stätten.

Natürlich bedarf es mehr als nur ein paar solcher Maßnahmen, um Harmonie und das Gefühl einer anerkannten Teilnahme sowohl in der zivilen Gesellschaft als auch im politischen Leben sicherzustellen.

Das Erreichen einer solchen Harmonie ist letzten Endes auch das Ergebnis eines aktiven interreligiösen und interkulturellen Dialoges, sowie der bemerkenswerten Bemühungen vieler muslimischer Gemeinden, und insbesondere ihrer Imame oder Ulemas, die bei den Auslegungen ihres Glaubens den Gegebenheiten des heutigen Europa Rechnung tragen.

Ein solcher Dialog und ein solches wissenschaftliches Arbeiten würde eine der glücklichsten Erfahrungen des Beitrags des Islams zur europäischen Kultur widerspiegeln, nämlich die Perioden der Toleranz zu Zeiten von El-Andalus und des Osmanischen Reiches. Der Grazer Bürgermeister hat in seiner Ansprache Aristoteles zitiert. Dabei sollten wir uns dankbar daran erinnern, dass es die islamischen Gelehrten von El-Andalus waren, die die Kenntnisse über die griechischen Philosophen wieder nach Europa zurückgebracht und damit für Europa gerettet haben!

Zweifellos stellt die gewaltige Ausdehnung der UMMA oder der Gemeinschaft der Muslime über die Staatsgrenzen traditionell muslimischer Rechtsprechung hinaus, sowie die daraus resultierende Schwierigkeit, ein Muslim in einem nicht-



muslimischen Land zu sein, eine große Herausforderung für ihre Führer und Denker dar, nämlich die Theorie und Praxis eines Islams in einer Minderheiten-Position und in einer multi-kulturellen Gesellschaft zu entwickeln. In Südosteuropa sieht die Herausforderung noch etwas anders aus, dafür beinhaltet sie aber den Umgang mit den Wunden der Geschichte, die oftmals aus einer Mischung von religiös-politischen Ursachen bestehen.

Das Verhältnis zwischen religiösen Gemeinschaften und dem demokratischen Staat muss in angemessener Weise organisiert werden, gemäß dem Grundsatz der „Trennung“. Europa ist eine Gemeinschaft von Rechten und Pflichten, ein Konzept, das auch dem Islam vertraut ist. Wie von allen anderen Gläubigen, so wird auch von den Muslimen in Europa die Respektierung der demokratischen Gesetze und besonders der Menschenrechte, erwartet. Im Gegenzug muss der Staat die Glaubens-Gemeinschaften anerkennen und den Islam in gleicher Weise wie alle anderen Religionen behandeln, auch in den Bereichen Bildung und was den Zugang zu den Medien anbelangt.

Dialog und Partnerschaft sind besonders am Balkan erforderlich, um den politischen Gesundungsprozess zu fördern und die Grundlage für Gesellschaften mit größerem sozialen Zusammenhalt zu schaffen, die im Gegenzug die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat ermöglichen werden. Wir nennen dies to link diversity - Vielfalt verbinden. Muslimische Gemeinden können dahin gehend eine Vorreiterrolle spielen, und sie tun dies auch bereits. Dabei möchte ich besonders Reis-ul-Ulema Mustafa Cerić für seine Unterstützung, sein persönliches Engagement und seine Zusammenarbeit mit dem Europarat danken.

Bildung spielt eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung grundlegender Kenntnisse und der Förderung des Verständnisses



für religiöse Vielfalt sowie demokratischer Verhaltensweisen. Der Europarat beteiligt sich daher aktiv an der Entwicklung von Standardcurricula, die Lehrern auf dem gesamten europäischen Kontinent bei eben dieser Aufgabe helfen sollen. Das Wissen um die Existenz und die Praxis anderer Glaubensgemeinschaften muss zum unabdingbaren Bestandteil jeder Erziehung werden, um Vorurteile und Feindseligkeiten zu begrenzen.

Dies ist umso wichtiger angesichts einer nie zuvor dagewesenen Welle von Selbstmordanschlägen in verschiedenen Teilen der Welt, die zur Verwirrung in den Köpfen der Menschen und zur Verbreitung simplistischer Ansichten über Dschihad und den angeblich radikalen Antagonismus zwischen Islam und dem Westen, einschließlich ganz Europa, beiträgt.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder das Buch von Samuel P. Huntington „The Clash of Civilisations“, auf deutsch als „Kampf der Kulturen“ erschienen, zitiert. Ich habe öfters festgestellt, dass die meisten, die es zitieren, es nicht wirklich gelesen haben. Ich selbst habe immer wieder meiner eigenen Überzeugung Ausdruck gegeben, dass die gegenwärtige Situation kein Zusammenstoß der Zivilisationen ist, sondern ein Zusammenstoß der Ignoranz. Ich bin in der Tat der festen Überzeugung, dass muslimische Gemeinden in Europa dazu beitragen können, die Kluft im Verständnis zwischen Islam und dem Westen zu überbrücken.

In diesem Sinne, begrüße ich die Anwesenheit des Generalsekretärs der Organisation der Islamischen Konferenz bei diesem Europäischen Treffen, und ich danke ebenfalls den Organisatoren, und ganz besonders Frau Bundesministerin Ferrero-Waldner für diese Initiative. Religion und Demokratie teilen das Konzept der Anerkennung und des Respekts Anderer. Im heutigen Europa heißt das all die anderen, ohne weitere Kategorisierungen, Unterscheidungen oder



Diskriminierungen.

Lassen Sie uns das Eine Europa gemeinsam darauf
bauen.



Opening address by Dr. Walter Schwimmer, Secretary General

Graz, June 13, 2003

After the outstanding performance of the “Bosniak Choir of Graz” I would like to congratulate the organizers for an excellent choice of the musical programme. When we can equally enjoy the “Styrian Quartet” and the “Bosniak Choir” and both groups are from the same city, then that shows that we have started to recognize the richness of our cultural diversity!

The Austrian Foreign Minister referred in her inspiring introduction to the forthcoming enlargement of the European Union. The Council of Europe – which I represent here – has already accomplished its own enlargement, its still incredible enlargement. 15 years ago, there were only 22 member states in the organisation. Ten years ago, as Heads of State and government gathered in Vienna for the first ever Summit of the Council of Europe and took several key decisions. It were already 32 Member States.

One of them was to progressively include in the European enterprise all those countries that would opt for democracy, human rights, the rule of law and respect for cultural diversity. As a result, we now have a “one Europe” of 45 member States and 800 million Europeans. One in eight of those Europeans is a Muslim, that means there are not less than 100 million Muslim Europeans.

Other decisions included the creation of a European Commission against Racism and Intolerance (ECRI), the strengthening of the European Court of Human rights and the creation of the first European and even international legal instrument for the protection of minorities.



At the highest political level, the message was thus quite clear: we want a wider Europe of peace and stability, based on respect for the equal dignity of all, offering to everyone effective protection of his/her fundamental rights and freedoms and meaningful opportunities for participation in political, civil and cultural life.

We should never forget this very ambitious programme, based on hard-learned lessons from our history, whatever the many shortcomings and failures in the implementation. This programme is also in essence that of the enlarging European Union. I am sure it can be supported by all religions.

Muslim citizens have important stakes in that programme.

In the many European countries where they constitute a religious minority, they are not supposed to hide their beliefs or fail to defend their individual rights and collective interests by lawful means. And they are entitled to expect the full protection of the law against racist speech and violence.

In recent years, ECRI has been concerned by indications that religious intolerance and prejudice against minority Muslim communities is increasing in European countries and that Islam is sometimes portrayed inaccurately on the basis of hostile stereotyping, which can reinforce discrimination.

In a specific policy recommendation adopted some three years ago, ECRI proposed a number of measures to address discrimination against those communities in areas such as access to citizenship, education and employment. It further called for the removal of unnecessary obstacles to the practice of religion, including any administrative bars to the construction of places of worship.





Of course, it will take much more than such measures to ensure harmony and a rewarding participation both in the wider civil society and in the political society.

Harmony, I suggest, will eventually result from a very active inter-religious and intercultural dialogue and from the remarkable efforts of many Muslim communities, notably their Imams or Ulemas, in providing interpretations of the faith that take into account the particular circumstances of contemporary Europe.

Such dialogue and work on the knowledge would reflect the most positive experiences of Muslim contribution to the European culture in the times of tolerance of El-Andalus or under Ottoman rule. The mayor of Graz quoted in his speech Aristoteles. So would call to our mind with gratitude that it were the Islamic scholars of El-Andalus who brought the knowledge about the Greek philosophers back to Europe and saved it for Europe.

There is little doubt that the huge extension of the UMMA or community of Muslims beyond lands of traditional Muslim rule, with the resulting difficulty of being a Muslim in a non-Muslim state, is a major challenge to leaders and thinkers to develop a theory of a minority Islam, some would rather say: an Islam separated from any political project or institution or they would even speak about a European Islam. In South East Europe, the challenge is somewhat different but it further includes overcoming the scars of an history that often mixed religious and political agendas.

Time does not allow to elaborate much on this. Let me mention some of the key questions.

The relation between religious communities and the democratic State must be properly organised, along the lines of "separation" of political and religious powers.



Europe is a community of rights and duties, a concept also well known in Islam. As any other believers, Muslims in Europe are expected to respect democratic laws, in particular on human rights, and States must in turn recognise them and treat Islam on an equal footing with all relevant religions, including in such areas as education and access to media.

Dialogue and partnership are also particularly needed in the Balkans to support the healing process and to lay the ground for more cohesive societies that, in turn, will make it possible for refugees and displaced persons to come home. We call it Linking Diversity. Muslim communities can and often do play a courageous role in that respect. I would like to thank the Reis-ul-Ulema Mustafa Ceric for his support and personal involvement.

Education plays a key role in inculcating basic knowledge and promoting empathy about religious diversity as well as democratic practices. The Council of Europe is therefore actively engaged in the development of standard curricula that should help teachers all over our continent to do precisely that. Becoming aware of the existence of other faiths and of their main features must become an indispensable part of any education in order to limit prejudice and hostility.

This is all the more needed in that an unprecedented wave of suicide-attacks in different parts of the world contributes to confusing minds and to spreading simplistic views about Jihad and the alleged radical antagonism between Islam and the West, including all of Europe.

Very often nowadays Samuel P. Huntingtons's book "The Clash of Civilisations" is quoted, but as I realised, very often by people who did not read it. Time and again, I have repeated my own conviction that the current situation does not



reflect a clash of civilisations but a clash of ignorances. I strongly believe that Muslims communities in Europe can help bridging the understanding gap between Islam and the West.

In that spirit, I welcome the presence of the Secretary General of the Organisation of the Islamic Conference to this European meeting and I would like to thank the Organisers, in particular Minister Ferrero-Waldner for their initiative.

Religion and democracy have in common the concept of recognition and respect for others. In Europe today, it should mean all the others, without any further categories, distinctions or discriminations.

Let us together build the One Europe on this.





**Dr. Romano Prodi,
Präsident der Europäischen Kommission**

Die Europäische Identität und der Islam-
Eröffnungsstatement, gehalten in Vertretung für
Kommissionspräsident Dr. Romano Prodi
von Botschafter Dr. Michael Weninger

Sehr geehrter Herr Präsident der Islamischen Glaubensge-
meinschaft in Österreich,

Sehr verehrte Frau Bundesminister,

Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es bereitet mir eine große Freude, im Namen des Präsi-
denten der Europäischen Kommission, Prof. Romano Prodi, zu
Ihnen sprechen zu dürfen.

Präsident Prodi ist nicht in der Lage, persönlich an dieser
Konferenz anwesend zu sein, er hat mich deshalb beauftragt,
seine Wertschätzung für diese Konferenz zum Ausdruck zu
bringen, ihr den größtmöglichen Erfolg zu wünschen und
Ihnen Allen seine persönlichen Grüße zu übermitteln.

Die Muslimischen Glaubensgemeinschaften in den Staaten
Europas im Generellen und in jenen der Europäischen Union
im Speziellen bilden seit Langem einen bedeutenden Part-
ner im politischen, sozialen und kulturellen Leben, und ihre
Bedeutung wächst zunehmend.

Ich begrüße daher die gemeinsame Idee der österreichischen
Außenministerin, Frau Benita Ferrero-Waldner, des Präsi-
denten der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich,
Anas Schakfeh, und von Großimam Mustafa Cerić aus
Sarajevo zu diesem intensiven Gedankenaustausch unter



den geistlichen Führern der vielfältigen muslimischen Glaubensgemeinschaften.

Ich bin davon überzeugt, daß der Gedankenaustausch aus der eigenen Sicht der Muslime in Europa von besonderer Bedeutung ist.

Bereits im « Weißbuch über das Gute Regieren » hat die Europäische Kommission im Jahre 2002 festgehalten, dass die Bürgergesellschaft eine wichtige Rolle einnimmt, als sie den Belangen der Bürger eine Stimme verleiht und Dienste erbringt, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommen.

In diesem Sinne wurde des weiteren unterstrichen, dass den Religionsgemeinschaften diesbezüglich eine besondere Rolle zukommt.

Die muslimischen Glaubensgemeinschaften in Europa stellen einen lebendigen Bestandteil der Europäischen Bürgergesellschaft dar, welche von Vielfalt im Zusammenleben der Kulturen geprägt ist.

Europa und Islam stehen daher nicht notwendigerweise als begriffliches Gegensatzpaar gegenüber, sondern können, ja müssen, als ergänzend und zugehörig begriffen werden.

Islam auf der einen Seite darf nicht ausschließlich als Religion und Europa auf der anderen Seite nicht nur in geographischer Hinsicht verstanden werden.

Islam ist mehr als nur Religion und Europa ist mehr als nur eine geographische Größe. Es hat den Anschein, dass Europa bereit ist, den Islam in allen seinen Facetten kennen- und akzeptieren zu lernen. Folglich ist es auch bereit, die Tatsache anzuerkennen, dass es nicht nur einen



Islam, sondern mehrere Traditionen des Islams gibt und eine Vielzahl von – sehr oft auch – höchst unterschiedlichen muslimischen Gemeinschaften.

Aber auch Europa ist kein monolithischer Block. Die Europäische Union stellt einen dynamischen Prozess und erfreut sich trotz oder gerade wegen seiner inneren Vielgestaltigkeit eine einzigartige Erfolgsgeschichte dar.

Der Konvent über die Zukunft Europas wird in den nächsten Tagen seine Arbeiten für einen Verfassungsvertrag beendet haben. Am 20. Juni dieses Jahres wird dieser Verfassungsvertrag den Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in Thessaloniki zur Beschlussfassung unterbreitet werden wird.

Dieser Verfassungsvertrag wird die institutionelle Architektur der Europäischen Union grundlegend verändern und sie für die Erweiterung um 10 weitere Mitgliedsstaaten mit 1. Mai 2004 vorbereiten. Weitere Mitgliedstaaten werden gewiss folgen.

Im Jahre 2004 werden die Wahlen zu Europäischen Parlament bereits in der erweiterten Europäischen Union stattfinden. Aber auch die übrigen Institutionen werden sich zu einem noch moderneren Europa weiterentwickelt haben.

Dieses zukünftige moderne Europa darf in keinem Gegensatz - und noch weniger in einem Konflikt - zu einem richtig verstandenen modernen Islam stehen.

Der Gedankenaustausch innerhalb der verschiedenen muslimischen Traditionen während dieser Konferenz in Graz wird zweifellos helfen, ein besseres Verständnis von den verschiedenen Formen des Islam zu gewinnen und dadurch auch neue Perspektiven für einen Dialog eröffnen.





Islamische Fragestellungen und Konzepte gründen ohne Zweifel auf dem Geoffenbarten Buch, dem Koran. Es ist daher unmöglich, die Islamische Welt ohne Kenntnis des Korans zu verstehen. Ohne religiösem Wissen ist ein korrektes Verständnis des immensen Reichtums der Traditionen und Kulturen, welche dem Heiligen Buch entspringen, nicht möglich.

Zum besseren Verständnis und für das Gelingen eines Dialoges müssen sowohl die religiöse Dimension als auch die politischen, ideologischen und sozialen Differenzierungen und Charakteristiken berücksichtigt werden.

Es ist daher von besonderer Bedeutung, dass an dieser Konferenz geistliche Führer mit Erfahrungen als Muslime und Europäer gleichzeitig. Ich freue mich daher besonders, daß nicht wenige Teilnehmer auch aus Staaten Ost – und Südost-europas stammen.

Der Islam ist Teil der zeitgenössischen europäischen Kultur und muss als Partner angenommen werden. Nicht-Europäische Muslime dürfen Muslime, welche in der Europäischen Union leben, dürfen nicht als Außenstehende betrachten, als hätten sie keinen Anteil an der europäiswchen Identität.

Aufgeklärte geistliche Führer, welche die unterschiedlichen Formen des Islam vertreten und gleichzeitig einer genuinen europäischen Tradition zugehörig sind, können einen bedeutenden Beitrag leisten, den Islam in Europa besser zu definieren und zu für Nicht-Muslime besser verständlich zu machen.

Die Europäische Union hat sich nach ähnlichen Gesichtspunkten entwickelt, indem sie sich von einer reinen wirtschafts- und finanzpolitischen Organisation in ein politisches Projekt weiterentwickelt hat, welches kulturelle Werte



gleichermaßen miteinschließt.

Hiemit schließt sich der Kreis mit der Bürgergesellschaft mit ihrem weiten Spektrum von unterschiedlichen Partnern: mehr noch als in der Vergangenheit wird die zukünftige europäische Identität sich auf der Basis von Vielfalt in der Einheit realisieren. Allerdings in einer Einheit, welche ein größtmögliches Ausmaß an Vielfalt ermöglicht.

Wir stehen also vor schwierigen aber uns allen gemeinsamen Aufgaben. Ich weiß jedoch, dass wir die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Ich übermittle meine allerbesten Wünsche für eine erfolgreiche Konferenz zum Wohle von uns Allen.



**Dr. Mustafa Cerić,
Grand Mufty of Bosnia**

The Role of Islam in Europe-
Human Rights and Education.
New Europe in Dreams of an Ancient European Muslim

On ninth of March, 2002, Dr. Harald Baloch, visited my office in Sarajevo in order to offer me the Key Note Speech in the religious program of the annual celebration of the Cultural City of Europe of the year. I have already had the Rotterdam experience of that sort and felt honored to be invited this year (2003) to Graz to offer some of my ideas about the future of Europe with many faiths.

I remember that the main topic of the Spiritual Evening of the seventh of October, 2001, of the City of Rotterdam was "How Do I Relate to Others", which was further translated into a challenging subtitle: "How can Fear of the Stranger Be Overcome."

You will notice that ever since the September 11th, 2001 became the main topic of Muslim-Western relationship, the topic like the above was both embarrassing and challenging for me. It is embarrassing because it somehow implies that I am a stranger and, hence, that I should explain to Europeans how they can overcome the fear of me being a Muslim. And it was challenging because I thought that it was time for the Europeans to face the fact that they have Muslim neighbors who are not strangers but native Europeans who appreciate the rhythm of European life as much as they do and who, at the same time, see in the morality of Islam their very chance to be respected by their neighbors.

In order to share both the embarrassment and the challenge with my Muslim colleagues whose job is to provide the right spiritual leadership to Muslim communities in Europe, I have proposed to Dr. Baloch that we organize an



internal meeting with as many Imams who work in Europe as possible before my speech in Graz.

Dr. Baloch has graciously accepted the proposal and, in turn, was endorsed by my dear brother Enis ibn Hasan al-Shaqfah, the Head of the Office of the Islamic Affairs of Austria. With the great support of the Foreign Ministry of Austria, the Government of the Province of Steiermark and the Municipality of Graz, here we are with the financial support of our brothers from the Muslim countries, ISESCO and EIC (European Islamic Congress, Paris).

Of course, we appreciate the generosity of our brothers from the East, but we would like to live the day when we, the European Muslims, are capable to organize similar meetings with the financial support of our European governments and our corporate organizations whereby our brothers from the East can see that we are well to do in our religious and cultural affairs.

Unfortunately, European Muslims are not in such a position yet to show to their brothers in the East that they are able to survive financially on their own. The European Muslims are still financially dependent on the support from the main Muslim countries. There should be no problem in that, I guess, except for the fact that when Muslim Europeans receive money from their brothers from the East some people in Europe see that as “terrorist money”, but when they ask for “the European money”, the Europeans are hesitant to repond positively. I hope that this meeting will be a good example on our Muslim part to accept the ownership of our problems and to realize that Europe is not Dār al-islam, but it is not Dār al-harb either. Europe for us Muslims is Dār al-'ahd, the Abode of Contract and Peace.

Europe is not Dār al-islam because Muslims do not constitute the majority rule of the land and thus the Muslim Law cannot be fully implemented. And Europe is not Dār al-harb because some aspects of the Muslim Law in it can be implemented.

Therefore, the land of Europe is Dar al-'ahd because it is pos-



sible to live in accordance to Islam in the context of the Social Contract „as the principles that free and rational persons concerned to farther their own interests would accept in an initial position of equality as defining the fundamental terms of their association.“¹

It is not difficult to prove that the idea of Contract, social or otherwise, is a legitimate one in Islam. We have plenty of doctrinal and historical documents, which indicate to the concept of ‘Ahd (contract, treaty, pact) as the opposite to the concept of Harb (war, warfare, fight, combat etc.). The very idea of Islam is peace with God, with His Messenger, and with the rule of law. „God does call to the House of Peace...“ (10:25); „The servants of al-Rahman are those who walk on the earth in humbleness, and when the Ignorant address them, they say, ‚Peace!‘“ (25:63). „...“

It is in the spirit of these Qur’anic verses that the Messenger of God (peace be upon him) had made treaties with Mushrikīn at al-Hudaybiyya, with the Jews and Christians in al-Madīnah, and with the neighboring kings of Abyssinia, Persia and Byzantium. The al-Khulefāu al-Rāshidūn have faithfully followed the example of the Messenger and in turn they have been followed by the good Muslim rulers throughout the history of Islam as well. This historical fact of the Social Contract, which has been initiated by the Muslim good will towards other nations and religions, has been well documented by Dr. Muhammad Hamidullah in his unique book: *Mejmūah al-Wethāiq al-Siyāsiyyah li al-‘Ahd al-Nabawī we al-Khilāfah al-Rāshidah*.²

As we have said, we have no difficulty in proving the validity of the theory of Contract (‘Ahd) because we can safely claim that it is a genuine part of an overall Islamic doctrine and history. Our difficulty lies, nevertheless, in the lack of a genuine concept of Dar al-‘ahd that could be applied in the context of an European environment that would guarantee the decent status of Islam as a way of life and of Muslims as citizens of Europe. There are things about Europe that Muslims ought to



know and there are things about Islam that Europeans should respect.

First, the Muslims ought to know that Europe is the Land of dialogue and mutual respect, not the Land of war and mutual conflict. It is not right to curse the land in which you live and it is not good to be disgraceful to the people who show you hospitality.

Second, the Muslims should know that they have the right to engage themselves in developing a kind of European legislation and jurisprudence concerning the most important Islamic core-values, such as dietary laws (halal food), the precepts on modest dress, Islamic burial practices and the Muslim cemeteries, free time for Friday prayers and annual holidays.

Thirdly, the European governments ought to realize that Muslim communities in Europe need the infrastructural provisions that include the creation of organizations, facilities for Islamic education, mosques and the training of Imams for Islamic work that will provide for Muslims both the confidence in their Islamic identity and the peace with their neighbours.

And fourthly, Europe should have realized by now that it is time that Islam be institutionalized and represented in Europe in such a way that the young generation of native European Muslims do not feel unworthy because of their faith. I think we have had enough of the voluntary Islam in Europe based on narrow tribal and ethnical customs, which create an unbearable headache to all of us, but to innocent European Muslims in particular.

Having said that, it is needless to say that we all agree that the interfaith dialogue has no alternative, especially in Europe that is by definition multinational, multiethnic and multireligious, but also multilingual by experience. It is obvious that if one learns how to relate to others in the multiple differences of one field - say national, it is much easier for him/her later on to adapt to the plurality of another field - say religious. In fact, here is the key challenge for all of us: how we can learn to live with the plurality of religions





and how we can build our capacity to overcome the fear of the stranger who claims to believe in God, sometimes quite similar to our own belief, but yet not the same, and sometimes quite different, but still similar to our belief. Here I have in mind Judaism, Christianity and Islam, three of the main faiths of Europe all of which have risen in the East and at a certain point of time have set up in the West. The Sun's light, which rises every morning in the East and generously enlightens the West, was the reason for the notion of the Latin verb *orī-rī* to rise, meaning 'the origin of the heavens in which the sun and other heavenly bodies rise, or the corresponding region of the world.'³ The Orient or East as opposed to the Occident or West. It is obvious that the verb *orī-rī* taught us the notion of orientation because all churches, synagogues and mosques in the West are oriented towards the Orient, i.e., to the origin of the heavens in which the right guidance of God has been rising from time immemorial. No one has the right, neither the power, thanks to God Almighty, to stop the light of the Sun to enlighten us all in the West. Similarly, no one has the right nor the power to prevent us in Europe to enjoy the light of the Spirit of Adam, Nuh, Ibrahim, Musa, Isa and Muhammad (peace be upon all them). Consequently, we have the full right, all of us in Europe, to receive the light of the Word of Eternity and the Eternity of the Word that is emanating from the East towards the West. Even when one of us in Europe has no worldly Might, he/she still has the heavenly right to be what he/she believes is the best of the spiritual blessings for his or her life. Therefore, Europe is not the continent of one faith, but of many faiths. Or to put it in a sunlight context: Europe is not the continent of one Sun's ray, but of many sunrays that make our world so wonderful in its diversity of beautiful colors. The notion that Europe is exclusively Christian is incorrect both factually and historically. Together with Christians, the Jewish and Muslim communities have throughout history contributed a great deal



to the European spiritual, cultural as well as political and economic life. This fact of European history is not enough known not only because some European historians tend to ignore it entirely, but also because Jewish and Muslim historians have almost neglected that part of their history. I believe that the historical clarity of the role of Jews and Muslims in the European history, especial in medieval Spain, will help both the Jewish and Muslim communities to find their right place in Europe at the present and future time and will help also the European Christians to appreciate the fact that the European history is the product of many faiths and cultures. In order to farther show how important it is that we read European history comprehensively, I would like to quote here John Lukacs who is rightly reminding us that: "We live forward but we can only think backward ... not only of the present ... but also of our entire view of the future: for even when we think of the future we do this by remembering it." ⁴ Based on this Lukacs' insight, I believe that remembering our common European past will help us not to forget our common European future. Unfortunately, our knowledge of the European past and, so, our comparison of the things of the past with the present, especially when it comes to a sort of religious interaction among three main faiths: Judaism, Christianity and Islam, is often either full of prejudices or empty of reasonable meaning. Some of our history books are full of such examples that lead you to believe that the line between Islamdom in the East and Christendom in the West is final. This is not true by the simple fact that these two world religions have their followers both in the East and the West and that both of them went through a testing time before they have been accepted both in the East and the West. It is very known that it was only by the Edict of Constantine/Milan⁵, 313, as a manifesto of toleration of the Christian Church that Christianity had received an official citizenship in Europe. That, of course, was a significant step towards an overall notion of religious tolerance in Europe. Let me, once again, quote John Lukacs in respect of the im-



portance of comparison: "All things are known by comparison, for comparison contains within itself a power which immediately demonstrates ... And just as our act of seeing depends on contrast, our knowledge of the present depends on our knowledge of the past".⁶

In order to show how right John Lukacs is I would like to draw your attention to the fact that the great Khalife Abd al-Rahman III of Europe/Andalusia appointed Hasdai bin Shaprut, the prince of the Andalusian Jews, as his foreign secretary⁷. This detail of European history from the beginning of 10th century is telling us that it is

possible that the Muslim Khalife and the Jewish foreign minister can work together for the public good. The comparison here is my dream that the rulers of today's Europe remember such an example of European history so that one day, I hope very soon, a native European Muslim, for instance a Bosnian Muslim, may become the foreign minister of the European Union. Of course, I am serious about that, and, of course, I believe that the European governments cannot ignore any longer the European Muslim demand to become part of the decision-making when it comes not only to their religious and cultural rights, but also their political and economic expectations. I do not know any European government that has a Muslim minister of anything. Sure, I agree with those who say that one should not be the minister just because he or she is Muslim, but if we turn the argument the other side around, the conclusion will be that one should not be deprived of the right to be the minister because he or she is Muslim.

Perhaps, the next example of the European-Bosnian history does not satisfy all the criteria of the human rights as we know them today, but it certainly gives me, the old European-Bosnian Muslim, the right to speak of it loudly and proudly. I mean the example of the Ahdname of Sultan Mehmed Fatif (the Book of Covenant) which he issued on May 28th, 1464 to the Franciscans of Bosnia by declaring for them five fundamental rights: the right to life (nafs), the right to faith



(dīn), the right to freedom ('aql), the right to property (māl) and the right to dignity ('ird). I wish that on July 11th, 1995 we Bosnian Muslims had had such an Ahdname issued by any of the European rulers so that Sreberenica's women would not have become widows in the high time of the European human rights and in the daylight of the Safe-Zone of the Security Council of the United Nations.

By the comparison of the Mehmed Fatih's Ahdname that saved the Franciscans of Bosnia in the middle of 15th century of the European history with the Butros Butros Gali's resolution of the Security Council at the end of the twentieth century that did not save ten thousand Muslims of Srebrenica, I would like now to bring to your attention another kind of comparison that will show the whole complicity, but also the real possibility of the future of Europe with religious tolerance and human cooperation. For some Europeans, perhaps, this comparison will not be easy, but for the sake of the clarity of our history, which will lead us to a better future, I dare to bring it to your attention.

In its long history Europe has witnessed many Monarchs, just and unjust, humble and arrogant, great and small. Two of them, however, attracted my attention because of their influence on the European Islam at different times and in different ways. They are Ferdinand and Isabella in Spain and Francis Joseph I in Bosnia. The tempting year of the former was 1492 and for the latter it was 1882. The difference between these two Catholic Monarchs in their approach to Islam and Muslims is as big as the time distance of 390 years between them.

Ferdinand and Isabella could not tolerate Islam in the Iberian Peninsula and, therefore, the Moorish Muslims had to leave their home forever after eight centuries of their uniquely productive cultural life. On the other side, the Catholic Monarch Francis Joseph I has not only shown his tolerance towards Islam in Bosnia and Hercegovina, but also he did not spare his time and energy to help the Bosnian Muslims to make



further progress in their endeavor to adapt to the European life with their strong Islamic identity.

Unfortunately, the recent Bosnian experience was closer to the revival of the logic of Ferdinand and Isabella than the continuity of the spirit of Francis Joseph I. Fortunately, the friend of Ferdinand and Isabella Milošević is now in Den Haag, the fact that brings us closer to the Francis Joseph's spirit of hope for truth, justice, peace and reconciliation that will lead Europe towards religious tolerance.

I hope that the European Catholics are as proud of their historical Monarch Francis Joseph I who had helped the Muslims of Bosnia survived the very complex Balkan history as the European Muslims are proud of their Sultan Mehmed Fatih the Magnificent who had saved the Franciscans of Bosnia by his famous Ahdname.

And I hope, also, that the logic of Ferdinand and Isabella of the fifteenth century of the Iberian Peninsula is dead as well as the evil of Milošević of the twentieth century of the Balkan Peninsula is overcome in Den Haag.

These are the dreams of an ancient Muslim of Balkan who, unlike his fellow brother of Iberia, has survived the European history so that he may be an important witness of the Muslim-Christina relationship that is based on a rich experience of the past and a promising remembering of the future as well. We want to be very clear that we disagree with people who, on behalf of Islam, do wrongs to other people, but we do not accept the logic that two wrongs make one right.

Therefore, we expect from the European media, the European governments as well as the European public to free the European Muslims from the collective guilt for each and every Muslim individual who might have done wrong somewhere. In addition to that, it is very disturbing for us to repeatedly read in the European media and to hear from some European politicians and even academicians, the inappropriate attributes, such as intolerant, primitive, uncivilized, terrorist, etc., of Islam, the Qur'an, and the Prophet Muhammad (peace be



upon him). We believe that it is neither fair to blame Moses and the Torah for Jewish individual wrong doings, nor it is right to blame Jesus and the Bible for the mischievous of some Christian individuals. Unfortunately, when a Muslim individual or group do something wrong in the world, the first thing on the mind of some journalists in the West is to blame Islam, the Qur'an, and the Prophet Muhammad (peace be upon him). Very often, they forget the name of the alleged Muslim person and, instead, open a very unbalanced debate about the faith of Islam and its teachings with a tendency to discredit it in an ugly way.

Of course, I will not forget to mention here the fact that some media in the Muslim East tend to present Europe and the West in general as the world of Godless people, the world of immorality, pornography, drugs, etc. No, that is wrong because neither the Muslim world in the East is terrorist nor the Christian world in the West is infidel. We are all human beings capable of doing good and evil at the same time. I hope that this Conference will make us aware that it is better that we do good to each other. Hence, I invite you to join me in a Bosnian prayer for a brighter future of Europe and the world.

¹ John Rails, *A Theory of Justice*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1971; Oxford: Oxford University Press, 1972, p. 11.

² *Dar al-Irshad*, Beirut, 1389-1969.

³ *The Oxford English Dictionary*, Oxford, vol. X, p. 929.

⁴ John Lukacs, *At the End of an Age*, Yale University Press, New Haven & London, 2002, p.

⁵ *Encyclopedia of Catholicism*, Harper San Francisco, New York, 1995, p. 360.

⁶ *Ibid*, p. 56.

⁷ Maria Rosa Menocal, *The Ornament of the World: How Muslims, Jews and Christians Created a Culture of Tolerance in Medieval Spain*, Little, Brown and Company, New York, 2002, p. 81.





Abschlussklärung

Grazer Erklärung

Die Konferenz bedankt sich bei allen Institutionen, die das Zustandekommen dieses fruchtbaren Gedankenaustausches ermöglicht haben. Eine Übereinstimmung in der Bewertung der Herausforderungen der Moderne in Europa wurde spürbar. Einigkeit bestand auch in der theologischen Wahl der Mittel, um zu einem konstruktiven Umgang zu gelangen. So konnte ein wichtiger Grundstein für die weitere Zukunft gelegt werden.

Es leben in Europa heute mehr als 10% der Gesamtbevölkerung mit einem muslimischen Bekenntnis. Die gleiche Religion verbindet sie alle, auch wenn sie kulturell und traditionell sehr oft verschiedene Prägungen ausweisen. Vielfalt ist eine Realität auch innerhalb des Islam, die zu allen Zeiten als Segen galt. Vielfalt auch als Reichtum an Optionen zur Lösung von neu auftauchenden Fragen zu nutzen, ist eine Chance. Sich dieser vielfältigen Betrachtungsweise auf dem Boden einer Religion bewusst zu machen, ist eine in dieser Form neue Tatsache. Denn in Europa findet ein direkter lebendiger Gedankenaustausch statt, der so gefördert und institutionalisiert, auch wertvolle Impulse in die islamische Welt senden könnte. Die Konferenzteilnehmer betonten so die theologischen Mittel wie „Idschtihad“, das Prinzip der freien Meinungsbildung im Gefüge des Islam, die Freiheit mit dem Wissensschatz der verschiedenen Rechtsschulen kreativ und dialogisch umzugehen und überhaupt die zentrale Rolle des Intellekts. Islam in seiner Kernbotschaft, in seiner Aufgeschlossenheit den Wissenschaften gegenüber und seinem Bildungsgebot enthält den ständigen Aufklärungsaspekt.

Mit aller Entschiedenheit vertreten die Konferenzteilnehmer, dass es so wenig wie es einen afrikanischen, arabischen oder sonstwie ethnischen Islam gibt, auch nicht von einem



„europäischen“ Islam gesprochen werden kann. Nur der Begriff „Islam in Europa“ kann treffend wiedergeben, dass ein Islam europäischer Prägung sich selbstverständlich aus dem dynamischen Selbstverständnis der einen Religion Islam heraus entwickelt. Diesen Prozess mit ihrem theologischen Fachwissen zu begleiten und zu unterstützen, sehen die Imame und LeiterInnen islamischer Zentren als ihre Aufgabe.

Muslimen teilen mit den anderen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen gemeinsame Normen und Werte. Die Stellung der verwandten monotheistischen Religionen wird dabei besonders hervorgehoben. Der Koran sagt in Sure 2, Vers 285:

„Der Gesandte glaubt an das, was ihm von seinem Herrn herabgesandt wurde, und ebenso die Gläubigen. Alle glauben an Allah und Seine Engel und Seine Schriften und Seine Gesandten und machen keinen Unterschied zwischen Seinen Gesandten und sie sprechen: „ Wir hören und gehorchen. Schenke uns Deine Vergebung, unser Herr! Und zu Dir ist die Heimkehr.“

Der Islam ist durch historische und kulturelle Verflechtungen untrennbar mit der Geschichte Europas verbunden. Sich dessen verstärkt zu besinnen und den konstruktiven Dialog miteinander auszubauen und zu vertiefen, ist eine Bereicherung und vielversprechende Notwendigkeit. Der Koran spricht hier in Sure 16, Vers 125: „Lade zum Weg deines Herrn mit Weisheit und schöner Ermahnung ein und diskutiere mit ihnen auf die beste Art und Weise....“

Damit der Pluralismus zur Bewahrung von sozialem Frieden und sozialer Gerechtigkeit beiträgt und die Menschen einander näher bringt, dient der Koranvers 49/13 der Orientierung, in dem es heißt: „Oh ihr Menschen! Wir erschufen euch aus einem Mann und einer Frau und machten euch zu Völkern und Stämmen, damit ihr einander kennenlernt. Doch der vor Allah am meisten Geehrte ist der Gottesfürchtigste unter





euch. Allah ist fürwahr wissend, kundig.“

Um ihrer Verantwortung innerhalb der Gesellschaft gerecht zu werden, beschließt die Konferenz folgendes in drei Themenbereichen behandeltes:

I. Islamische Identität in Europa

- Die europäischen Muslime sind sich ihrer religiösen Identität als Muslime und ihrer gesellschaftlichen Identität als Europäer gleichermaßen bewusst. Die Einbürgerung stellt keinen Widerspruch in theologischer Hinsicht dar.
- Die islamische Botschaft ist auf Mäßigung gebaut. Daraus resultiert die klare Absage an jegliche Form von Fanatismus, Extremismus und Fatalismus.
- Die mittelalterliche Einteilung in eine Welt der Gegensätze von „Dar als Islam“ = Haus des Islam und „Dar al harb“ = Haus des Krieges ist abzulehnen. Sie hat weder eine Grundlage im Koran, noch in der „Sunna“ und ist als historisches, längst überholtes Phänomen von keinerlei heutiger Relevanz.
- Menschenrechte sind ein zentraler Bestandteil des Islam. Die Würde des Menschen als eines von Gott aus der gleichen Substanz geschaffenen Wesens zu bewahren und aktiv für Menschenrechte einzutreten, ist ein selbstverständlicher Auftrag jedes Muslim und jeder Muslime.
- Mann und Frau sind im Islam einander gleichwertige Partner. Mehr als das tragen sie gegenseitige Verantwortung. Frauen genießen im Islam von Beginn an wesentliche Rechte, die ihren Status sichern. Frauenrechte sollen daher keine Theorie sein. Es gilt sie in allen Facetten zum Tragen zu bringen. Partizipation von muslimischen Frauen in den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens



ist ein wesentliches Kriterium. Alle Konferenzteilnehmer bekennen sich zur theologischen Zusammenarbeit von muslimischen Männern und Frauen und fördern und unterstützen sie.

- Die Muslime müssen ihre Loyalität der Verfassung und dem Gesetz gegenüber auch in deren säkularer Struktur kundgeben.
- Pluralismus gilt im Islam als von Gott gewollt. Der Umgang damit ist nicht nur im Wetteifern in guten Taten und im Dialog definiert und als Auftrag an die Muslime formuliert. Der Gedanke der Demokratie ist mit dem Prinzip der „Schura“, der gegenseitigen Beratung, im Koran verankert.
- Partizipation auf allen Gebieten ist so ein zutiefst islamischer Grundsatz, der das harmonische und von gegenseitiger Bereicherung getragene Zusammenleben in einer immer pluralistischeren Welt fördert.

II. Wünsche an die europäischen Staaten

Die Teilnehmer betonen mit Nachdruck eine Reihe von Wünschen an die europäischen Staaten. Auch vor dem zu wenig allgemein wahrgenommenen Hintergrund, dass der Islam einen Teil der europäischen Kulturschicht bildet, ist er im Sinne der breiten Bewusstmachung als Bestandteil der europäischen Gesellschaft sichtbar zu machen, dass gesellschaftliche Integration nicht Assimilation bedeuten kann. Gegenseitige Anerkennung und Respekt ebnen den Weg zu Integration von Muslimen als Muslimen.

- Der Anerkennungsstatus des Islam wie er in Österreich bereits lange besteht, garantiert ein rechtlich definiertes Verhältnis, das die Integration der Muslime als Bestandteil





der Gesellschaft fördert. Dazu gehören das Recht auf freie und öffentliche Religionsausübung und das Recht auf innere Autonomie, das die Bewahrung der Eigenständigkeit ermöglicht, wie es das islamische Prinzip der dynamischen Betrachtung spezifischer Situationen vor dem Hintergrund von Zeit, Ort und handelnden Personen fordert. Für die Muslime in Europa ist nach diesem Vorbild allgemein der Status der Anerkennung in den verschiedenen Staaten anzustreben. Die Konferenz appelliert hier an die maßgeblichen Stellen in dieser Richtung aktiv zu werden.

- Die Errichtung von Moscheebauten, die Einrichtung von islamischen Friedhöfen, das Recht auf Teilnahme im Berufsleben für Frauen mit islamischer Bekleidung und das Recht zum Schächten sind unbedingte Erfordernisse für die muslimische Gemeinschaft. Der Ausbau der Infrastruktur befestigt den sozialen Frieden und schafft Transparenz.

III. Bildung und Erziehung

- Imame und muslimische Theologinnen tragen wesentlichen Anteil an der Bildung und Erziehung und dem Aufbau einer islamischen Infrastruktur. In diesem Bereich sind eine Reihe von Aufgaben vordringlich. Vorurteile, Klischees, Stereotype und tradierte Feindbilder können nur auf dem Wege einer Bildungsoffensive angegangen werden. Diese sollte Züge des gemeinsamen Vorgehens tragen. Friedenserziehung ist eine euch gemeinsam zu behandelnde Aufgabe unserer Zeit.
- Von Seiten der Muslime ist die Ausbildung und Heranbildung der Jugend vordringlich. Hier hat sich das Mittel des in den Schulalltag integrierten Islamunterrichts bewährt. Islamunterricht trägt dazu bei, Differenzen zwischen Tradition und islamischer Lehre aufzuzeigen und zu überwinden. Er fördert die innermuslimische Integration durch die lebendige Vielfalt



der teilnehmenden SchülerInnen und schafft somit Identität als Muslime und Europäer. Qualitätvolle, institutionalisierte islamische Bildung ist ein Garant für die Vermeidung von Engstirnigkeit, Fanatismus und Fatalismus. Dazu gehört die Gründung von Fakultäten zur Ausbildung auf dem europäischen Boden beheimateter islamischer Rechtsgelehrten.

- Von Islamischen Fakultäten aus soll das Entstehen eines neuen Rechtssystems begünstigt werden, das mit der europäischen Gesellschaft in Einklang steht.
- Sprachenerwerb soll forciert werden. Nur wer die Sprache des Landes, in dem er lebt, beherrscht, kann sich als echter Teil dieses Landes begreifen.
- Ausgebildete Muslime können auf der Basis ihres Wissens Brückenbaufunktionen übernehmen. Dies nicht nur auf intellektuellem Gebiet im Bereich der Universitäten zur Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit. Auch in praktischem Sinne sind Muslime, die eine solide Kenntnis des eigenen Hintergrundes mit dem Wissen um die europäische Situation vereinigen, eine Stütze beim Aufbau sozialer Einrichtungen wie Mediationszentren oder Krisenberatungsstellen. Auch auf dem Dienstleistungssektor werden ihre Leistungen zunehmend gefragt.
- Noch wird das Bild des Islam stark durch Massenmedien und die zum Teil mangelhafte Information, die auf Wissenslücken aus der Schulzeit gründet, bestimmt. Hier wäre eine Institutionalisierung bestehender Initiativen anzustreben, die beispielsweise auf dem Sektor von Studien oder Programmen zur Begegnung mit SchülerInnen im Rahmen des Unterrichts bisher eher auf privates Engagement angewiesen sind.





- Muslime sind hierbei aufgerufen ihre Pflicht zur „Dau’a“ so zu verstehen, dass sie zu Information aufgerufen sind und jene Ethik, die ihnen der Islam mitgibt, auch in ihrem persönlichen Leben weitestgehend erlebbar machen sollen.

Empfehlungen der Konferenz

1. Die Konferenz empfiehlt die Bildung einer Gelehrtenkommission zur Formulierung der muslimischen Anliegen in Europa zur Vorlage dieser Anliegen beim Europäischen Konvent, damit diese Anliegen bei der endgültigen Formulierung der eine Berücksichtigung finden Verfassung der Europäischen Union. Die Kommission soll dann dieses Dokument dem Präsidium des Konvents in Thessaloniki in Griechenland übergeben.
2. Die Konferenz empfiehlt die Einrichtung eines muslimischen Verbindungsbüros in Brüssel, um die Angelegenheiten, welche für die Muslime in Europa von Bedeutung und Interesse sind, bei den Organen der Europäischen Union zu betreuen.
3. Die Konferenz hat die Gründung eines ständigen Rates der Imame und muslimischen Seelsorgerinnen in Europa beschlossen. Die Europäische Islamische Konferenz EIC hat für die administrativen Schritte zur Realisierung dieses Vorhabens Sorge zu tragen.
4. Die Konferenz empfiehlt die Bildung einer Erkundungskommission aus einer begrenzten Anzahl von muslimischen Religionsjuristen in Europa um Nigeria zu besuchen, damit sie dort an Ort und Stelle die Umstände des Urteils gegen Frau Amina Lawal erfahren können. Sie sollen sich darüber hinaus mit den zuständigen nigerianischen Justizbehörden über diese Angelegenheit direkt beraten.



Die Konferenz empfiehlt die Gründung eines Islamischen Zentrums in Graz, um die religiösen Dienste in adäquater Form für die muslimische Bevölkerung in dieser Stadt zu ermöglichen. Die Konferenz appelliert in diesem Zusammenhang an die öffentlichen österreichischen Körperschaften der Stadtgemeinde Graz, des Landes Steiermark und der Bundesregierung die effektive Hilfestellung zur Realisierung dieses Vorhabens zu gewähren.

Die Konferenz ersucht Herrn Prof. Anas Schakfeh, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Schreiben im Namen der Konferenz an alle österreichischen und islamischen internationalen Institutionen zu richten, um ihnen allen für ihre Mitgestaltung und Unterstützung dieser Konferenz den Dank auszusprechen.

Graz, am 15.04.1424 H.
15.06.2003



Graz Declaration

The Conference „Heads of Islamic Centres and Imams in Europe“ wishes to thank all institutions involved for contributing towards the realisation of this fruitful exchange of ideas. Agreement in the evaluation of the challenge of modern times in Europe has become tangible. Unanimity was also demonstrated in the theological choice of means to achieve a constructive approach. Thus a significant basis for future activities could be created.

More than 10% of the present population in Europe are Muslims. They all share the same religion, even if showing a wide variety of cultural and traditional diversities. This variety is a reality within Islam always considered a blessing. Variety in terms of ample options for solutions to new problems offers a unique chance. Awareness of this multi-faceted pattern of reflections in respect of a religion is a novelty. A spontaneous, direct exchange of opinions has been manifesting itself in Europe: it could, if promoted and institutionalised, send useful impulses to the Islamic world. The participants at the conference emphasised the theological instruments such as *ijtihad*, the principle of a free formation of opinion within the framework of Islam, the freedom to apply the vast store of knowledge of the different schools of law creatively and in dialogues, and, in general, the central role of intellect. The core message of Islam advocates enlightenment, open-mindedness vis-à-vis the sciences, and makes education imperative.

The conference participants strictly opined that just as there is no African, Arab, or whatever other ethnic Islam, a „European“ Islam is also non-existent. Only the term „Islam in Europe“ offers an adequate definition for the development of an Islam of European style on the basis of the dynamic image



of one all-encompassing Islamic belief. To accompany and enhance this process with theological expertise is seen as the task and duty of imams and heads of Islamic centres.

Muslims share common standards and values with other religious communities and philosophies. The position of related monotheistic religions is specially emphasised. SUra 3, verse 285 of the Qur´An reads: ´´The messenger has believed in what was revealed to him from his Lord, and (so have) the believers. All of them have believed in Allah and His angels and His books and his Messengers, (saying), ´´We make no distinction between any of his messengers.´´ And they say, ´´We hear and we obey. (We seek) Your forgiveness, our Lord, and to You is the (final) destination.´´´´

Islam is historically and culturally associated with the history of Europe, constitutes an inseparable part of it. Recalling this and entering into, or also intensifying, a constructive dialogue will be an asset and a highly promising necessity. SUra 16, verse 125 of the Qur´An reads: ´´Invite to the way of your Lord with wisdom and good instruction, and argue with them in a way that is best. ...´´

For pluralism to contribute towards maintaining social peace and social justice and towards bringing people closer to one another, verse 13 of sUra 49 serves as orientation: ´´O mankind, indeed we have created you from male and female and made you peoples and tribes that you may know one another. Indeed, the most noble of you in the sight of Allah is the most righteous of you. Indeed, Allah is Knowing and Acquainted.´´

In order to meet its responsibility vis-à-vis society the Conference adopts the following statements grouped under three interrelated headings:



I. Islamic identity in Europe

- European Muslims are equally aware of their religious identity as Muslims as they are of their social identity as Europeans. Their integration in no way entails a theological contradiction.
- The Islamic message is oriented at moderation, the logical consequence of which is the explicit rejection of all forms of fanaticism, extremism and fatalism.
- The medieval distinction between dar al-Islam (house of Islam) and dar al-harb (house of war) as contradictory worlds is to be rejected. It is not based on the Qur'An nor on the Sunna, represents an obsolete phenomenon and is in no way relevant today.
- Human rights are an essential component of Islam. Safeguarding the dignity of the human being as a being created by the Lord from the same substance, and actively advocating human rights is the self-evident duty of every Muslim, male or female.
- Man and woman are equal partners in Islam. In addition, they bear a mutual responsibility. Women enjoy essential rights on principle, securing their status. Women's rights should therefore not remain a theory, they must be activated in all aspects concerned. The participation of Muslim women in the various fields of social life is an essential criterion. All Conference participants acknowledge the theological co-operation of Muslim men and women, promote and encourage it.
- Muslims must demonstrate loyalty to law and constitutional principles also as regards the secular structure involved.



- Pluralism is considered divine will in Islam. Its implementation is not only defined in terms of competing with good deeds and dialoguing, nor formulated as a mandate for Muslims. The concept of democracy as the guiding principle of the „shurA“, i.e. mutual consultation, is anchored in the Qur´An.
- Participation in all areas represents an essentially Islamic principle, furthering the harmonious and mutually enriching co-existence in an ever more pluralistic world.

II. Requests submitted to the European States

- The participants vehemently voiced a number of requests to be addressed to the European States. Against a background still insufficiently recognised by the public at large that Islam represents a significant part of the cultural history of Europe, this Islam must also be rendered visible as a component of European society by making the broad public realise that social integration cannot be tantamount to assimilation. Mutual recognition and respect will pave the way towards the integration of Muslims as Muslims.
- The status of recognition that has existed in Austria for a long time, guarantees a legally defined relationship, promoting the integration of Muslims as part of society. This includes the right to free and public worship, and the right to internal autonomy, permitting in turn the preservation of independence as claimed by the Islamic principle of a dynamic consideration of specific situations against the background of time, location, and acting persons. The status of recognition of Muslims should be adapted to this model in the individual European states. The Conference appeals to the competent authorities to take the necessary steps therefor.



- The erection of mosques, the construction of Islamic cemeteries, the right of women to take up a job dressed according to Islamic conventions, and the right to slaughter animals according to Islamic rites are implicit requirements of the Muslim community. Infrastructural expansion will strengthen social peace and create transparency.

III. Education and upbringing

- Imams and Muslim theologians essentially contribute towards education and upbringing and towards the creation of an Islamic infrastructure. A number of tasks take priority in this respect. Prejudices, clichés, stereotypes, and hostile images can only be approached by means of an education offensive which should reflect a co-ordinated strategy. Teaching peace should now become a common task for all those involved.
- Educating and guiding young people is a priority concern of Muslims. The integration of Islamic religious instruction into school curricula has proved helpful. Teaching Islamic principles contributes towards showing the differences between tradition and Islamic doctrines and overcoming these. It stimulates the intra-Islamic integration of most diverse pupils living their religion, and thus creates a simultaneous identity of Muslims and Europeans. A qualified, institutionalised Islamic education will be a guarantor for avoiding narrow-mindedness, fanaticism, and fatalism. This includes the foundation of faculties for the training of native European Muslims to become experts in Islamic law.
- Faculties of Islamic Sciences should promote the creation of a new legal system in matching harmony with European society.



- Learning the local language should become obligatory.
Only a person familiar with the language of the country he or she lives in will feel an integral part of it.

- Educated Muslims can build bridges on the basis of their acquired knowledge, and this not only in the intellectual sphere of universities in order to promote interdisciplinary co-operation. Muslims who combine sound knowledge of their cultural background with practical experience of the European situation will be pillars for the establishment of social institutions such as meditation centres or crisis consultation facilities. They have become welcome applicants for jobs on the services sector too.

- The image of Islam is still to a great extent determined by the mass media and partly faulty information based on knowledge gaps dating back to lack of instruction at school. Existing initiatives should be institutionalised, having until now largely been confined to private engagement as regards studies or programmes for bringing pupils together during lessons.

- Muslims are exhorted to understand their obligation to da'wa in the sense of being requested to give information and live according to the ethic principles inherited in the context of Islam.



III. Recommendations of the Conference

1. The Conference recommends the setting up of an expert commission for the formulation of Islamic requests in Europe for presentation at the European Convent so that these requests can be duly considered in the final formulation of the constitution of the European Union. The commission should furthermore hand over this document to the president of the convent in Thessaloniki/Greece.
2. The Conference recommends the setting up of an Islamic liaison office in Brussels to deal with all matters of importance and interest to Muslims in Europe vis-à-vis the organs of the European Union.
3. The Conference has resolved to found a permanent council of imams and Islamic spiritual advisers. The European Islamic Conference (EIC) should arrange for the administrative steps necessary to realise this project.
4. The Conference recommends the creation of a fact-finding commission composed of a limited number of experts in Islamic jurisprudence in Europe in order to visit Nigeria so as to ascertain the circumstances of the conviction of Amina Lawal in situ. It is furthermore recommended that the competent Nigerian judicial authorities be contacted in order to discuss this matter.
5. The Conference recommends the foundation of an Islamic Centre in Graz in order to render possible adequate religious services for the Muslim population in this town. In this context the Conference appeals to the Austrian corporations under public law of the municipality of Graz, of the federal province of Styria, and of the federal government, to permit effective assistance in respect of the realisation of this project.



6. The Conference asks Professor Anas Schakfeh, the president of the Islamic Community in Austria, to forward letters on behalf of the Conference to all Austrian and Islamic institutions, thanking them for their co-operation in, and participation at, this conference.

Graz, 15th June, 2006/
15th Rabia at-Tani 1424 h.



**E
N
G
L
I
S
H**





بسم الله الرحمن الرحيم

الهيئة الدينية الإسلامية الرسمية في النمسا



Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich

مؤتمر رؤساء المراكز الإسلامية و الأئمة في أوروبا

جراتز من 13 حتى 15 يونيو 2003

إتعد مؤتمر رؤساء المراكز الإسلامية و الأئمة في أوروبا في عاصمة الثقافة الأوروبية جراتز خلال الفترة من 13 / 4 حتى 15 / 4 / 1424 هجري (2003/6/13م).

المبادرة:

- د. بينيتا فيريرو والدنير، الوزيرة الاتحادية النمساوية للشؤون الخارجية
- الأستاذ أنس بن حسن الشقفة / رئيس الهيئة الدينية الإسلامية الرسمية في النمسا
- د. مصطفى سيريتش / رئيس العلماء في البوسنة والهرسك

الجهة المنظمة:

- الهيئة الدينية الإسلامية الرسمية في النمسا

الجهات المشاركة في التنظيم:

- المنظمة الإسلامية للتربية والعلوم والثقافة ISESCO
- المؤتمر الإسلامي الأوروبي EIC
- الجماعة الإسلامية في البوسنة والهرسك

الجهات المضيفة:

- الوزارة الاتحادية النمساوية للشؤون الخارجية
- حكومة ولاية شتايرمارك
- بلدية مدينة جراتز

بعد مناقشة الموضوعات المدرجة على جدول أعمال المؤتمر و التشاور حولها، أصدر مؤتمر رؤساء المراكز الإسلامية و الأئمة في أوروبا البيان التالي:

إعلان جراتز



إن مؤتمر رؤساء المراكز الإسلامية والأئمة في أوروبا يتقدم بالشكر الجزيل إلى كل المؤسسات التي مكنتنا من تبادل الأفكار حول قضايا المسلمين في أوروبا، الأمر الذي أبرز تطابقاً في توجّه تحديات الحداثة في أوروبا، بما في ذلك اختيار الوسائل الشرعية التي تؤدي إلى تعايش بناء وإلى وضع حجر أساس سليم للمستقبل المنشود.

يعيش اليوم في أوروبا مسلمون يشكلون أكثر من 10% من مجموع السكان فيها، تجمعهم عقيدة واحدة رغم تنوع ثقافتهم وتقاليدهم، فالتعددية واقع ملموس في الإسلام فهمت في مختلف الأوقات على أنها رحمة وبركة من الله تعالى.

إن الإفادة من التعددية لصالح فعال يثيري الجهود المبذولة لإيجاد حلول لمسائل جديدة هي فرصة يجب اغتنامها، وإن وعي هذه التعددية على أرضية الدين وبهذه الصيغة أمر واقعي ملموس. ففي أوروبا هنالك تبادل حي ومباشر للأفكار، إذا ما دعم ونظم في عمل مؤسس في فس يكون له أنجع الأثر على واقع العالم الإسلامي. إن المشاركين في المؤتمر يؤكدون على الاستفادة من الوسائل الشرعية كالإجتهد والتعبير الحر عن الرأي للنهل من معين العلم الذي تزخر به المدارس الفقهية المختلفة، للإفادة من كل ذلك عن طريق الإبداع والحوار. وأن للعقل دوراً مركزياً لا يجوز التقليل من شأنه لدى التعامل مع هذه القضايا الهامة. حيث أن الإسلام يحمل في جوهر رسالته، وفي إنفتاحه على العلوم المختلفة، وفي تبنيه لقضايا التعليم والتأهيل، طاقة تنويرية متجددة.

إن المشاركين في المؤتمر يؤكدون بكل حسم على عالمية الإسلام، وكما أنه لا يوجد إسلام أفريقي وآخر عربي، أو غير ذلك من الصفات العرقية، فإنه لا يمكن الحديث عن إسلام أوروبي. والمصطلح الملائم الوحيد هو "الإسلام في أوروبا"، وهذا لا يتعارض مع إكتساب الإسلام لطابع أوروبي ينجم عن التعايش الحيوي للمسلمين مع محيطهم الأوربي مرتكزين على الفهم الصحيح لتعاليم دينهم الحنيف. و هنا يرى الأئمة ورؤساء المراكز الإسلامية في أوروبا أن رعاية هذا التطور ودعمه بمعارفهم العلمية الشرعية من أولى واجباتهم وأشرف مهامهم.

إن المسلمين يشتركون مع أتباع الديانات والعقائد الأخرى في الكثير من القيم وال تعاليم، وخاصة مع أهل الكتاب منهم، "أمن الرسول بما أنزل إليه من ربه والمؤمنون كل آمن بالله وملائكته وكتبه ورسله لا يفرق بين أحد من رسله وقالوا سمعنا وأطعنا غفرانك ربنا وإليك المصير". (285:2).

إن الإسلام بجذوره التاريخية والثقافية جزء لا يتجزأ من التاريخ الأوربي، ولذا فإن توسيع هذا الفهم وتعميقه وتوسيع قاعدة الحوار البناء هو إثراء وضرورة، وحتى تساهم التعددية في الحفاظ على السلام والعدل الاجتماعيين، وتقرب بين الناس، فلا بد من أن نقوم على مفهوم الآية الكريمة "يا أيها الناس إنا خلقناكم من ذكر وأنثى وجعلناكم شعوباً وقبائل لتعارفوا إن أكرمكم عند الله أتقاكم إن الله عليم خبير" (49:13). وحتى يتحمل المؤتمر مسؤوليته أمام المجتمع فإنه يقرر ما يلي:

1) الهوية الإسلامية في أوروبا:

- إن المسلمين يدركون هويتهم الدينية الإسلامية ويؤكدون على انتمائهم إلى مجتمعاتهم الأوروبية كمواعظين، ولا يرون تعارضاً في ذلك، وبالتالي فإن التجنس لا يعارض مع الفهم الشرعي لهذه القضية.
- إن الرسالة الإسلامية قائمة على الاعتدال والوسطية، وعليه فإنها ترفض ضمناً كل أشكال التعصب، والتطرف، والتواكيفية.
- إن تقسيم العالم تبعاً للموروث من العصور الوسطى إلى دار للإسلام ودار للحرب لا يمكن تطبيقه اليوم، وليس عليه دليل من القرآن أو السنة، ويعتبر ظاهرة تاريخية ليس لها اعتبار في زمننا المعاصر.
- إن حقوق الإنسان هي مبدأ أساسي من مبادئ الإسلام، وإن الحفاظ على كرامة البشر، الذين خلقهم الله من نفس واحدة، والدفاع عن حقوق الإنسان هو واجب على كل مسلم.
- إن الرجل والمرأة في الإسلام شريكان متساويان يتحملان مسؤولية مشتركة الواحد تجاه الآخر، والنساء يتمتعن في الإسلام بحقوق تضمن لهن مكانتهن، ولذلك فإن حقوق المرأة يجب أن تتعدى الجانب النظري إلى المشاركة الفعالة في كل جوانب الحياة الاجتماعية، ولا بد من أن تسهم المرأة في التأصيل الشرعي لكل ذلك بدور كبير.
- على المسلمين التأكيد على التزامهم بالدستور والقانون في المجتمعات وإن كانت ذات بنية عثمانية.
- إن التعددية في الفهم الإسلامي مطلب الهي، والتعامل مع هذا المطلب لا يكون إلا بالتناقص على البر وفي الحوار وفي فهمه كواجب إسلامي. إن فكرة الديمقراطية تتوافق مع مبدأ الشورى الثابت في القرآن.
- إن المشاركة الفعالة وتحمل المسؤولية في كل مجالات الحياة هو مبدأ إسلامي أصيل يثري التعايش المشترك في عالم يقوم على التعددية.

2) رغبات تجاه الدول الأوروبية:

- يتوجه المشاركون في المؤتمر إلى الدول الأوروبية بمجموعة من الرغبات الملحة. وبسبب عدم الانتباه الكافي إلى أن الإسلام جزء من تاريخ الحضارة الأوروبية فلا بد من نشر الوعي والتنبية إلى ذلك مع اظهار أن الاندماج والتكيف الاجتماعي لا يعني الذوبان وفقدان الهوية. إن الاحترام والإعتراف المتبادل يمهدها الطريق لإندماج المسلمين في المجتمع كمسلمين. إن للأئمة دور هام في التربية والتعليم وتأسيس بنية إسلامية تحتية وفي هذا المجال توجد العديد من المهمات التي يجب العمل على تنفيذها.
- إن الاعتراف بالإسلام كما هو الحال بالنمسا، والذي مضى عليه وقت طويل، ينظم ويضمن علاقة محددة تدعم دمج المسلمين كجزء في المجتمع حيث أنه يضمن الحرية الدينية والإستقلالية في التنظيم الداخلي للحفاظ على استقلالية الهوية كما يطالب بها الإسلام مع مراعاة الخصوصيات زماناً ومكاناً إذ أن المسلمين في أوروبا يسعون تبعاً لهذه القدوة الحسنة للحصول على الاعتراف بالإسلام في بلدانهم المختلفة، وإن المؤتمر يناشد الجهات المعنية بهذا الأمر ضرورة العمل على تحقيقه.
- إن بناء المساجد، وإنشاء المدافن الإسلامية، وحق النساء المسلمات بمزاولة الحرف والمهن المختلفة مع ارتدائهن لغطاء الرأس الشرعي، إضافة إلى حق الذبح الشرعي، هي من الضرورات التي لا تستغنى عنها أقلية إسلامية. وإن البنية التحتية اللازمة أمر يعزز السلم الاجتماعي، ويحقق شروط الشفافية المطلوبة.
- إن بناء المساجد، وإنشاء المدافن الإسلامية، وحق النساء المسلمات بمزاولة الحرف والمهن المختلفة مع ارتدائهن لغطاء الرأس الشرعي، إضافة إلى حق التربية والتعليم:

إن الأئمة والعلماء المسلمين يتحلون قسطاً مهماً من مسؤولية التربية والتعليم، وبناء البنية التحتية الإسلامية. وفي هذا المجال هناك سلسلة من الواجبات الملحة فالتعامل مع الأحكام المسبقة، والمنطقية، والصورة العدائية الموروثة، لا يمكن أن يتم إلا عن طريق التربية السليمة والتعليم الصحيح لنشر الوعي المشترك بثقافة التعايش السلمي، والدفاع عنها معاً.

- فمن الجانب الإسلامي تعتبر تربية الأجيال الشابة أمراً ملحاً، وهنا أثبتت مادة التعليم الديني الإسلامي في المدارس نجاحتها. إن تعليم الدين الإسلامي في المدارس يظهر الفروق بين مبادئ الإسلام والتقاليد الموروثة، ويمهد بالتالي لتجاوزها ويشجع على الاندماج الإسلامي الداخلي عن طريق المعاشية التعددية من خلال التلاميذ أنفسهم مما يساعد على تعميق فهم الهوية الإسلامية الأوروبية . إن التعليم و التنقيف الإسلامي المؤسسي بالمستوى المطلوب هو ضمانته ضد الفهم الضيق و التعصب واللامبالاة. ولهذا فلا بد من إنشاء كليات علمية في أوروبا لتأهيل علماء مسلمين فيها.
- إن هذه الكليات ستساعد على تطوير فهم فقهي يتوافق و الحياة في أوروبا.
- لابد من التشجيع على تعلم اللغة، لأن الذي يتعلم لغة بلد ما هو الذي يمكن أن يصبح جزء أصيلاً من هذا البلد.
- إن المؤهلين من المسلمين يمكنهم أن يكونوا بعلمهم جسوراً للتواصل في المجال الثقافي ولتشجيع التبادل الإختصاصي. وكذلك فإن المسلمين في أوروبا وبعلمهم وفهمهم للظروف القائمة في أوروبا يمكنهم أن يساهموا عملياً في تأسيس مراكز لحل الخلافات والتوفيق بين أبناء المجتمع ، ونلمس ذلك من كثرة الطلبات التي ترد إلى المراكز الإسلامية في هذا المجال.
- لانتزال صورة الإسلام متأثرة بما تقدمه وسائل الإعلام، وبلصورة النمطية التي تقدم عنه في المدارس. ولذلك فلا بد من تحويل بعض فعاليات التبادل بين التلاميذ والتي نشأت بجهود فردية إلى مؤسسات تقدم برامج محددة في هذا المجال.
- على المسلمين القيام بواجبهم في الدعوة للتعريف بالإسلام وذلك طريق نشر المعلومة الصحيحة وتقديم القنوة الحسنة بالعيش تبعاً لمبادئ الإسلام السليمة.

التوصيات:

يوصي المؤتمر بما يلي:

1. يوصي المشاركون بتشكيل لجنة من العلماء لصياغة مقترحات دستورية تتضمن مطالب المسلمين في أوروبا، ولتقدّم هذه المقترحات إلى مؤتمر صياغة الدستور الأوروبي الذي سينعقد في اليونان. على أن تسلّم هذه الوثيقة إلى رئاسة المؤتمر الدستوري في سالونيك باليونان.
2. يوصي المشاركون بتأسيس مكتب إتصال إسلامي في بروكسل ليكون حلقة تواصل وحوار مستمر بين المسلمين والمسؤولين في الإتحاد الأوروبي وأجهزته المختلفة.
3. يوصي المؤتمر بتأسيس مجلس دائم للأئمة والمرشدين الدينيين المسلمين في أوروبا. وعلى المؤتمر الإسلامي الأوروبي اتخاذ الإجراءات الإدارية اللازمة لإنجاز هذا المؤتمر.
4. يوصي المؤتمر بتكوين لجنة تقصي حقائق من عدد محدود من علماء المسلمين في أوروبا للقيام بزيارة لنيجيريا، للإطلاع في الموقع على ملائمتها للحكم الذي صدر بحق السيدة/ أمينة لاقال، و للتشاور في هذا الأمر مع السلطات القضائية النيجيرية.
5. كما يوصي المؤتمر بإنشاء مركز إسلامي في مدينة جراتز لتقديم الخدمات الدينية بالشكل اللائق للمسلمين فيها، وبتأيد سلطات المدينة، والسلطات الولائية والحكومية الإتحادية المساعدة الفعالة لتحقيق هذا المشروع.
6. يوصي المؤتمر السيد الأستاذ أنس الشقفة، رئيس الهيئة الدينية الرسمية الإسلامية الرسمية في النمسا، بتوجيه خطابات باسم المؤتمر إلى جميع الجهات النسبوية، والمنظمات الدولية لشكرها على مشاركتها في تنظيم ودعم هذا المؤتمر.

جراتز، في 15/4/1424 هـ. الموافق لـ 15/6/2003 مـ



Aus der Presse:



Europäische Imamekonferenz in Graz (v. re.: M. Bechari/Europäische Islamische Konferenz, M. Cerić/bosnischer Reisu-Ulema, A. Schakfeh/Österreich).

Anstoß für Europas Muslime

In der Kulturhauptstadt Graz kam der „Mainstream“-Islam Europas erstmals zusammen: Klartext zu Menschenrechten und Demokratie – wesentliche Fragen blieben dennoch offen. VON OTTO FRIEDRICH

Ödu glückliches Österreich! Nicht wörtlich, aber sinngemäß so priesen die bei ihrer ersten Europa-Konferenz versammelten Imame die Lage der Muslime hierzulande: In Österreich ist der Islam seit 1912 staatlich anerkannt und genießt eine in der EU ungekannte Rechtsstellung. Kein Wunder, dass die Kulturhauptstadt Graz als Ort der ersten Versammlung des – lt. Eigendefinition – Mainstream-Islam in Europa gewählt wurde.

Beide Initiatoren der Konferenz – Mustafa Cerić, Oberhaupt der bosnischen Muslime, und Anas Schakfeh, Präsident von Österreichs Islamischer Glaubensgemeinschaft – wurden nicht müde zu betonen, man wolle den Islam mit Europa versöhnen (und umgekehrt) und den vom Islam prinzipiell postulierten „mittleren Weg“ einer gemäßigten Religiosität propagieren. Immer wieder unterstrichen die Initiatoren und viele Teilnehmer ihre Absage an Extremismus, Fanatismus und Gewalt. Menschenrechte seien „zentraler Bestandteil des Islam“, der „Gedanke der Demokratie“ sei im Koran verankert, Pluralismus gehöre zu den zueifst islamischen Grundsätzen: So steht es in der abschließenden „Grazer Erklärung“ der Konferenz (Volltext: www.islamische-glaubensgemeinschaft.at).

Ebenso findet sich dort das klare Bekenntnis zum säkularen Staat. Solche Bekräftigungen zeigten: Die Versammelten waren sich bewusst, dass auf Seiten der Muslime gegenüber Europa nach wie vor Bekenntnisbedarf herrscht. Und wiederholte Wortmeldungen, die Muslime Europas bräuchten eigene finanzielle und organisatorische Beine, damit sie nicht mehr von außereuropäischer Unterstützung abhängig seien, machten weiters klar: Die Muslime müssen einiges selbst dazu tun, um Ängste des „christlichen“, heute oft „agnostischen“ Europas zu zerstreuen.

Ferrero-Waldners Ansinnen

Die nach Graz gekommenen Politiker streuten den versammelten Muslimen weitgehend Rosen: Europarats-Generalsekretär Walter Schwimmer wies darauf hin, dass in den Ländern des Europarates 100 Millionen Muslime leben: jeder achte Europäer ist ein Muslim! Auch von daher hätten die Muslime wesentlichen Anteil am Aufbau eines friedlichen Europas, in dem die Menschenwürde geachtet wird. Ähnlich häuften sich Außenministerin Benita Ferrero-Waldner; sie äußerte als Sponsorin der Konferenz, aber auch „Wünsche“, die auf Kopschütteln mancher stießen. So bat die Ministerin, ei-

nen Passus in die Schlusserklärung aufzunehmen, der um Gnade für jene Nigerianerin bitter, die in ihrer Heimat gesteinigt werden soll. Mustafa Cerić entgegnete solchem Ansinnen, die europäischen Muslime könnten nicht für alle Taten von Muslimen verantwortlich gemacht werden. Gleichwohl empfiehlt das Schlussdokument die Einsetzung einer Fact-Finding-Mission muslimischer Rechtsgelehrter, um sich an Ort und Stelle ein Bild zu machen.

Die Imame wollten mit der Versammlung auch das Lobbying ihrer Anliegen gegenüber Europa verbessern: zweifellos gibt es zahlreiche berechnete Wünsche der Muslime an europäische Gesellschaften (Seite 6 dieser FURCHE).

Dennoch bleiben auch nach Graz wesentliche Fragen offen: So war die Repräsentativität der Versammlung nicht wirklich klar. Der Anspruch, den Mainstream des Islam in Europa abzubilden, in allen Ehren: dass aber „liberale“ Muslime überhaupt nicht mit von der Partie waren und Islamisten zumindest verbal ausgegrenzt blieben, dürfte dem Bild des Islam in Europa doch nicht entsprechen.

In der Schlusserklärung selbst finden sich Spuren ungeklärter Fragen: So wird dort – vielen Gesprächen am Rande der Konferenz zum Trotz – dem Terminus eines

„europäischen Islam“ eine klare Absage erteilt. Und auch die Frauenfrage schwelt weiter: Die Grazer Erklärung bekennt sich einerseits zu den Menschenrechten uneingeschränkt; der Passus danach spricht zwar von Mann und Frau als „gleichwertigen Partnern“, drückt sich aber um eine Positionierung zur gesellschaftlichen Gleichstellung der Frau.

Islamismus bleibt präsent

Und gravierender: Entgegen den Beteuerungen, Extremisten seien nur eine Randerscheinung, zeigte sich gerade in den letzten Tagen, dass der Islam in Europa mit dem Islamismus sehr wohl ein Problem hat: In Rom musste der Imam der Großen Moschee abgesetzt werden, weil er in einer Freitagspredigt zur Gewalt aufgerufen hatte. Und nach den jüngsten Wahlen zu regionalen Instanzen des französischen Muslim-Rates übernahm in 12 von 25 Regionalräten eine islamistische Gruppierung den Vorsitz.

Soseh man die Beratungen von Graz mit Sympathie verfolgen mag, und soseh man auf deren Weitergehen hofft: Zuletzt geschilderte Ereignisse gehören leider auch zum „Mainstream“ des Islam in Europa.

otto.friedrich@furche.at

Die Furche
25/19. Juni 2003



„Konferenz der Europäischen Imame und SeelsorgerInnen“ -
Wien 2006
Zeitraum der Zusammenkunft:
7. bis 9. April 2006



Veranstaltet von:

- der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich
- dem Österreichischen Außenministerium
- der Stadt Wien und
- der Europäischen Islamischen Konferenz

Eröffnungsfeier:

Freitag, 07.04. ab 19.00 Uhr im Wiener Rathaus

Pressekonferenz:

Sonntag, 09.04. 10.00 Uhr in der Islamischen
Religionspädagogischen Akademie
Neustiftgasse 117
1070 Wien





Nach dem so genannten Karikaturenstreit gewann die seit langem geplante Konferenz europäischer Imame und SeelsorgerInnen an besonderem Gewicht. Stand bei vorigen Konferenzen das theologisch begründete Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Menschenrechten im Mittelpunkt, so sollte nun über die grundsätzliche Standortbestimmung hinaus gearbeitet werden.

Angesichts der Herausforderungen der Zeit sah man Vernetzung und Zusammenarbeit intellektueller Vordenker und Multiplikatoren des Islam in Europa als besonders entscheidend. Vordringlich erschien die Bearbeitung folgender Schwerpunkte:

- Stärkung des innermuslimischen Gedankenaustausches und der Vernetzung
- Klärung und Sichtbarmachung muslimischer Standpunkte in der aktuellen europäischen Diskussion: Meinungsfreiheit, soziale Aufstiegsmöglichkeiten von Muslimen in Europa, insbesondere in Verbindung mit Blick auf muslimische Frauen und Jugend, rechtliche Aspekte von der Anstrengung eines Anerkennungsstatus (wie in Österreich) bis zur Sicherheitsdiskussion, Beispiele für eine Bereicherung durch muslimische Beiträge etwa auf dem Gebiet der Wirtschaftsethik und der Ökologie
- Theologische Beschäftigung und Beantwortung drängender Fragen zum Themenbereich „Integration“, eng verknüpft mit dem Partizipationsgedanken und der Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Islamfeindlichkeit
- Vertiefung des positiven islamischen Zugangs zu Diversität und Aufzeigen praktischer Wege der Umsetzung im Sinne eines friedlichen und respektvollen Zusammenlebens



Für die Eröffnungsfeier am 7. April ab 19.00 Uhr im Wiener Rathaus sagten eine Reihe hochrangiger Gäste zu:

- Dr. Wolfgang Schüssel (President of the EU Council, Federal Chancellor of Austria)
- Univ. Prof. Dr. Andreas Khol (President of the Austrian Parliament)
- José Manuel Barroso, (President of the European Commission) – durch aktuelle Ereignisse musste er kurzfristig absagen
- Dr. Ursula Plassnik, (Federal Minister for Foreign Affairs of Austria)
- Dr. Michael Häupl, (Governour & Mayor of the City of Vienna)
- Dr. Benita Ferrero-Waldner, (European Commissioner for External Relations and Neighbourhood Policy)
- Prof. Dr. Abdul-Aziz Altujiri, (General Director of the Islamic Educational Scientific and Cultural Organisation)
- Dr. Mohamed Ahmed Sherif, (Secretary General of Organisation of World Islamic Call Society)

Der 8. April war für die eigentliche Konferenz vorgesehen. Anwesend waren mehr als 120 Teilnehmer, Damen und Herren, aus 40 verschiedenen europäischen Ländern. Darunter Persönlichkeiten wie Imam Dr. Abduljalil Sajid aus GB, Dr. Axel Ayyub Köhler,



neuer Vorsitzender des deutschen Zentralrats der Muslime, Dr. Adly Abu Hajar, Präsident des skandinavischen Muslim Academic Council, der Vorsitzende der Office for Bosnian Diaspora of BiH Mirsad Mahmutovic, Eyup Ramadani von der islamischen Gemeinde Kosovo und Liya Makhmutova, Repräsentantin aus den ehemaligen Sowjetrepubliken. Dazu kommen auch zahlreiche Teilnehmer aus Österreich.

Referate während der Konferenz:

- Frau Dr. Benita Ferrero Waldner, EU- Kommissarin für Außen- und Nachbarschaftsbeziehungen

- Frau Dr. Beate Winkler, Vorsitzende der EU Beobachtungsstelle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit:
„Situation of Muslim Communities in EU member states: Overview and Perspectives“ (Situation der muslimischen Gemeinden in den EU-Mitgliedsländern: Überblick und Perspektiven)

- Herr Univ. Prof. Dr. Richard Potz, Institutsvorstand Fachbereich Recht und Religion an der Universität Wien:
„Rechtliche Anerkennung als Basis der Integration der Muslime in Europa“

- Herr Qudrat Shah, Head of Service Equalities “The Role and Responsibilities of an Imam”

- Ayatolla Sayed Abbas Ghaemmagami, Präsident des Islamischen Zentrums Imam Ali in Hamburg

- Dr. Winfried Murad Hoffmann, Botschafter aD., Denker und Schriftsteller: „Integration versus Assimilation“

- Frau Mag. Amina El-Zayat, Politikwissenschaftlerin:
„Islam und Demokratie“



- Mag. Amir Zaidan, Direktor des Islamischen Religionspädagogischen Instituts: „Islam europäischer Prägung – Eine theologische Betrachtung“



Mag. Amir Zaidan, Dr. Winfried Murad Hoffmann, Dr. Ahmed Al-Rawi, Mag. Amina El-Zayat (von re. nach li.)

Um ein möglichst intensives und effizientes Arbeiten zu gewährleisten, gab es am Nachmittag das Angebot verschiedener Arbeitsgruppen:

- Bildung und Migrationstheologie
- Politik und Wirtschaft
- Partizipative Integration
- Frauen
- Jugend
- Ökologie und Nachhaltigkeit

Die Präsentation des Schlussdokuments erfolgte in einer sehr gut besuchten Pressekonferenz am 9. April ab 10.00 Uhr in der Islamischen Religionspädagogischen Akademie im 7. Bezirk in der Neustiftgasse 117. Über die Konferenz wurde von Kanada über die USA bis nach Australien in den großen Blättern ausführlich berichtet.



Abschlussklärung

Wiener Erklärung

Den Islam in Europa theologisch als kompatibel mit den Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, des Pluralismus und der Menschenrechte zu verorten, ist der Standortbestimmung der „Konferenz Leiter islamischer Zentren und Imame in Europa“ im Jahre 2003 in der damaligen europäischen Kulturhauptstadt Graz gelungen. Gleichzeitig wurden jegliche Form von Fanatismus, Extremismus und Fatalismus klar verurteilt. Damit wurde nicht nur innermuslimisch ein wichtiges Zeichen der Orientierung gesetzt, sondern es sollte auch der Integrations- und Identifikationsprozess der Muslime, die in der Vielfalt ihrer ursprünglichen Herkunft ca. 50 Millionen Personen in Gesamteuropa umfassen, durch die Betonung des Partizipationsgedankens befördert werden. Als Zeugnis muslimischen Selbstverständnisses sollte aber auch nach außen ein wichtiges aufklärendes Signal getätigt werden, das Ängsten und Vorbehalten entgegenwirken könnte, um das friedliche und von gegenseitigem Verständnis und Respekt getragene Miteinander zu bestärken.

2006 muss von den Konferenzteilnehmern nüchtern festgestellt werden, dass es noch großer Anstrengungen auf allen Seiten bedürfen wird, um die Akzeptanz der Muslime in der Mehrheitsgesellschaft zu erreichen. In verschiedenen europäischen Ländern sind soziale und wirtschaftliche Spannungen gleichzeitig in Zusammenhang mit einer oft aggressiv und emotional geführten „Ausländerdebatte“ zu bringen. Muslime werden pauschalierend benutzt, um ein Bild des „Fremden“ entstehen zu lassen, das in Zeiten der Unsicherheit Halt in einer negativen Abgrenzung bietet. Es scheint, als solle damit ein „Wir“-Gefühl erzeugt werden, das Gesellschaften, die massiv unter einem Verlust des sozialen



Zusammenhangs leiden, zunehmend abhanden kommt.

Gleichzeitig sehen sich Muslime einem starken Rechtfertigungsdruck ausgesetzt, da nach dem Prinzip „bad news is good news“ in der öffentlichen Wahrnehmung die Krisenberichterstattung Bilder von Aggression und Gewalt, oft an außereuropäischen Schauplätzen, in den Vordergrund rückt. In der Diskussion tauchen immer wieder Kritikpunkte auf, die anhand einzelner Missstände eine Unverträglichkeit „islamischer“ mit „westlichen“ Werten zu konstruieren suchen. Hier wird es von Seiten muslimischer Gelehrter nicht genügen, sich mit dem Verweis, dass solcherlei negative Erscheinungsformen im Gegensatz zur islamischen Lehre in überkommenen Traditionen wurzeln, als nicht weiter zuständig zu erklären. In der theologischen Argumentation liegen schließlich große und erprobte Möglichkeiten, nachhaltige Bewusstseinsveränderungen herbeizuführen. Diese sollen als Teil der Lösung aber auch erkannt, respektiert und im öffentlichen Diskurs gefördert werden.

Die Moderne rückt die persönliche Verantwortung jedes einzelnen mündigen Bürgers stärker als je in den Mittelpunkt. Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen, was die Bewahrung von Frieden und Sicherheit, die Frage sozialer Gerechtigkeit und den Erhalt der Umwelt betrifft. Die Religionen leisten mit ihrem Appell zu verantwortlichem Handeln, das vom Gedanken an das Wohl anderer getragen sein soll, einen entscheidenden Beitrag. Sie können einen positiven Ausgleich zu auf Konsum ausgerichteten, an der individuellen Spaßoptimierung abgestellten Lebenseinstellungen schaffen.

Der Islam trägt einen lösungsbezogenen Ansatz in sich, indem Vielfalt als gottgewollt nicht in Frage gestellt werden soll, sondern gelassen in mehr Kenntnis mündend nutzbar zu machen ist. „Gute Werke“ bilden eine Maxime des Handelns. Wie eng Friede und Gerechtigkeit zusammen liegen, zeigt



der Anspruch diskriminierungsfreien, gerechten Umgangs miteinander auf, unabhängig von Herkunft, Religion, gesellschaftlichem Ansehen oder Alter:

„Diejenigen, die glauben und ihren Glauben nicht mit Unrecht vermischen, sie sind es die Sicherheit haben und sie sind es, die rechtgeleitet sind.“ (Sure 6, Vers 82)

Die Konferenz beschäftigte sich in Arbeitsgruppen detailliert mit einzelnen Aspekten.
Daraus gingen folgende Überlegungen hervor:

Integrationssoziologie

1. Der religiöse Anspruch persönliche Bereitschaft zu zeigen, Verantwortung für das Allgemeinwohl zu übernehmen, bildet die Grundlage eines integrativen Zugangs, der den jeweiligen Lebensmittelpunkt zum vordringlichen Radius macht. So ist es natürlich, dass Muslime das Gastarbeiter image zu überwinden suchen. Sie betrachten sich nicht als „Fremdkörper“, sondern als lebendigen Teil Europas. Große historisch gewachsene muslimische Populationen sind eine Tatsache. Der Islam ist auch aus der Leistung seines großen wissenschaftlichen und kulturellen Erbes direkter Bestandteil der europäischen Identität.
2. Integration und Assimilation dürfen als Begrifflichkeiten nicht vermischt werden, wie dies bisher oft der Fall ist. Die Interaktion mit der Mehrheitsgesellschaft darf nicht zur Voraussetzung haben, bedingungslos Religion, Kultur und sprachliche Vielfalt aufgeben zu sollen. Die mit Assimilationsforderungen implizierte Annahme der Minderwertigkeit des „anderen“ führt zu Abkapselung und Ghettoisierung.
3. Integration ist keine Einbahnstraße, sondern als beidseitiger Prozess zu verstehen. Als aktiver und sichtbarer Teil suchen sich Muslime auf allen Gebieten bereichernd



und ergänzend zu beteiligen: wirtschaftlich, kulturell, wissenschaftlich, politisch, sozial. Voraussetzung hierzu ist die Beherrschung der Landessprache als Instrument der Kommunikation. Von der Mehrheitsgesellschaft erwarten wir ein Bekenntnis zu Diversität, eine Haltung gegen Tendenzen von Rassismus und Diskriminierung. Anreize und Möglichkeiten der verbesserten Partizipation liegen in der erleichterten Einbürgerung bei gelungener Integration, bei der Familienzusammenführung, beim Zugang zum Arbeitsmarkt, diversity management, positiver Diskriminierung und Quoten, der Nostrifizierung ausländischer Bildungsgänge, der demokratischen Teilhabe (z.B. kommunales Wahlrecht).

4. Bei der Definition und der Verwendung des Begriffs „Parallelgesellschaft“ soll mehr Sorgfalt geübt werden. Die berechnete Pflege von Kultur und Religion innerhalb eines geschützten Raumes soll nicht bereits unter den Generalverdacht von bewusster Abkapselung gestellt werden. Die Querverbindungen, Vernetzungen und der Dialog nach draußen zeigen, dass es hier nicht um eigene Abschottung, sondern um „community“-Bildung geht, deren Ziele, etwa in der Aufgabe sozialer Aufgaben, der Gesellschaft zugute kommen können. In einer Zeit wachsenden Pluralismus wäre es von Vorteil, wenn sich eine Einstellung durchsetzen könnte, die es als selbstverständliche Gegebenheit betrachtet, dass die Bevölkerung verschiedenste Interessens- und Neigungsgruppen umfasst, die möglichst in Ergänzung und Bereicherung vielfältige Überlappungen und Schnittstellen bilden.

5. Unter diesem Aspekt sind auch Anstrengungen von muslimischer Seite zu betrachten, die Institutionalisierung eigener Einrichtungen anzustreben. Kindergärten, Schulen oder auch die Moscheeaktivitäten dürfen nicht als „antiintegratives Gegenmodell“ mit einer Vorverurteilung



belegt werden. Denn erste Erfahrungen beweisen, dass kluge und pädagogisch ausgereifte Konzepte, die auch Elemente der Kooperation und Vernetzung mit anderen Einrichtungen aufweisen, das Empowerment der jungen Generation stärken können, aber auch Brückenbaufunktionen übernehmen können.

- b.** Moscheen stellen einen wesentlichen Aspekt im muslimischen Gemeindeleben dar. Ihre Unabhängigkeit, auf geistig-moralischer Ebene wie finanziell, ist ein Schlüssel für die authentische Entwicklung der Identität eines „Islam in Europa“. Imame und andere Funktionsträger, Männer und Frauen, innerhalb der muslimischen Community sind wichtige Multiplikatoren und haben Vorbildfunktion. Die Beteiligung von Frauen ist zu fördern. Um die Lebenswirklichkeit der Gemeinde in der Arbeit aufgreifen zu können, ist nicht nur sprachliche Kompetenz (Erwerb der Landessprache) eine Voraussetzung, sondern auch Wissen um gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen. Denn im Islam sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen unbedingt bei der Beantwortung religiöser Fragen auf Basis der Quellen zu berücksichtigen. In der Aus- und Fortbildung der Imame steckt in Europa noch ein großes Entwicklungspotenzial. Sie sollen aus der Rolle der Respektperson heraustreten und zur Vertrauensperson werden, wozu es vermehrter sozialer Kompetenz bedürfen wird. Gebraucht werden eigene Bildungsinstitutionen, aber auch gezielte Weiterbildungsprogramme, die an den lokalen Bedürfnissen orientiert sind. Die Moschee soll auch in ihrer traditionellen Rolle als sozialer Knotenpunkt ins allgemeine Bewusstsein treten, indem entsprechende Aktivitäten von einer offenen Haltung nach draußen begleitet werden. Viel versprechend erscheinen hier die Ansätze von Bradford / England, wo eine Einbindung der lokalen Moscheegemeinden und Imame in Fortbildungsprojekte erfolgt.



7. Presse- und Meinungsfreiheit sind ein unverzichtbares und allgemeines Gut. Es besteht kein Widerspruch zur Religionsfreiheit, da beide eng miteinander verknüpft sind. Meinungsfreiheit soll in Verantwortung ausgeübt werden und in Beachtung gegenseitigen Respekts. In Europa hat sich – von Land zu Land teilweise auch mit Unterschieden- doch ein gewisser gesellschaftlicher Konsens gebildet, wo Bereiche liegen, die eines besonderen Feingefühls bedürfen. Auch Gesetze kennen – wieder in unterschiedlicher Form – Paragraphen mit Schutzbestimmungen. Wir sehen, dass sich im Umgang mit dem Islam ein solcher Konsens erst noch bilden muss. Da wir uns zum Dialog als beste Lösung im Konfliktfall bekennen, sehen wir hier auch die beste Möglichkeit mehr gegenseitiges Verständnis zu erreichen.

Bildung

1. Bildung ist im Islam geradezu eine Lebenseinstellung, da lebenslangliches Lernen vorausgesetzt wird. Die Zugänglichkeit ist unabhängig von der sozialen Schicht zu gewährleisten. Viele Probleme ließen sich über Bildungsmaßnahmen konstruktiv angehen, indem damit eine Stärkung der Persönlichkeit, die Fähigkeit zu Selbstreflexion und Eigenkritik einhergeht.
2. Horizonte zu erweitern wird aber auch gezielter Förderung der Mehrheitsgesellschaft bedürfen. Die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems ist in vielen europäischen Staaten problematisch, wovon Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders betroffen sind. Die Problematik von „Ghettoschulen“ oder die hohe Zahl von Migrantenkindern in Sonderschulen soll vor dem sozialen Hintergrund gesehen werden und nicht als kulturell oder religiös bedingtes Phänomen.





3. Chancengleichheit muss aktiv gefördert werden. Dazu gehören Investitionen in frühzeitigen Spracherwerb, Lernbegleitung und Lernberatung und beidseitige interkulturelle Kompetenz. Moscheen und muslimische Vereine können hier aktiv eingebunden sein. Gleichzeitig geht es um den Abbau von Rassismus und Islamfeindlichkeit. Schulbildung prägt fürs Leben, weshalb Stereotypen, die über den Islam auf diesem Wege verbreitet wurden, besonders schwer zu überwinden sind, wie eine Schulbuchstudie von Frau Prof. Susanne Heine für Deutschland und Österreich nachwies. Heute bemüht man sich stärker und der Problematik bewusster um einen einfühlsamen und aufklärerischen Ansatz bei der Behandlung des Islam in Schulbüchern. Diese Tendenz ist noch zu verstärken und unterstützen.
4. Unbestritten ist die positive Rolle des Kindergartens auf die Entwicklung des Kindes. Die Vorteile für sprachliche und soziale Entwicklung sind so groß, dass hier der Keim für ein späteres positives Fortkommen liegt. Die Empfehlung für den Kindergartenbesuch ist verbunden mit dem Hinweis, dass die Attraktivität für muslimische Eltern wesentlich zu steigern wäre, könnte auf ihre speziellen Bedürfnisse unter den Stichworten Interkulturalität und Beachtung religiöser Praxis (halal-Speiseangebot) besser eingegangen werden. Muslimische Kindergärten, die hier ein maßgeschneidertes Angebot haben, können oft gerade Kinder erreichen, deren Eltern sonst von einem Besuch Abstand genommen hätten. Als Programm zur späteren besseren Integration in die Regelschule sollen sie mehr Förderung erfahren.
5. Religionsunterricht im Islam im Rahmen des Regelunterrichts an öffentlichen Schulen soll endlich als wirksames Instrument der Integration wahrgenommen werden. Die sichtbare Gleichstellung mit anderen Religionsgemeinschaften wirkt sich günstig auf das Zugehörigkeitsgefühl



aus. Der in seiner Bedeutung unbestrittene Dialog der Religionen wird sich nur an die Basis tragen, wenn auch seine Mitglieder religiöse Wurzeln und Werte kennen. Darüber hinaus trägt Religionsunterricht zur Identitätsbildung aktiv bei, indem Unterschiede zwischen religiöser Lehre und kulturell bedingten Traditionen aufgezeigt werden und das Bewusstsein als Teil der europäischen Gemeinschaft gestärkt wird. Realitätsbezogener Unterricht in der jeweiligen Landessprache soll extremistische Meinungen als solche bloßstellen und einer Selbstethnisierung durch sprachliche oder vom Ursprungsland herrührende Ghettoisierung vorbeugen. Diese Qualität des Unterrichts soll sich auch auf die Entwicklung der Koranschulen in den Gemeinden mit ihrem zusätzlichen Angebot vor allem auf dem Gebiet der Koranrezitation und der Pflege der Muttersprache positiv niederschlagen. Dabei ist besonderes Augenmerk auf die Entwicklung didaktisch geeigneter Lehrmaterialien zu legen. Liedtexte, Kopiervorlagen und Bücher sollen im Einklang mit dem offiziellen approbierten Lehrplan und seiner Zielrichtung stehen. Die Lehrpläne und Lehrbücher werden ständig reformiert und an die neuen Gegebenheiten angepasst.

6. Erwachsenenbildung ist mehr als einzig Sprachunterricht. Hier sollen gezielte Programme sinnvolle Freizeitgestaltung fördern.

Politik

1. Eine Wurzel von großen Missverständnissen liegt in dem Vorwurf an die Muslime, ein gespaltenes Verhältnis zum Staat zu haben, indem sie den Gedanken der Trennung von Macht- und Aufgabenbereichen zwischen politischer und geistlicher Führung nicht vollzogen hätten. Hier wäre ein historisch genaueres Bewusstsein sehr hilfreich, das auch die Entwicklung der islamischen Länder berücksichtigt, was in den schulischen Lehrplänen fast völlig



vernachlässigt wird. Dieses Wissen könnte von Muslimen vielfach als überheblich empfundene eigenzentrierte Sichtweisen positiv erweitern und die prinzipielle Vergleichbarkeit historischer Abläufe hinterfragen, die jetzt unter dem Stichwort „mangelnde Aufklärung“ im europäischen Diskurs zum Allgemeinplatz wurde. Die Aufgeschlossenheit gegenüber den Wissenschaften wurde ein wesentlicher Faktor für die Entwickeltheit islamischer Gesellschaften, von der auch Europa gerade als Impulse für die Aufklärung profitierte. De facto war die politische Führung über weiteste Strecken der islamischen Geschichte autonom und gestaltete sich nicht in Personalunion mit den religiösen Würdenträgern.

2. Umgekehrt kann besseres historisches Verständnis der europäischen Geschichte Muslimen gewisse Befindlichkeiten erklären und das gegenseitige Verständnis vertiefen.
3. Auch der Begriff „Scharia“ wird immer wieder völlig falsch interpretiert (etwa als „Strafrecht“) und angewendet, woraus große Ängste und Abwehrhaltungen resultieren. Auch hier appellieren wir an die gebotene Sachlichkeit und korrekte Definition, die in der Betonung des dynamischen Charakters bei der Auslegung der Quellen gerade geeignet ist, Vorurteile zu entkräften. Wie kontraproduktiv Scheinwissen ist, zeigt die wiederholt laut gewordene Forderung nach „Abschaffung der Scharia“, die völlig absurd ist, da die Scharia die Glaubenspraxis auf Grundlage der Quellen regelt, also etwa Fragen nach der Gebetswaschung, der Höhe der sozial-religiösen Pflichtabgabe für Bedürftige usw. Solche unqualifizierten Äußerungen können dem nötigen vertrauensbildenden Prozess nur abträglich sein, da er von Muslimen als Ruf nach Abschaffung des Islam verstanden werden muss.
4. Die Vereinbarkeit einer demokratischen Ordnung mit dem Islam wurde wiederholt durch offizielle



muslimische Erklärungen unterstrichen. Die Identifikation mit dem Staat ist dann naturgemäß besonders hoch, wenn eine größtmögliche Deckungsgleichheit mit persönlichen Wertvorstellungen damit einhergeht. Somit ist das Modell des Anerkennungsstatus für den Islam, wie es in Österreich besteht, tatsächlich besonders geeignet, da es über die emotionale Ebene der Zugehörigkeit einen institutionalisierten Dialog mit sich bringt. Damit wird mit und nicht über Muslime geredet, können Sachfragen im Lande geklärt werden, ohne dass man auf ausländische Gutachten zurückgreifen müsste, die immer die Problematik in sich bergen, weder der konkreten Situation völlig angemessen zu sein, noch eigenständig aus der lokalen muslimischen Community erwachsen zu sein, die sich statt mit der geforderten Eigenständigkeit oft „von außen“ bestimmt sehen würde.

5. Die Teilhabe von Menschen mit muslimischem Hintergrund an demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen soll gesteigert werden. Die Imame weisen nicht nur darauf hin, passiv persönlich vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, sondern auch aktive Möglichkeiten der Partizipation z.B. in Elternvertretungen von Schulen oder bei ArbeitnehmerInnenvertretungen aktiv zu unterstützen, aber auch innerhalb der Parteienlandschaft.
6. Die Politik ist gefordert ihren Part im beidseitigen Prozess der Integration ernst zu nehmen. Hand in Hand mit integrationspolitischen Maßnahmen sollten solche zum Abbau von Fremdenfeindlichkeiten in all ihren Erscheinungsformen, auch jener der Islamfeindlichkeit, greifen. Mit Besorgnis sind Tendenzen festzustellen, wo diskriminierende Haltungen gegen Muslime in die Politik Eingang finden. Hier soll es keine Sondergesetze geben, denn Muslime dürfen nicht mit einer Art Generalverdacht belegt werden. Die Beweislastumkehr ist ein Verstoß gegen die



Rechtsstaatlichkeit.

7. Rassismus ist Unrecht und jede Herrschaft, die darauf gründet, ist illegitim. Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sind aufarbeitungsbedürftig. Auch Muslime sind nicht vor Rassismus gefeit. Die Iamekonferenz spricht sich gegen jede Form von Rassismus und von ethnischer Diskriminierung innerhalb der muslimischen Gemeinden Europas aus.

Wirtschaft

1. Wohlstand soll im Islam nicht auf Kosten anderer erworben werden, sondern mit Verantwortung verbunden sein - Gesellschaftlich unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit und ökologisch unter dem Gesichtspunkt nachhaltigen Wirtschaftens, das sorgsam mit den Ressourcen umgeht und die Schöpfung zu pflegen und zu bewahren sucht.
2. Menschenwürdiges Leben in Gegenwart und Zukunft zu sichern ist aus islamischer ökonomischer Sicht mit einer Reihe ethischer Richtlinien verbunden. Dazu gehören ein Zinsverbot, ein Monopolverbot, das Verbot von Spekulationen und die Pflicht zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Konsum und Rohstoffen.
3. Islamische Wirtschaftsgebote setzen darauf, dass Geld im Fluss bleiben soll. Parallel dazu ist auch die dritte Säule des Islam zu sehen, die als sozial-religiöse Pflichtabgabe einen Anteil von 2,5% des stehenden Vermögens als zu leistende „Reinigung“ an Bedürftige abzugeben befiehlt. Hier geht es um Umverteilung im Sinne der Sicherung der Grundbedürfnisse jedes einzelnen Mitglieds der Gemeinschaft.
4. Zinsgeschäfte bringen durch den damit verbundenen Mechanismus des Kapitalhortens durch Banken mit sich, dass Geld im Umlauf fehlt. Die Reduzierung des Investitionsvolu-



mens kann Arbeitslosigkeit verursachen, den Wettbewerb verfälschen, gesellschaftliche Spannungen verursachen. Staatverschuldung ist ein gewaltiges Problem nicht nur der dritten Welt. Ruin und Verelendung betreffen ganz Bevölkerungsgruppen.

5. Alternativen zum Zinsgeschäft wären durch Muslime weiterzuentwickeln und zu fördern. Die Nachfrage zeitig bereits jetzt, dass westliche Banken islamische Geschäftszweige anbieten und dabei muslimische Experten beschäftigen.
6. Muslime in Europa werden als Konsumenten ein immer stärkerer Faktor. Der Markt reagiert zunehmend, etwa auf dem Lebensmittelsektor, wo Halalzertifizierung Bedürfnisse dieser Käuferschicht decken soll. Das islamische Reinheitsgütesiegel wäre europaweit in standardisierter Form zu verwenden und sollte nach einheitlichen Kriterien vergeben werden, um hier muslimischen Konsumenten Sicherheit zu gewähren.

Frauen

1. Mann und Frau sind im Islam gleichwertige Partner, die gegenseitige Verantwortung tragen und gleich an Menschenwürde sind. Das Recht auf Lernen und Lehre, das Recht auf Arbeit, finanzielle Unabhängigkeit, aktives und passives Wahlrecht, Teilhabe im gesellschaftlichen Diskurs sind Pfeiler, die den Status absichern sollen. Chancengleichheit und mündige und freie Orientierung soll Frauen ermöglicht werden. Diese grundsätzlichen Aussagen der vorausgegangenen Konferenzen sollen im Folgenden weiter vertieft werden. Denn Frauenanliegen sind von gesamtgesellschaftlichem Interesse.
2. Daher soll jede Form von Verletzung von Frauenrechten kritisiert und bekämpft werden. Zwangsehe, FGM,





Ehrenmorde und familiäre Gewalt haben keine Grundlage im Islam.

3. In der Außensicht manifestiert sich am Bild der Frau im Islam häufig die Einstellung gegenüber der Religion an sich. Begründet wird damit oft eine Position der Überlegenheit seitens der Mehrheitsgesellschaft. Mangelndes Wissen erschwert eine sachliche Auseinandersetzung. Werden Musliminnen vor allem als „Opfer“ wahrgenommen, so drängt sie dies in ein Rollenklischee. Sich daraus zu lösen gelingt paradoxerweise schwer, solange die Mehrheitsgesellschaft an der Vorstellung der „religiös gefesselten“ passiven muslimischen Frau festhält und Barrieren bereithält, will sie als sichtbar den Glauben praktizierende aktive Muslimin das Klischee brechen.
4. Hier sollen wir zu einer solidarischen Denkens- und Handlungsweise finden. Frauenfeindliche Strukturen haben verschiedene Ausformungen. Religions- und kulturübergreifendes Denken wendet sich gemeinsam gegen familiäre Gewalt und strukturelle Benachteiligungen von Frauen. Die Reflexion über traditionelle Rollenzuschreibungen und Stereotype kann diese überwinden und Vernetzung und Zusammenarbeit fördern.
5. Eine stärkere Differenzierung zwischen Religion und Tradition, die häufig Frauen benachteiligt und dem Islam zuwiderläuft, ist unabdingbar. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Religion pauschal verantwortlich für Missstände gemacht wird und man übersieht, welche theologischen Argumentationsschienen gerade aufklärend und derartige Traditionen überwindend angezeigt sind. Gleichzeitig wäre eine Verengung auf eine einzig religiöse Perspektive unzulässig. Denn die Lebenswirklichkeit von muslimischen Frauen in Europa ist geprägt von diversen Faktoren, die als solche analysiert werden müssen.



6. Der Ehrbegriff soll von Imamen analysiert und aus der Religion, im Gegensatz zu lokalen traditionellen und kulturbedingten Vorstellungen, begrifflich gemacht werden.
7. Die verstärkte Partizipation muslimischer Frauen bedarf durchdachter politischer Konzepte, die Ausgrenzungstendenzen und Diskriminierungen entgegen treten. Maßnahmen zur Mädchen- und Frauenförderung, die eine religiöse Grundhaltung anerkennen, wären ein solcher Schritt. Staatlich geförderte kultur- und religionssensible Beratungs- und Hilfseinrichtungen von und für muslimische Frauen bieten ein besonders niederschwelliges Angebot und setzen Impulse der Selbstermächtigung. Frauen sollen frei von Abhängigkeitsverhältnissen sein. Der ungehinderte Zugang zum Arbeitsmarkt ist dabei vordringlich. Unabhängigkeit ist stark an finanzielle Ungebundenheit und damit Beschäftigung gebunden, wobei die Politik ausgleichende und gerechte Vorkehrungen treffen kann, damit Väter und Ehemänner nicht vordringlich als Versorger betrachtet werden müssen.
8. Kopftuchverbote sind kontraproduktiv, da sie Frauen von wesentlichen Bereichen des Lebens ausschließen. Im Widerspruch zum Recht auf freie Religionsausübung grenzen sie islamisch gekleidete Frauen aus und bewirken damit in vielen Fällen genau jenen Rückzug, den sie zu bekämpfen vorgeben. Zusätzlich laden Verbote die Diskussion emotional weiter auf und festigen Klischees, indem sie ihre Begründung just aus der Argumentation beziehen, die Kopftuchträgerinnen mit ihrem sichtbaren Teilhaben an der Gesellschaft überwinden können: Das Kopftuch sei ein Symbol der Unterdrückung und des Zwangs, ein politisches Zeichen für eine extremistische Haltung und nicht konform mit europäischen Vorstellungen des Geschlechterverhältnisses. Die Bevormundung muslimischer Frauen, indem ein Teil der Glaubenspraxis von



außen interpretiert und verurteilt wird, spricht ihnen ihre Mündigkeit ab und kann damit Polarisierungstendenzen verschärfen. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau soll aber außer Frage stehen – nach innen wie nach außen.

9. Auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaft besteht vermehrter Handlungsbedarf. Bewusstseinsbildung gegen jeden Missbrauch von Religion soll gefördert werden. Gleichzeitig bekennt sich die Konferenz dazu, dass auch im Bereich Ehe und Familie auf Herausforderungen der Moderne auf dem Boden der Theologie neue islamische Antworten gefunden werden sollen. Diese können auch in einem Wiederentdecken und neu nutzbar gemachtem Element wie dem islamischen Ehevertrag liegen. Dieser bietet dem Brautpaar die Möglichkeit die Zukunft gemeinsam zu überdenken und Vereinbarungen festzuhalten.

Jugend

1. Jugendliche verkörpern als Zukunftsträger in besonderem Maße die Vision muslimischer Europäer - europäischer Muslime, die durch ihre als selbstverständlich wahrgenommene Identitätszugehörigkeit in beide Richtungen Brückenbauer und Bindeglieder zwischen den Kulturen sein können.
2. Die muslimische Jugend soll sich ihrer speziellen Verantwortung in dieser Richtung bewusst sein. Dazu muss ein entsprechendes, ihre besonderen Kompetenzen schätzendes Klima vorhanden sein, das Mehrsprachigkeit, rasche Anpassungsfähigkeit im interkulturellen Bereich und eine aufgeschlossene Grundhaltung als persönliche Werte erkennt und fördert. Die Aufgabe eine solche Wertschätzung zu vermitteln und daran angeknüpft Programme zur gezielten Förderung dieser Talente zu schaffen, liegt sowohl bei den muslimischen Familien und Gemeinschaften, als bei



der Mehrheitsgesellschaft. Das Potential der muslimischen Jugendlichen soll anerkannt werden. Ihr Selbstbewusstsein ist zu stärken.

3. Vorurteile und latente Fremdenfeindlichkeit können zu Abschottung und Isolation führen, durch die wiederum eine ablehnende Einstellung gegenüber „den anderen“ gezüchtet werden kann. Dadurch können sich Polarisierungen aufbauen, die gesellschaftspolitischen Sprengstoff bieten. Diese präventiv anzugehen, bedarf es der im Bereich „Bildung“ angesprochenen Maßnahmen. Muslimische Jugendliche sollen gleiche Möglichkeiten nutzen können wie Jugendliche der Mehrheitsgesellschaft (Beispiel: Europäische Austauschprogramme in Schul- und Berufs/Studienbildung, unabhängig von Staatsbürgerschaft). Jugendliche brauchen eine Perspektive. Sie sollen die gleichen Chancen vorfinden, im Berufsleben Fuß zu fassen oder eine Wohnung zu finden.

4. Jugendliche Selbstorganisation von Muslimen und ihre Vernetzung mit anderen Jugendorganisationen soll darüber hinaus gefördert werden. Vereine jugendlicher Muslime weisen jene Merkmale auf, die bei jenen der ersten Generation noch nicht zu finden sind: die Landessprache als Kommunikationssprache, keine Einengung der Mitglieder auf ein bestimmtes Herkunftsland, ein auf die Lebenswirklichkeit im Lande verstärkt zugeschnittenes Angebot von Aktivitäten. Hier eine sinnvolle Freizeitgestaltung, emotionale Zugehörigkeit und Verantwortungsgefühl für ein funktionierendes Miteinander zu erfahren, gibt Halt. Damit werden indirekt auch Jugendkriminalität, Drogenkonsum und die Verbreitung von Extremismus wirksam bekämpft.

5. Die meinungsbildende Rolle der Medien ist besonders bei dem Bereich der Jugend anzusprechen. Die Wissenschaft



soll sich verstärkt besonderen Phänomenen, die die muslimische Jugend betreffen widmen und mit seriösen Ergebnissen helfen die Diskussion zu versachlichen.

Ökologie

1. Der Mensch trägt in seiner Funktion als Sachwalter der Schöpfung hohe Verantwortung für deren Pflege und Erhalt. Natürliche Ressourcen dürfen daher nur unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit sorgsam genutzt werden.
2. Der Koran warnt den Mensch vor Überheblichkeit in Ausübung seiner Statthalterschaft: „Siehe, Wir boten die Verantwortung („amana“ – die Ausübung von freiem Willen und Verstand) den Himmeln und der Erde und den Bergen an, doch weigerten sie sich, sie zu tragen und schreckten davor zurück. Der Mensch lud sie sich jedoch auf; denn er überschätzt sich und ist eingebildet.“ (33:72)
Das natürliche Gleichgewicht der Natur soll geschützt und bewahrt werden. Denn so wie sich Wasser, Luft, Erde, belebte und unbelebte Natur, Tier- und Pflanzenreich aufeinander beziehen, wird im Koran ein Kreislauf des Lebens wiedergegeben, bei dem Eingriffe negative Auswirkungen für das gesamte System zur Folge haben könnten. Respekt vor dem Wunder der Schöpfung Gottes ist geboten, aus dem Respekt im Umgang mit dieser resultieren soll. Zur Tierwelt heißt es etwa: „Es gibt kein Getier auf Erden und keinen Vogel, der auf seinen zwei Schwingen dahinfliegt, die nicht Gemeinschaften wären so wie ihr.“ (6:38)
3. Die Balance zwischen Nutzbarmachung der Natur und ihrem Schutz schlägt sich häufig zu deren Ungunsten nieder. Umweltzerstörung als Konsequenz menschlicher Gier nach maximaler Ausbeutung wird in 20:41 angesprochen: „In Erscheinung getreten ist Unheil zu Land und Meer als Folge dessen, was die Menschen anrichteten, damit Er sie einiges von ihrem (Fehl)verhalten spüren ließe, auf dass



sie umkehren.“ Muslime sind angehalten sich hier durch ihr persönliches Verhalten problembewusst zu zeigen und aktive Beiträge zum Umweltschutz zu leisten.

4. Um das Wasser kreisen besonders zahlreiche Aussagen. Sparsamkeit im Umgang wird empfohlen. Etwa ist es verpönt bei der Gebetswaschung unnötig Wasser rinnen zu lassen. Es bestehen Regelungen zum Gewässerschutz. Wasser wird als ein so wichtiges Gut betrachtet, dass ein Grundrecht des Menschen darauf besteht. Trinkwasser soll darum allgemein zugänglich sein, kann nicht zu einem Privateigentum mutieren. Im Bereich der frommen Stiftungen, die testamentarisch von Gläubigen verfügt werden, ist besonders das Schlagen eines Brunnens empfohlen, um für die Nachwelt eine andauernde gute Tat zu setzen.
5. Das Gebot des „Maßhaltens“ konkretisiert sich rund um das Thema der Nahrung. Verwirklicht werden soll der im Islam empfohlene „Weg der Mitte“, hier zwischen Genuss und Gesundheitsbewusstsein, zwischen Konsum und Bewusstheit für größere wirtschaftliche Zusammenhänge, die nicht zum Schaden der Umwelt, seien es Mitmenschen oder Natur gereichen dürfen. Diese Haltung lässt sich direkt beziehen auf die moderne Forderung nach mündigen Konsumenten, die mit ihren bewussten Kaufentscheidungen nach ethischen Standards („fair trade“) handeln.
6. Muslime sollen sich verstärkt des Themas „Umweltschutz“ annehmen und aktiv Vernetzungen mit Umweltexperten und zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung für spezifische Projekte eingehen.
7. Zu beleben sind islamische Traditionen wie die Stiftung für Fütterung und Aufnahme für obdachlose Tiere und die Tradition des Bäume Pflanzens als nachhaltige gute Tat.



8. Islamische Gebetsstätten sollen das ökologische Bewusstsein der Muslime widerspiegeln und mit ökologisch verträglichem Baumaterial gebaut zu Aushängeschildern dieser Einstellung werden.
9. Deziert zu betonen ist, dass Muslime die negativen Auswirkungen der Kriege und eingesetzter chemischer Waffen auf die gesamte Natur besorgt verfolgen und eine Dokumentation verlangen. Die Kriegsbetreiber sind zur Wiedergutmachung auch dieser Zerstörungen und ihrer Wirkungen auf den Menschen zu fordern.

Wien, am 8. April 2006





Conference of European Imams and Ministers Vienna 2006

Organized by:

- Islamic Religious Community in Austria
- Austrian Federal Ministry for Foreign Affairs
- City of Vienna
- European Islam Conference

Final Declaration of the Conference in Vienna

Islam in Europe is theologically compatible with the principles of democracy, the rule of law, pluralism and human rights. That was the view expressed by the “Conference of Leaders of Islamic Centres and Imams in Europe” in 2003 in Graz, then European Capital of Culture. Simultaneously every form of fanaticism, extremism and fatalism was clearly condemned. This was not only an important signal to Muslims, but should also, through the emphasis on participation, promote the integration and identification processes of Muslims in Europe, who now constitute a community of approximately 50 million people of diverse origin. As evidence of Muslim self-awareness, an important explanatory signal should also be sent to non-Muslims in order to counteract their fear and reservations and to strengthen cooperation in peace, mutual understanding and respect.

In 2006, the conference participants clearly had to recognize that still greater efforts from all sides are required in order to achieve the acceptance of the Muslims by the majority society. In various European countries social and



economic tensions are simultaneously related to an often aggressive and emotionally charged “foreigner debate”. Muslims are used as a group in order to create a picture of “foreigners”, which in times of insecurity strengthens discrimination. It appears that a “We” feeling should be stimulated, which societies suffering under a loss of social cohesion have increasingly lost.

Simultaneously Muslims are exposed to strong pressure to justify themselves because, according to the principle “bad news is good news” in the public understanding, crisis reporting moves into the foreground pictures of aggression and violence, often from sites outside of Europe. In the discussion, criticisms repeatedly come up which, with the help of single misunderstandings, try to show “Islam” as incompatible with “Western” values. Here it will not be enough for Muslim scholars to say they are not responsible by explaining that such negative appearances, which are in contradiction to Islamic teachings, have their roots in outdated traditions. In fact, in the theological arguments lie great and proven opportunities to bring about sustainable changes in the consciousnesses. These should also be recognised and respected as part of the answer and be supported in public discourse.

Modernity moves the personal responsibility of every individual mature citizen more strongly than ever into the centre. We stand before great challenges as far as the preservation of peace and security, the question of social justice and the preservation of the environment are concerned. Religions make a significant contribution with their appeal for responsible behaviour, which should be carried by the wish for the others’ well-being. They can bring a positive balance to lifestyles focussed on consumption and individual pleasure.

Islam carries the starting point for a solution, in which variety



willed by god should not be questioned but be seen as bringing about more knowledge. One of the maxims of action is “do good”. The right for interaction free from discrimination, independent of origin, religion, societal standing or age, shows how close peace and justice lie together:

“Those who believe and do not mix up their faith with iniquity, those are they who shall have the security and they are those who go aright” (Sure 6, Verse 82).

During the Conference, each working group focused on specific issues, bringing about the following considerations:

Integration sociology

1. The religious claim to show personal readiness and to take responsibility for the general welfare forms the basis of an integrative access which puts each life in the radius of action. So it is natural that Muslims seek to overcome the guest worker image. They regard themselves not as “foreign bodies”, but as a living part of Europe. Large, historically grown, Muslim populations are a fact. Islam is also a real component of the European identity through the accomplishments of its grand scientific and cultural heritage.
2. The concepts of integration and assimilation should not be mixed as is often the case. The interaction with the majority society should not have as a pre-requisite the unconditional abandonment of religion, culture and linguistic variety. The assumption of the inferiority of the “other”, which implies a demand for assimilation, leads to isolation and ghettoisation.
3. Integration is not a one-way street, but a two-sided pro-



cess. As an active and visible part Muslims try to participate in all areas in a complementary and enriching way: economically, culturally, scientifically, politically, socially. For this, the command of the local language as an instrument for communication is a prerequisite. From the majority society we expect a commitment to diversity, a position against racist and discriminatory tendencies. Incentives and options for improved participation lie in easier naturalisation procedures added to successful integration, family reunification, access to the employment market, diversity management, positive discrimination and quotas, the official recognition of foreign educational qualifications, democratic participation (e.g. municipal voting right).

4. More care should be taken in the definition and the use of the term “parallel society”. Legitimate fostering of culture and religion within a given space should not be immediately interpreted as conscious self-encapsulation. Interconnection, networking and dialogue with the outside show that it is not about sealing off but about building a “community”, whose goals, for instance social, should be for the good of society. In a time of growing pluralism it would be an advantage if a general attitude, which considers it as a fact that the population encompasses different tendencies and interest groups overlapping and interacting, prevailed.
5. Efforts from the Muslim side to strive for the institutionalisation of their own facilities should also be considered under this aspect. Kindergartens, schools or even the activities of the Mosque should not be interpreted as an “anti-integration model”. In fact, first records show that clever and well developed educational concepts, which also consider cooperation and networking with other institutions, can strengthen the empowerment of the young generation as well as function as bridge builders.



6. Mosques are an essential part in the Muslim communal life. Their independence, on the spiritual-moral as well as financial level, is a key for the authentic development of the identity of an “Islam in Europe”. Imams and other active members of the Muslim community, both men and women, are important multipliers and serve as role models. The participation of women is to be promoted. In order to make use of the potential of the community in the working world, not only linguistic competence (i.e. the acquisition of the local language) but also knowledge of the societal structures and developments are a requirement. In fact, in Islam, the societal framework has imperatively to be considered when responding to religious questions on the basis of the sources. In the education and training of the Imams in Europe still lies a great potential of development. They should emerge from their roll as persons of respect and become persons of trust for which they need to increase their social competence. The community needs its own educational institutions, but also specific training programmes which are oriented on the local needs. The Mosque’s traditional roll as social nodal point should also become part of public awareness through the organisation of activities which show an open attitude towards the outside. In this respect, the example from Bradford, England, where the local Mosque-communities and Imams are involved in training projects, seems very promising.

7. The freedom of press and expression is an essential right and a common property. It does not stand in contradiction with religious freedom because both are tightly connected. Freedom of expression should be practiced with responsibility and consideration of mutual respect. In Europe – with some differences from country to country – a certain societal consensus has developed in areas which need to be handled with special sensitivity. Laws



also include – again in different forms – protection clauses. But we see that in dealing with Islam, such a consensus still needs to be built. As we think that dialogue is the best solution in the case of conflict, it is also the best way to reach better mutual understanding.

Education

1. To Islam education is virtually a life attitude, lifelong learning being a requirement. The accessibility to education is to be guaranteed independently of the social strata. Many problems could be constructively tackled with educational measures when these involve the strengthening of the personality, the ability to self-reflection and self-criticism.
2. However, the expansion of horizons will also ask for a specific promotion within the majority societies. The social permeability of the education system is problematic in many European countries, and it particularly affects children and youth with immigration backgrounds. The problem of “Ghetto schools” or the high number of immigrant children in special schools should be understood on the basis of social background and not be seen as a phenomenon based on culture or religion.
3. Equal opportunity must be actively supported. This means, for instance, investing in early development of language skills, in educational monitoring and guidance, as well as mutual intercultural competence. Mosques and Muslim unions could be actively involved. Simultaneously there is a need for reduction of racism and Islamophobia. School education shapes for life, and this is why stereotypes on Islam which are propagated on that level are especially difficult to overcome, as a schoolbook study by Prof. Susanne Heine in Germany and Austria has proven. Today one tries harder to deal with Islam in schoolbooks in a more sensitive and enlightened manner. This tendency is still to



be strengthened and supported.

4. The positive roll of kindergarten in the development of a child is indisputable. The advantages for the linguistic and social development are so great that here lies the seed for later positive development. The suggestion that Muslim parents send their children to kindergarten can only be accepted if the attractiveness to do so is raised, for instance by responding in a better way to their specific needs within a policy of interculturality and observance of religious practice (e.g. halal food). Muslim kindergartens, tailored to Muslim needs, can often reach those children whose parents otherwise would have refrained from letting them attend. For better integration in compulsory school, they should receive more support.
5. Religious instruction on Islam within the compulsory classes in public schools should finally be recognized as an effective instrument of integration. A treatment of Islam visibly equal to that of other religious communities has a positive effect on the feeling of belonging. The dialogue of the religions, which is of indisputable importance, will only reach the basis if also its members have religious roots and values. Moreover, religious instruction actively contributes to the forming of an identity by showing the differences between religious teaching and traditions determined by culture, and strengthening the consciousness of being part of the European community. Reality-based teaching in the respective host country language should expose extremist opinions as such and prevent a self-ethnisation through language or ghettoisation deriving from the country of origin. This quality of teaching should also positively affect the development of the Koranic schools within the communities, with an additional offer especially in the field of Koranic recitations and the fostering of the mother tongue. In doing so, special attention



should be placed on the development of didactically suitable teaching materials. Song texts and books shall be in line with the officially approved curriculum and its objectives. The teaching plan and text books are being constantly reformed and adapted to the new realities.

6. Adult education is more than simply language classes. Here specific programmes should foster meaningful recreational activities.

Politics

1. A source of great misunderstandings lies in the allegation that Muslims have a split relationship towards the state as they have not implemented the idea of the division of power and tasks between the political and spiritual leadership. Here it would be very helpful to have a historically more accurate knowledge which also takes into account the development of the Islamic countries, something which is almost completely neglected in the school curriculum. This knowledge could positively broaden perceptions which Muslims often sense as arrogant and egocentric, and question the comparability of historical developments which now, under the heading of “poor enlightenment”, has become commonplace in the European discourse. The open-mindedness towards sciences was a fundamental factor in the development of Islamic societies, and Europe also benefited from this as an impulse for the age of enlightenment. De facto the political leadership was autonomous during most of Islamic history and was not one with the religious dignitaries.
2. Conversely, a better historical understanding of the European history could explain to Muslims certain orientations and deepen mutual understanding.



3. Also the term “Sharia” is constantly being interpreted (for instance as a “penal code”) and used in a completely wrong way, and this leads to great fear and defensiveness. Here also, we appeal for the necessary objectivity and a correct definition, which would be particularly suitable for the weakening of prejudices and would put emphasis on a dynamic interpretation of the sources. The repeated demands for the “abolishment of the Sharia” show how counterproductive bad knowledge can be. They are completely absurd because the Sharia regulates the practice of faith on the basis of the sources, e.g. questions relating to ablution before prayer, the amount of the obligatory social security or religious contributions to the needy, etc. Such unqualified comments can only hurt the necessary trust building process, because they are understood by Muslims as calls for the abolishment of Islam.

4. Official Muslim declarations have repeatedly emphasised the compatibility of a democratic system with Islam. The identification with the State is by definition particularly high, when it is accompanied by the greatest possible congruence with the personal moral concepts. Consequently, the model of the status of recognition for Islam, as it exists in Austria, is actually especially suitable, because it brings with it, beyond the emotional level of belonging, an institutionalised dialogue. Thus, Muslims become interlocutors and not a discussion topic, and factual issues in the country can be clarified without having to fall back on foreign expert opinions, which is a problem in itself, as they are neither completely appropriate of the concrete situation nor have they grown from the local Muslim community, which would then see itself not as independent as it requests, but decided for “from the outside”.

5. The participation of people with Muslim background in democratic decision making processes should be



increased. The Imams recommend that not only should Muslims make use of passive individual election rights, but also actively support opportunities to participate, e.g. in parent associations at school, at employee representative bodies or inside the party scene.

6. Politics is required to take seriously its part in the two-sided process of integration. Hand in hand with political integration policies should such measures be reached which seek to reduce xenophobia in all its forms, amongst them Islamophobia. It is with apprehension that tendencies to introduce discriminatory views against Muslims into politics are detected. Here there should be no special legislation, because Muslims cannot be faced with a kind of general suspicion. The reversal of the burden of proof is a violation of the rule of law.

7. Racism is unjust and every authority based on it is illegitimate. Anti-Semitism and Islamophobia need to be eradicated. Also Muslims are not immune from racism. The Conference of Imams speaks out against every form of racism and of ethnic discrimination inside the Muslim communities of Europe.

Economy

1. Wealth should not be acquired in Islam at the costs of others, but be combined with responsibility – at the social level in the form of social justice and ecologically towards sustainable management, which handles the resources with care and seeks to nurse and protect Creation.

2. From the Islamic economic point of view, the safeguarding of a humane life in the present and in the future is connected to a series of ethic rules. These include a ban on interest, a ban on monopoly, the proscription of speculation and the obligation to a responsible handling of



consumption and raw materials.

3. Islamic economic rules assume that money should remain in the economic stream. Parallel to that there is the third pillar of Islam, which commands that, as a social-religious contribution, 2.5% of the regular wealth have to be given to the needy in order to achieve “cleansing”. It is all about redistribution in the sense of securing the basic needs of every individual member of the community.
4. Interest deals implicate that money fails to circulate due to the banks’ mechanism of capital stockpiling associated with them. The reduction of investment volume can cause unemployment and societal tension as well as distort competition. National debt is a huge problem not only in the Third World. Ruin and impoverishment affect whole population groups.
5. Muslims should further develop and support alternatives to interest deals. Inquiries have brought forth, that Western banks should offer Islamic business branches and thereby employ Muslim experts.
6. As consumers, Muslims in Europe are becoming an ever stronger factor. The market reacts increasingly to their presence, e.g. in the food sector, where halal certifications meet the purchasers’ requirements. The Islamic seal of quality ensuring purity should be used in standardised form throughout Europe and be awarded according to uniform criteria in order to guarantee security for Muslim consumers.

Women

1. Men and women are equal partners in Islam; they carry mutual responsibility and are equal in human dignity. The right to study and teach, the right to work, financial



independence, the right to vote, the eligibility for political office and the participation in the social discourse are pillars which are to guarantee this status. Women should have equal opportunities and should be able to decide maturely and freely about their orientation. These basic statements from the previous conferences should be further elaborated as women's concerns are of interest to the society as a whole.

2. Therefore, every kind of violation of women's rights should be criticised and fought. Forced marriage, female genital mutilation, honour killings and domestic violence have no grounding in Islam.
3. From an outside perspective, the attitude towards the religion as such is often guided by the image one has of the woman in Islam. Through this, the majority society often justifies a position of superiority. Lack of knowledge makes an objective discussion difficult. If female Muslims are predominantly perceived as "victims", this forces them into a cliché role. Paradoxically, it proves to be very difficult to distance oneself from this role as long as the majority society holds on to the image of the "religiously detained" passive Muslim woman and retains barriers when a Muslim woman, who visibly and actively practices her faith, tries to break the cliché.
4. Here we should seek solidarity in our ways of thinking and behaving. Misogynous structures have various shapes. Religious and cultural thinking converge in working against domestic violence and structural disadvantages facing women. Reflecting on traditional roles and stereotypes can help overcome these and can support integration and co-operation.
5. A stronger differentiation between religion and



tradition, which often disadvantages women and runs against Islam, is indispensable. Otherwise, there is danger that religion as a whole is held responsible for deplorable acts; furthermore, one then overlooks which theological argumentation is indicated as being informative and capable of overcoming such traditions. At the same time, a narrowing to one unique religious perspective is unacceptable as the reality of life for Muslim women in Europe is shaped by a variety of factors, which have to be analysed as such.

6. The sense of honour should be analysed by Imams and made understandable through religion as opposed to traditional and culturally influenced views.
7. The strengthened participation of Muslim women requires a thorough political framework, which stands up against discrimination and tendencies of exclusion. Measures to support girls and women, which accept a basic religious attitude, would be one such step. State funded advisory and aid institutions sensitive towards culture and religion, run by and for Muslim women, are particularly appealing and give impulse towards self-empowerment. Women should be free of dependency. Unhindered access to labour market has top priority. Independence is strongly connected to financial freedom and therefore to employment. Here, politics can take balancing and just measures so that fathers and husbands do not have to be considered mainly as breadwinners.
8. Headscarf bans are counterproductive because they exclude women from essential areas of life. In contradiction to the right to free practice of religion, headscarf bans exclude women dressed according to the Islamic tradition and lead in many cases to their withdrawal from society, a result the bans are in theory supposed



to discourage. In addition, bans emotionally heat up the discussion and strengthen existing clichés by drawing their justification precisely from the argumentation which headscarf wearers try to overcome by visibly taking part in society: i.e. that the headscarf is a symbol of suppression and constraint, a political sign of extremist attitude and not in conformity with the European image of gender relations. Patronizing Muslim women by interpreting and condemning their religious practice from an outside point of view, denies them their maturity and can intensify polarisation tendencies. The right of women to self-determination should not be questioned – within as well as from the outside.

9. Even within the Muslim community there is stronger need for action. The shaping of opinions against every form of religious abuse should be supported. Simultaneously the conference admits that new Islamic theological answers should be found in the field of marriage and family in response to the challenges of modern age. These answers could lie in the re-discovery and new definition of elements like the Islamic marriage contract. This contract offers the bride couple the possibility to reconsider jointly the future and to lay down agreements.

Youth

1. As bearers of the future, young people notably embody the vision of Muslim Europeans – European Muslims who, due to their naturally perceived sense of belonging, can be bridge builders in both directions and the connecting link between cultures.
2. In this respect, Muslim youth should be conscious of their special responsibility. For this purpose, there must be an appropriate climate, which values their specific competences, which recognizes as personal values and encourages multilingualism, quick adaptability in an intercultural



environment and open mindedness. The duty to communicate such appreciation for these values and from there to develop programmes which promote specifically these talents, lies in the hands as much of the Muslim families and communities as of the majority society. The potential of the Muslim youth should be recognized. Their self-confidence needs to be strengthened.

3. Prejudice and latent xenophobia can lead to separation and isolation which in turn can nourish a hostile attitude towards “the others”. Thus polarisations could be forged which can be socio-politically explosive. In order to prevent these, there is a need for the measures mentioned in the area of “education”. Muslim youth should have access to the same opportunities as the youth of the majority society (i.e. European exchange programmes at school, vocational training and university level, independent from their nationality). Young people need a perspective. They should have the same opportunities to gain a foothold in working life or to find a flat.
4. Furthermore, self-organisation of Muslim youth and their networking with other youth organisations should be supported. Muslim youth organisations show characteristics which are not to be found in those of the first generation: the national language as the language of communication, no membership restrictions on the basis of the country of origin, the offer of a range of activities specific to the reality of life in the country. Here meaningful leisure activities, the feeling of belonging and a sense of responsibility for a functioning community provide stability. Thereby youth delinquency, drug consumption and the spread of extremism can be effectively combated in an indirect way.
5. The role of the media in the formation of opinion has to be addressed especially amongst youth. Science should



concentrate more strongly on specific phenomena which concern Muslim youth and help to rationalise the discussion with serious results.

Ecology

1. In his/her role as advocate of Creation, the human being carries high responsibility for its protection and preservation. Natural resources should therefore only be used with care and from the point of view of sustainability.
2. The Koran warns the human being of arrogance in exercising his/her governorship: "Surely We offered the trust to the heavens and the earth and the mountains, but they refused to be unfaithful to it and feared from it, and man has turned unfaithful to it; surely he is unjust, ignorant" (33:72). The natural balance of nature should be protected and preserved. Just as water, air, earth, the living and inanimate nature, the animal and plant kingdom relate to each other, the Koran describes a cycle of life in which interventions could have a negative impact on the whole system. Respect for the wonder of God's Creation is a command and should lead to respectful interaction with it. The Koran says about the animal kingdom: "And there is no animal that walks upon the earth nor a bird that flies with its two wings but (they are) genera like yourselves" (6:38).
3. The balance between using nature and protecting it often results in its disadvantage. Environmental destruction as consequence of human greed for maximum exploitation is mentioned in Verse 30:41: "Corruption has appeared in the land and the sea on account of what the hands of men have wrought, that He may make them taste a part of that which they have done, so that they may return".
In their personal behaviour, Muslims are requested to prove to be appreciative of the problems and to actively



contribute to the protection of the environment.

4. There are numerous statements concerning water. It is recommended to handle water thriftily. It is frowned upon to let water run unnecessarily during ablution before prayer. There are rules concerning water protection. Water is perceived as such a precious good that access to it is defined as a basic human right. Drinking water should therefore be accessible to all and not become private property. In the field of religious donations, which believers dispose of by will, the building of a well is recommended in order to do a good deed for posterity.
5. The commandment of „being moderate“ materializes in the food issue. The “middle path” recommended by Islam is the one to be taken, e.g. the “middle path” between pleasure and health-consciousness, between consumption and consciousness for broader economic issues which are not allowed to be damaging to the environment – neither to the fellow man nor to nature. This attitude directly applies to the modern demand for mature consumers, who, in conscious purchase decisions, act according to ethical standards (“fair trade”).
6. Muslims should deal stronger with the issue of “environmental protection” and actively establish networks with environmental experts and relevant departments within the city administration for setting up specific projects.
7. Islamic traditions should be revived, such as the foundation for the feeding and housing of homeless animals or the tradition of planting trees as a sustainable good deed.
8. Islamic sites of prayer should reflect the ecological consciousness of Muslims and should be built with ecologically-friendly materials to advertise this attitude.



9. There is a need for explicitly mentioning that Muslims watch with anxiety the negative effects wars and the use of chemical weapons have on the whole nature, and demand full documentation. The warmongers are to be required to compensate also for these destructions and their effects on human beings.

Vienna, April 8th, 2006

**E
N
G
L
I
S
H**

Conférence des imams et mourchidate européens à Vienne en 2006

Organisée par:

- La Communauté de la foi islamique en Autriche
- Le Ministère autrichien des affaires étrangères
- La municipalité de Vienne
- La Conférence islamique européenne

Déclaration finale de la conférence à Vienne

Le positionnement élaboré en 2003 par la « Conférence des directeurs de centres islamiques et des imams en Europe » à Graz, alors capitale culturelle européenne, avait réussi à situer théologiquement l'islam en Europe dans la compatibilité avec les principes de la démocratie, de l'Etat de droit, du pluralisme et des droits de l'homme. En même temps, toute forme de fanatisme, d'extrémisme et de fatalisme était fermement condamnée. Ceci ne posait pas seulement un repère d'orientation important au sein de la communauté musulmane, mais entendait également promouvoir le processus d'intégration et d'identification des musulmans, qui représentent dans la diversité de leurs origines environ 50 millions de personnes dans toute l'Europe, en mettant l'accent sur l'idée de la participation. Comme témoignage de l'autoperception musulmane, il s'agissait pourtant aussi de lancer vers l'extérieur un important signal d'éclaircissement susceptible de lever les peurs et réserves existantes, afin d'encourager la cohabitation pacifique fondée sur la compréhension et le respect mutuels.

En 2006, force est aux participants à la conférence de constater qu'il faudra encore de grands efforts de toutes parts afin de parvenir à une acceptation des musulmans



dans la société majoritaire. Dans divers pays européens, des tensions sociales et économiques doivent en outre être vues en liaison avec un « débat sur l'immigration » souvent mené de façon agressive et émotionnelle. Les musulmans sont utilisés de manière généralisante pour faire naître une image de « l'étranger » qui, à une époque marquée par l'insécurité, conforte à travers la démarcation négative. Il semble que l'on veuille générer ainsi un sentiment du « nous » qui fait de plus en plus défaut dans des sociétés souffrant massivement d'une perte de cohésion sociale.

En même temps, les musulmans sont soumis à une forte pression de justification, puisque selon le principe « bad news are good news », les nouvelles sur les situations de crise mettent au premier plan, dans la perception publique, des images d'agression et de violence, souvent dans des lieux hors d'Europe. On voit revenir régulièrement dans la discussion des critiques qui, sur la base d'abus isolés, tentent de construire une incompatibilité des valeurs « islamiques » et « occidentales ». Il ne suffira pas ici que les érudits musulmans déclarent, en signalant que de telles manifestations négatives sont en contradiction avec la doctrine islamique et découlent de traditions dépassées, que ceci n'est pas de leur ressort. L'argumentation théologique recèle en effet de grandes possibilités éprouvées pour parvenir à des changements durables dans la prise de conscience. Encore faut-ils qu'elles soient reconnues, respectées et promues dans le discours public comme partie de la solution.

L'époque moderne met plus que jamais l'accent sur la responsabilité personnelle de tout citoyen mature. Nous avons d'immenses défis à relever en ce qui concerne le maintien de la paix et de la sécurité, la justice sociale et la préservation de l'environnement. Les religions, avec leur appel à l'action responsable qui doit être portée par le souci du bien d'autrui, apportent une contribution décisive. Elles peuvent créer un

contrepoids positif aux attitudes de vie axées sur la consommation et l'optimisation du plaisir individuel.

L'islam porte en lui une démarche orientée solution, dans la mesure où la diversité, voulue par Dieu, ne doit pas être contestée, mais être mise à profit dans la sérénité pour déboucher sur davantage de connaissance. Les « bonnes œuvres » constituent une maxime de l'action. Le précepte d'une attitude mutuelle équitable et exempte de discrimination, indépendamment de l'origine, de la religion, du statut social ou de l'âge, montre à quel point la paix et la justice sont proches l'une de l'autre :

« Ceux qui ont cru et n'ont point troublé leur foi par quelque iniquité, ceux-là ont la sécurité, ce sont eux les bien-guidés. » (Sourate 6, verset 82)

La Conférence s'est penchée en détail sur certains aspects dans des groupes de travail, ce qui a débouché sur les considérations ci-après :

Sociologie de l'intégration

- 1.** Le principe religieux d'une disposition personnelle à assumer une responsabilité pour l'intérêt général constitue la base d'une approche intégrative qui fait du lieu de vie de chacun son rayon d'activité primordial. Il est donc naturel que les musulmans cherchent à dépasser l'image de travailleur immigré. Ils ne se considèrent pas comme un « corps étranger », mais comme une partie vivante de l'Europe. De grandes populations musulmanes établies au fil de l'histoire sont un état de fait. L'islam est aussi, de par les acquis de son grand patrimoine scientifique et historique, un élément direct de l'identité européenne.
- 2.** Il ne faut pas, comme cela a souvent été fait jusqu'à présent, mélanger les notions d'intégration et d'assimilation. L'interaction avec la société majoritaire ne doit pas suppo-



ser un abandon inconditionnel de la religion, de la culture et de la diversité linguistique. Le postulat de l'infériorité de « l'autre » qu'impliquent les exigences d'assimilation entraînent le repli communautaire et la ghettoïsation.

3. L'intégration ne doit pas être vue comme une voie à sens unique, mais comme un processus mutuel. En tant que partie active et visible de la société, les musulmans s'efforcent d'y participer de façon enrichissante et complémentaire à tous les niveaux : économique, culturel, scientifique, politique, social. Ceci suppose la maîtrise de la langue du pays comme instrument de communication. De la société majoritaire, nous attendons qu'elle souscrive à la diversité et s'oppose aux tendances au racisme et à la discrimination. Les attraits et possibilités de la participation améliorée résident dans la naturalisation facilitée en cas d'intégration réussie, le regroupement familial, l'accès au marché du travail, la gestion de la diversité, la discrimination positive et les quotas, la validation de formations accomplies à l'étranger, la participation démocratique (par exemple droit de vote à l'échelle communale).

4. Il faut apporter un plus grand soin à la définition et à l'emploi du terme « société parallèle ». L'entretien légitime de la culture et de la religion au sein d'un espace protégé ne doit pas déjà être sujet au soupçon général d'un cloisonnement conscient. Les liens transversaux, les interconnexions et le dialogue vers l'extérieur montrent qu'il ne s'agit pas ici d'un repli sur soi-même, mais de la constitution d'une « communauté » dont les objectifs, par exemple dans la prise en charge de tâches sociales, peuvent profiter à la société. A une époque du pluralisme croissant, il serait bon que puisse s'imposer une attitude considérant comme une évidence que la population englobe des groupes aux intérêts et dispositions les plus divers, constituant si possible de manière complémentaire et enrichissante de

multiples points de recoupement et interfaces.

5. C'est également sous cet aspect qu'il faut considérer les efforts du côté des musulmans pour l'institutionnalisation de leurs propres établissements. Les maternelles, les écoles ou les activités des mosquées ne doivent pas être condamnées à l'avance comme « contre-modèle anti-intégratif ». De premières expériences montrent en effet que des concepts intelligents et bien élaborés sur le plan pédagogique, comprenant également des éléments de coopération et d'interconnexion avec d'autres institutions, peuvent renforcer l'empowerment de la jeune génération, mais également jouer un rôle de trait d'union.

6. Les mosquées constituent un élément essentiel de la vie de la communauté musulmane. Leur indépendance, tant sur le plan spirituel et moral qu'au niveau financier, est un facteur clé pour le développement authentique de l'identité d'un « islam en Europe ». Les imams et autres personnes, hommes et femmes, détenant des fonctions au sein de la communauté musulmane sont d'importants multiplicateurs et assument un rôle d'exemple. Il convient de promouvoir la participation des femmes. Afin de pouvoir tenir compte dans le travail de la réalité de vie de la communauté, il faut non seulement posséder une compétence linguistique (acquisition de la langue du pays), mais aussi connaître les structures et développements de la société. En islam, en effet, les conditions cadre sociales doivent impérativement être prises en compte pour la réponse à des questions religieuses sur la base des sources. La formation initiale et continue des imams recèle encore un grand potentiel de développement en Europe. Ils doivent dépasser le rôle de la personne de respect pour devenir personne de confiance, ce qui exigera une compétence sociale accrue. Il faut des institutions de formation spécifiques, mais aussi des programmes ciblés de formation continue



axés sur les besoins locaux. La mosquée doit également s'affirmer dans la perception générale dans son rôle traditionnel de noyau social, en accompagnant les activités correspondantes d'une attitude ouverte vers l'extérieur. Les approches de Bradford en Angleterre, où les communautés des mosquées et les imams locaux sont intégrés à des projets de formation continue, semblent ici prometteuses.

7. La liberté de presse et d'opinion constitue un bien indispensable et général. Elle n'est pas en contradiction avec la liberté de religion, les deux étant étroitement liées. La liberté d'opinion doit être exercée de façon responsable, et en veillant au respect mutuel. En Europe, un certain consensus social variant en partie d'un pays à l'autre s'est développé quant aux domaines exigeant un doigté particulier. Les lois également ici aussi de diverses manières - contiennent des articles avec des dispositions de protection. Nous constatons que pour les rapports avec l'islam, un tel consensus reste encore à développer. Souscrivant au dialogue comme meilleure solution en cas de conflit, nous y voyons pour cela aussi le meilleur moyen de parvenir à une plus grande compréhension mutuelle.

Education

1. L'éducation est pratiquement une attitude de vie dans l'islam, qui préconise un apprentissage tout au long de la vie. L'accessibilité doit être garantie quelle que soit la couche sociale. Beaucoup de problèmes pourraient être abordés de manière constructive par le biais de mesures éducatives, dans la mesure où elles sont associées au renforcement de la personnalité, à une aptitude à l'autoréflexion et à l'autocritique.
2. Mais pour élargir les horizons, il faudra également une promotion ciblée de la part de la société majoritaire. La

perméabilité sociale du système éducatif pose problème dans beaucoup d'Etats européens, ce qui touche particulièrement les enfants et les jeunes avec un contexte d'immigration. Le problème des « écoles de ghetto » ou le grand nombre d'enfants de migrants dans les écoles d'éducation spéciale doivent être considérés dans le contexte social, et non pas comme phénomène d'origine culturelle ou religieuse.

3. L'égalité des chances a besoin d'une promotion active. Cela comprend des investissements pour l'acquisition précoce de la langue, l'encadrement de l'apprentissage et l'orientation, ainsi qu'une compétence interculturelle de part et d'autre. Les mosquées et les associations musulmanes peuvent être impliquées activement dans ces efforts. En même temps, il s'agit d'éliminer le racisme et l'islamophobie. L'éducation scolaire marque pour la vie, de sorte que des stéréotypes sur l'islam véhiculés par cette voie sont particulièrement difficiles à surmonter, comme l'a prouvé pour l'Allemagne et l'Autriche une étude sur les manuels scolaires du professeur Susanne Heine. Aujourd'hui, on s'efforce davantage, ayant mieux conscience du problème, de trouver des approches sensibles et éducatives pour traiter l'islam dans les manuels scolaires. Cette tendance doit être renforcée et soutenue davantage encore.
4. Le rôle favorable de la maternelle pour le développement de l'enfant est incontesté. Les avantages pour le développement langagier et social sont si importants qu'elle porte le germe de la réussite future. La recommandation d'une fréquentation de la maternelle est associée à la remarque que l'on pourrait en augmenter considérablement l'attrait pour les parents musulmans si l'on tenait mieux compte de leurs besoins au titre de l'interculturalité et du respect des pratiques religieuses (offre de repas halal).



Les maternelles musulmanes, qui proposent ici une offre sur mesure, peuvent précisément souvent accueillir des enfants dont les parents auraient autrement renoncé à les confier. Comme programme pour une meilleure intégration ultérieure à l'école, il convient de leur accorder un soutien accru.

5. L'instruction religieuse islamique dans le cadre de l'enseignement ordinaire des écoles publiques doit enfin être reconnue comme instrument d'intégration efficace. La mise à égalité visible avec les autres communautés religieuses a un effet favorable sur le sentiment d'appartenance. Le dialogue des religions, dont l'importance est incontestée, ne pourra être porté à la base que si les membres des communautés également connaissent leurs racines et valeurs religieuses. Par ailleurs, l'instruction religieuse contribue activement à la constitution identitaire, en mettant en lumière les différences entre la doctrine religieuse et les traditions d'origine culturelle, et en renforçant la conscience d'être une partie de la communauté européenne. Un enseignement s'appuyant sur la réalité, dans la langue du pays, devra démasquer comme telles les opinions extrémistes et prévenir une auto-ethnisation du fait d'une ghettoisation linguistique ou issue du pays d'origine. Cette qualité de l'enseignement doit également avoir des répercussions favorables sur le développement des écoles coraniques dans les communautés, avec leur offre supplémentaire notamment dans le domaine de la récitation du Coran et de l'entretien de la langue maternelle. Il convient ici de porter une attention particulière au développement de matériels d'enseignement appropriés sur le plan didactique. Les textes de chansons, photocopiés et manuels doivent être conformes au programme d'études officiellement approuvé et à ses objectifs. Les programmes d'études et manuels sont à réviser et à adapter en permanence aux nouvelles circonstances.

6. La formation des adultes est davantage que le seul enseignement de langue. Il faut ici des programmes ciblés pour encourager des loisirs intelligents.

Politique

1. Une racine de graves malentendus réside dans le reproche fait aux musulmans d'avoir un rapport mitigé avec l'Etat, dans la mesure où ils n'auraient pas réalisé l'idée de la séparation des pouvoirs et des tâches entre les directions politique et religieuse. Il serait précieux de développer ici une conscience historique plus précise, tenant compte également de l'évolution des pays islamiques, ce qui est presque complètement négligé dans les programmes d'études scolaires. Un tel savoir pourrait élargir de façon favorable les visions autocentrées, souvent perçues comme présomptueuses par les musulmans, et ouvrir une réflexion sur la comparabilité de principe des déroulements historiques, devenue aujourd'hui un lieu commun du discours européen au titre d'un « déficit des Lumières ». L'ouverture par rapport aux sciences fut un facteur essentiel pour le niveau de développement des sociétés islamiques, dont les impulsions ont notamment aussi profité à l'Europe pour le mouvement des Lumières. En fait, sur de longues périodes de l'histoire islamique, la direction politique était autonome et non pas constituée en union personnelle avec les dignitaires religieux.
2. Inversement, une meilleure compréhension de l'histoire européenne peut expliquer aux musulmans certains états d'esprit et approfondir la compréhension mutuelle.
3. Le terme de « charia » également est souvent interprété de façon totalement erronée (par exemple comme « droit pénal »), ce qui débouche sur de grandes peurs et des attitudes de rejet. Ici aussi, nous appelons à l'objectivité qui s'impose et à une définition correcte qui, en mettant



l'accent sur le caractère dynamique pour l'interprétation des sources, est précisément apte à désamorcer les préjugés. On voit à quel point le pseudo-savoir est contre-productif au regard de la revendication maintes fois exprimée d'une « abolition de la charia », qui est totalement absurde puisque la charia régit la pratique de la foi sur la base des sources, donc par exemple des questions concernant les ablutions pour la prière, le montant de la redevance sociale et religieuse obligatoire pour les pauvres, etc. De telles déclarations non qualifiées ne peuvent que nuire au processus nécessaire de construction de la confiance, puisqu'elles sont nécessairement comprises par les musulmans comme un appel à l'abolition de l'islam.

4. La compatibilité d'un ordre démocratique avec l'islam a été soulignée à maintes reprises par des déclarations officielles musulmanes. L'identification avec l'Etat est naturellement particulièrement forte lorsqu'il y a un recoupement maximal avec les valeurs personnelles. Ainsi, le modèle du statut reconnu de l'islam, tel qu'il existe en Autriche, est effectivement particulièrement approprié, puisqu'il entraîne par le biais du plan affectif du sentiment d'appartenance un dialogue institutionnalisé. On parle ainsi avec, et non pas à propos des musulmans, on peut tirer au clair des questions concrètes dans le pays sans avoir à recourir à des expertises étrangères qui recèlent toujours le problème de n'être ni complètement adaptées à la situation donnée, ni issues de la communauté musulmane locale qui, au lieu de bénéficier de l'autonomie revendiquée, se verrait ainsi déterminée « de l'extérieur ».

5. La participation de personnes de milieux musulmans aux processus de décision démocratiques doit être accrue. Les imams n'attirent pas seulement l'attention sur l'exercice passif personnel du droit de vote, mais indiquent également des possibilités actives de participation, par exemple

dans les représentations de parents d'élèves dans les écoles ou les représentations des travailleurs, ou encore dans le domaine des partis.

6. La politique est appelée à prendre au sérieux le rôle qui lui revient dans le processus mutuel d'intégration. De pair avec des mesures politiques d'intégration, il faudrait également prendre des mesures visant à combattre la xénophobie dans toutes ses manifestations, dont l'islamophobie. Il est préoccupant de constater des tendances à laisser entrer dans la politique des attitudes discriminatoires envers les musulmans. Il ne doit pas y avoir ici de lois spéciales, car les musulmans ne sauraient être sujets à une espèce de soupçon général. L'inversion de la charge de preuve est une infraction à l'Etat de droit.
7. Le racisme est contraire au droit et tout pouvoir qui se fonde dessus est illégitime. L'antisémitisme et l'islamophobie ont besoin d'un travail de réflexion. Les musulmans non plus ne sont pas à l'abri du racisme. La Conférence des imams s'oppose à toute forme de racisme et de discrimination ethnique au sein des communautés musulmanes d'Europe.

Economie

1. En islam, la prospérité ne doit pas être acquise au détriment d'autrui, mais être associée à la responsabilité socialement sous l'aspect de la justice sociale, écologiquement du point de vue de la gestion durable qui traite les ressources avec soin et cherche à entretenir et à préserver la Création.
2. Le souci d'assurer une vie digne au présent et à l'avenir est, du point de vue économique islamique, associé à une série de directives éthiques. Parmi elles comptent l'interdiction des intérêts, l'interdiction des monopoles,



l'interdiction des spéculations et le devoir d'une attitude responsable par rapport à la consommation et aux matières premières

3. Les préceptes économiques islamiques misent sur le fait que l'argent doit rester en circulation. Il faut voir parallèlement à cela le troisième pilier de l'islam, qui commande au titre d'une « purification » le versement d'une redevance sociale et religieuse pour les nécessiteux, s'élevant à 2,5 % de la fortune inactive. Il s'agit ici d'une redistribution dans le sens d'une garantie des besoins fondamentaux de tout membre de la communauté.
4. Les opérations d'intérêts entraînent, du fait du mécanisme associé de thésaurisation de capital par les banques, un manque d'argent en circulation. La réduction du volume des investissements peut provoquer le chômage, fausser la concurrence, générer des tensions sociales. L'endettement de l'Etat constitue un immense problème qui ne concerne pas seulement le tiers monde. Des groupes de population tout entiers sont touchés par la ruine et la misère.
5. Les musulmans devraient développer et promouvoir des alternatives aux opérations d'intérêts. La demande a d'ores et déjà amené des banques occidentales à proposer des secteurs d'activité islamiques, en ayant recours à des experts musulmans.
6. Les musulmans en Europe deviennent un facteur de plus en plus important en tant que consommateurs. Le marché y réagit de façon croissante, par exemple dans le secteur alimentaire, où une certification halal entend répondre aux besoins de cette couche d'acheteurs. Le label de pureté islamique pourrait être utilisé de façon standardisée à l'échelle européenne et devrait être décerné selon des

critères unitaires afin de donner aux consommateurs musulmans la sécurité nécessaire.

Femmes

1. Dans l'islam, l'homme et la femme sont des partenaires équivalents qui assument une responsabilité mutuelle et possèdent la même dignité humaine. Le droit d'apprendre et d'enseigner, le droit au travail, à l'indépendance financière, le droit de vote actif et passif, la participation au discours social sont des piliers soutenant ce statut. L'égalité des chances et la possibilité d'une orientation responsable et libre doivent être accordées aux femmes. Nous entendons approfondir ci-après ces déclarations de principe des conférences précédentes. La question féminine, en effet, est une question intéressant la société dans son ensemble.
2. Il faut donc critiquer et combattre toute forme de violation des droits des femmes. Le mariage forcé, les MGF, les meurtres conjugaux et la violence familiale n'ont pas de fondement dans l'islam.
3. Dans la perception extérieure, c'est souvent à l'image de la femme en islam que se manifeste l'attitude envers la religion en soi. On justifie souvent par là une position de supériorité de la société majoritaire. Le manque de connaissances rend le débat objectif difficile. Lorsque les musulmanes sont avant tout perçues comme des « victimes », cela les pousse dans un cliché de rôle. Paradoxalement, il leur est difficile d'en sortir tant que la société majoritaire maintient l'idée de la femme musulmane passive, « enchaînée par la religion », et lui oppose des barrières lorsqu'elle veut, en tant que musulmane active pratiquant sa foi de manière visible, briser le cliché.
4. Il faut ici parvenir à une façon de penser et d'agir solidai-



re. Les structures misogynes peuvent prendre diverses formes. La pensée interreligieuse et interculturelle s'oppose conjointement à la violence familiale et aux défavorisations structurelles des femmes. La réflexion sur les attributions traditionnelles de rôles et les stéréotypes peut surmonter ces derniers et favoriser l'interconnexion et la collaboration.

5. Une plus forte différenciation entre la religion et la tradition, qui défavorise souvent les femmes et est contraire à l'islam, est indispensable. Sinon, il y a un danger que la religion soit de façon généralisante rendue responsable des abus et que l'on ignore les filières d'argumentation théologiques qui peuvent précisément un rôle éclairant et aider à surmonter de telles traditions. En même temps, une restriction à la seule perspective religieuse serait inadmissible. Car la réalité de vie des femmes musulmanes en Europe est marquée par divers facteurs, qu'il faut analyser en tant que tels.
6. La notion de l'honneur doit être analysée par les imams et être explicitée à partir de la religion, en opposition aux conceptions traditionnelles et culturelles locales.
7. La participation accrue des femmes musulmanes suppose des concepts politiques élaborés allant à l'encontre des tendances à l'exclusion et à la discrimination. Des mesures pour la promotion des jeunes filles et des femmes reconnaissant une attitude de base religieuse constitueraient un pas dans ce sens. Des institutions d'assistance et de conseil soutenues par l'Etat, sensibles aux aspects culturels et religieux, pour et par les femmes musulmanes, constituent une offre d'accès particulièrement aisé et lancent des impulsions d'empowerment. Les femmes doivent être libres de tout rapport de dépendance. L'accès sans entrave au marché du travail joue ici un rôle primordial. L'indépendance est étroitement liée à l'autonomie

financière et donc à l'emploi, sachant que la politique peut prendre des mesures compensatoires et équitables pour que les pères et les maris ne doivent pas être considérés en premier lieu comme chargés de pourvoir à la subsistance.

8. L'interdiction du foulard est contre-productive, puisqu'elle exclut les femmes de domaines importants de la vie. En contradiction avec le droit au libre exercice de la religion, elle exclut les femmes vêtues de façon islamique et provoque ainsi dans bien des cas précisément le repli qu'elle est censée combattre. En outre, les interdictions exacerbent la discussion sur le plan émotionnel et consolident les clichés puisqu'ils tirent précisément leur justification de l'argumentation que les femmes portant le foulard, avec leur participation visible à la société, seraient susceptibles de réfuter : à savoir que le foulard serait un symbole d'oppression et de contrainte, un signe politique d'une attitude extrémiste, et non conforme aux conceptions européennes des rapports entre les sexes. La mise sous tutelle des femmes musulmanes que représentent l'interprétation et la condamnation extérieures d'une partie de la pratique de la foi leur dénie leur autoresponsabilité et peut ainsi intensifier les tendances à la polarisation. Or, le droit à l'autodétermination de la femme ne saurait être mis en question — ni en interne, ni de l'extérieur.

9. Au sein de la communauté musulmane également, il est de plus en plus nécessaire d'agir. La sensibilisation à tout abus de la religion doit être promue. En même temps, la Conférence préconise que dans le domaine du mariage et de la famille également, il convient de trouver de nouvelles réponses islamiques aux défis de l'époque moderne sur la base de la théologie. Celles-ci peuvent également résider dans le fait de redécouvrir et de remettre à profit des éléments tels que le contrat de mariage islamique. Ce



dernier ouvre au couple la possibilité de réfléchir ensemble à l'avenir et de conclure des accords correspondants.

Jeunesse

1. Les jeunes, en tant que porteurs d'avenir, incarnent dans une mesure particulière la vision des Européens musulmans des musulmans européens qui, de par leur appartenance identitaire aux deux côtés, perçue comme une évidence, peuvent jeter des passerelles et jouer un rôle de trait d'union entre les cultures.
2. La jeunesse musulmane doit être consciente de sa responsabilité particulière à cet égard. Il faut pour cela que règne un climat approprié, appréciant leurs compétences particulières, reconnaissant et favorisant comme valeurs personnelles le plurilinguisme, la capacité d'adaptation rapide dans le domaine interculturel et une attitude fondamentale ouverte. La tâche de transmettre une telle appréciation des valeurs et de créer à partir de là des programmes pour la promotion ciblée de ces talents relève tout à la fois des familles et communautés musulmanes et de la société majoritaire. Il faut reconnaître le potentiel des jeunes musulmans, et renforcer leur confiance en eux-mêmes.
3. Les préjugés et la xénophobie latente peuvent entraîner le cloisonnement et l'isolation, ce qui peut à son tour cultiver une attitude de rejet envers « les autres ». Ainsi peuvent se développer des polarisations explosives au niveau de la politique sociale. Afin de prévenir cela, il faut les mesures mentionnées dans le domaine « éducation ». Les jeunes musulmans doivent pouvoir profiter des mêmes possibilités que les jeunes de la société majoritaire (exemple : programmes européens d'échange à l'école, dans la formation professionnelle et les études, indépendamment de la nationalité). Les jeunes ont besoin d'une perspective.

Ils doivent bénéficier des mêmes chances pour l'entrée dans la vie professionnelle ou l'accès au logement.

4. Il convient en outre de promouvoir l'auto-organisation des jeunes musulmans et leur interconnexion avec d'autres organisations de jeunesse. Les associations de jeunes musulmans présentent les caractéristiques que l'on ne trouve pas encore parmi celles de la première génération : la langue du pays comme langue de communication, pas de restriction des membres à un pays d'origine particulier, une offre d'activités s'alignant davantage sur la réalité de vie dans le pays. Faire ici l'expérience de loisirs intelligents, d'une appartenance affective et d'un sentiment de responsabilité pour le fonctionnement commun donne de la force. Indirectement, on combat ainsi également de façon efficace la délinquance juvénile, la consommation de drogues et la propagation de l'extrémisme.

5. Il convient de se pencher particulièrement dans le domaine des jeunes sur le rôle de formation d'opinion des médias. La science doit se consacrer davantage à des phénomènes particuliers concernant la jeunesse musulmane et aider, par des résultats sérieux, à objectiver le débat.

Ecologie

1. Dans sa fonction de gérant de la Création, l'homme assume une responsabilité élevée pour son entretien et sa préservation. Les ressources naturelles ne doivent donc être exploitées qu'avec soin, dans le souci de la durabilité.

2. Le Coran met l'homme en garde contre toute présomption dans l'exercice de sa fonction de gérant : « Nous avons proposé la responsabilité [„ amana „ – l'exercice du libre arbitre et de la raison] aux cieux, à la terre et aux montagnes. Ils ont refusé de la porter et en ont eu peur, alors que



l'homme s'en est chargé, car il est très injuste [envers lui-même] et très ignorant. » (33:72) L'équilibre naturel de la nature doit être protégé et préservé. Car tout comme l'eau, l'air, la terre, la nature animée et inanimée, la faune et la flore sont liés, le Coran présente un cycle de la vie dans lequel des interférences pourraient avoir un impact néfaste sur l'ensemble du système. Le respect du miracle de la Création divine est de mise, et il doit en découler le respect dans les rapports avec elle. Ainsi, sur le monde animal, il est dit : « Nulle bête marchant sur la terre, nul oiseau volant de ses ailes, qui ne soit comme vous en communauté. » (6:38)

3. L'équilibre entre l'exploitation de la nature et sa protection penche souvent à son détriment. La destruction de l'environnement comme conséquence de l'avidité humaine visant une exploitation maximale est abordée dans le verset 30:41 : « La corruption est apparue sur la terre et dans la mer à cause de ce que les gens ont accompli de leurs propres mains ; afin qu'Allah leur fasse goûter une partie de ce qu'ils ont œuvré ; peut-être reviendront-ils. » Les musulmans sont appelés à témoigner ici d'une conscience du problème par leur comportement personnel, et à apporter une contribution active à la protection de l'environnement.
4. Beaucoup de préceptes s'articulent notamment autour de l'eau. L'usage parcimonieux est recommandé. Par exemple, il est mal venu de laisser couler inutilement l'eau lors des ablutions pour la prière. Il y a des règles pour la protection des eaux. L'eau est considérée comme un bien si essentiel qu'il y a un droit fondamental de l'homme à l'eau. L'eau potable doit donc être accessible à tous et ne peut pas être transformée en propriété privée. Dans le domaine des fondations pieuses établies par testament par des croyants, le creusement d'un puits est particulièrement recommandé afin de réaliser une bonne œuvre durable

pour la postérité.

5. Le commandement de la « mesure » se concrétise autour de l'alimentation. Il convient de réaliser la « voie du juste milieu » recommandée par l'islam, entre le plaisir et le souci de la santé dans ce cas précis, ou entre la consommation et la conscience pour les contextes économiques plus vastes, qui ne doivent pas avoir de conséquences dommageables pour l'environnement, qu'il s'agisse d'autrui ou de la nature. Cette attitude peut être directement mise en relation avec la revendication moderne de consommateurs responsables qui, avec leurs décisions d'achat conscientes, agissent selon des normes éthiques (« commerce équitable »).
6. Les musulmans doivent se préoccuper davantage du thème de la « protection de l'environnement » et travailler activement en réseau avec des experts environnementaux et les services compétents des municipalités pour des projets spécifiques.
7. Il convient d'insuffler une nouvelle vie à des traditions islamiques telles que la fondation pour la nourriture et l'accueil d'animaux sans abri, ou la tradition de planter des arbres comme bonne action durable.
8. Les lieux de prière islamiques doivent refléter la conscience écologique des musulmans et, construits en matériaux écologiquement compatibles, devenir des vitrines de cette attitude.
9. Il faut souligner avec fermeté que les musulmans suivent avec préoccupation les impacts néfastes des guerres et de l'emploi d'armes chimiques sur l'ensemble de la nature, et réclament une documentation à ce propos. Il faut exiger des auteurs de guerre une réparation de ces dommages



et de leurs effets sur les hommes également.

Vienne, le 10/03/1427 H.
8 avril 2006

**F
R
A
N
C
A
I
S**





بسم الله الرحمن الرحيم

النسخة العربية المختصرة للبيان الختامي لمؤتمر الأئمة والمرشدين الدينيين في أوروبا

لقد نجح مؤتمر رؤساء المراكز الإسلامية والأئمة في أوروبا" في جراتر عام 2003 في إثبات أن الإسلام متوافق والعنصرية والعنف. وكان الهدف من ذلك تشجيع الاندماج والمشاركة لأكثر من خمسين مليوناً من المسلمين في أوروبا والحفاظ على هويتهم الإسلامية، وكذلك إرسال إشارات واضحة للمجتمعات الأوروبية من أجل تشجيع الحوار والإحترام المتبادل معها ودحض المخاوف والأحكام النمطية.

وفي مؤتمرنا اليوم في عام 2006 نعود للكشف ونؤكد أننا بحاجة لبذل جهود أكبر من أجل الوصول إلى القبول المنشود في المجتمعات الأوروبية. في كثير من الدول الأوروبية تستغل الصعوبات الاقتصادية والاجتماعية من أجل التحريض على الأحناب وبخاصة المسلمين منهم لرسم صورة نمطية سلبية تعزلهم عن فئات المجتمع الأخرى. وممارس على المسلمين ضغوط كبيرة لتهجير كثير من الأحداث في البلاد الإسلامية أو إبداء الرأي حولها، وكان الهدف من ذلك الوصول إلى نتيجة تقرر أن لا توافق بين الإسلام والقيم الغربية، رغم تأكيد علماء المسلمين أن لا أصل لهذه الأمور في الإسلام وأنها وليدة تقاليد بالية.

إن الحداثة تفرض علينا الكثير من التحديات وخاصة ما يتعلق بالأمن والسلام العالميين، وإن على الأديان أن تبذل ما بوسعها للدعوة إلى بذل الجهود بكل مسؤولية للوصول إلى هذا الهدف.

إن الإسلام يدعو إلى التعددية وينظر عليها على أنها رابانية، ويدعو إلى فعل الخير وإلى العدل دون النظر إلى الدين أو العرق أو الصفة أو المكانة الاجتماعية.

وقدمت في ورشات العمل مناقشة العديد من القضايا أهمها:

1. التربية والتعليم وفقه الأقليات
2. السياسة والاقتصاد
3. المشاركة والاندماج
4. قضايا المرأة
5. قضايا الشباب
6. قضايا البيئة والمستقبل



وأما أهم النقاط التي توفقت في هذه الورشات فهي كالتالي:

فقه الأقليات

1. يجب التخلص من توصيف الإسلام بالجمس الغريب في المجتمع الأوروبي، فالإسلام جزء من أوروبا علمياً وثقافياً وتاريخياً.
2. يجب التفريق بين الإدماج Integration والذوبان Assimilation. والإبتعاد عن التهمين من قدر الأخر مما قد يؤدي لإيجاد تجمعات منعزلة عن المجتمع.
3. الإدماج طريق باتجاهين: إتجاه يتعلق بالمسلمين من حيث اندماجهم إقتصادياً وثقافياً وعلمياً وسياسياً واجتماعياً، وذلك من خلال معرفتهم بلغة البلاد وتقاليدها. وإتجاه يتعلق بالأكثرية في المجتمع والتي يجب أن تتيح الفرصة للمشاركة، وأن تراعي التعددية، وخاصة من خلال تسهيل الحصول على الجنسية لتسهيل المشاركة في المجتمع وحركته بأنواعها.
4. يجب الإلتباه أكثر عند استخدام مصطلح "التجمعات الموازية" أو "مجتمعات الظل" والتفريق بينها وبين حق الأقليات في إيجاد بنية تحتية تحافظ على خصوصياتها من دين وثقافة. فلا يجوز وصف هذه البنية بالانعزالية أو التشكيك بانتمائها للمجتمع، مجرد قيامها بما يحفظ ذلك. ولذا يسعى المسلمون لإنشاء مؤسساتهم الخاصة كالمسجد ورياض الأطفال والمدارس وغيرها دون انعزال عن المجتمع، ولكن من أجل بناء جسور التواصل المنشود مع المجتمع.
5. ونجى العناية الخاصة بمساهمة المرأة في هذه المجالات وتطوير قدراتها اللغوية خاصة، لتقوم بواجبها في بناء هذه المؤسسات وتطويرها. وننوه هنا بتجربة Bradford التي ربطت المساجد والمؤسسات الإسلامية هناك بمشاريع التدريب والتطوير المستمر.
6. ضرورة تطوير مهارات الأئمة في مختلف المجالات وخاصة التربوية واللغوية منها، وهذا يعني ضرورة تعلمهم لغة البلاد والتعرف على ثقافتها.
7. كل ما سبق ذكره يجب أن يبادر إليه المسلمون دون انتظار لجهات أخرى تقوم بالبحث على هذه الواجبات.

التربية والتعليم

1. طلب العلم في الإسلام واجب وحق ديني لا ينحصر على فئة ما، ولكنه للجميع وسبب من أسباب تشجيع الاندماج.
2. يعاني الكثير من أبناء المسلمين من صعوبات في مجال التربية والتعليم مما يؤدي أحياناً لإيجاد مدراس منعزلة عن المجتمع (مدارس Getto)، مما يؤدي بالكثيرين منهم لعدم متابعة تحصيلهم العلمي مع ما يرافق ذلك من مشاكل إجتماعية وبطالة عالية.
3. يجب توفير الفرص المتساوية للحصول على الكفاءات العلمية ورفض كل أشكال التمييز والعداء للإسلام.
4. يجب الإهتمام برياض الأطفال لتكون اللبنة الأولى في تعلم لغة البلاد والتهيئة للإندماج الإيجابي في المجتمع كما ذكر أعلاه.



5. إن لتدريس الدين الإسلامي في المدارس الحكومية أهمية خاصة في تشجيع الاندماج وحفظ الهوية الدينية والثقافية، كما سيؤثر في تطوير مدارس القرآن في المساجد والمؤسسات الإسلامية.
6. لا يجوز إقصار التعليم بالنسبة للبالغين على تعلم اللغة فقط، بل يجب تطوير نماذج تدريبية على كل الصعد والمجالات.
7. مراعاة المصطلحات العلمية الإسلامية وغير الإسلامية، حتى لا تختلط المفاهيم، ومن أجل تطوير لغة تفاهم تزيل سوء الفهم عند التعبير عن مقاصد الإسلام.
8. ضرورة التنسيق بين المؤسسات التربوية والعلمية الإسلامية والمهتمة بالعلوم الإسلامية، والتنسيق بين نشاطات الأئمة والمرشدين الدينيين على المستوى المحلي والأوروبي، وتطوير مجالات التخصص للمؤسسات الإسلامية المختلفة.

المشاركة والاندماج

1. إن فصل السلطات معهود في الدولة الإسلامية ويمكن تطويره والاستفادة من التجارب الإنسانية الأخرى في هذا المجال.
2. الإسلام منفتح على العلوم ويشجعها ولا يمانع التفاعل مع نتائجها، وهناك أمثلة كثيرة أفاد منها الغرب وعلى المناهج المدرسية إظهار ذلك في هذا المجال.
3. يجب مراعاة المصطلحات الإسلامية ومعانيها، فقصر الشريعة على نظام الحدود في الإسلام للوصول إلى نتيجة مفادها رفض هذه الشريعة جملة وتفصيلاً أمر مرفوض تماماً. فالشريعة هي جملة الأحكام العملية في جميع مجالات الحياة، ولا غنى للمسلم عن الالتزام بما ضمن ما تسمح به القوانين.
4. لا تناقض بين الإسلام والديموقراطية، وهذا ما يؤكد عليه المشاركون في كل المؤتمرات.
5. إن الاعتراف بالإسلام وبالهيئة الدينية الرسمية في النمسا هو مثال يحتذى لتطوير الحوار المؤسسي وإيجاد الشريك الإسلامي الذي يمثل الإسلام ويعبر عن تطلعات أتباعه.
6. يجب تشجيع مشاركة المسلمين في العملية الديمقراطية والسياسية وعلى الأئمة تشجيع ممارسة حق الانتخاب كوسيلة من وسائل المشاركة المختلفة.
7. لا تنازل عن حرية الصحافة وحرية الرأي ولكن يجب ممارسة هذه الحقوق بكل مسؤولية بعيداً عن التحريض أو الإساءة للآخرين.
8. ضرورة إدراج حق الانتخاب على المستوى المحلي لتشجيع مشاركة المهاجرين في العملية الديمقراطية.
9. رفض كل أشكال العنصرية والتمييز على كل المجالات والصعد البيولوجية والثقافية منها ورفض الإتمام الجماعي للمسلمين كأهم من عوامل زعزعة الأمن في مجتمعاتهم.
10. ضرورة تطوير خطط عمل للتصدي لأشكال معاداة الإسلام في أوروبا كما يتصدى المجتمع ونحن معه لأشكال معاداة السامية والتنسيق بين المؤسسات العاملة في هذا المجال.
11. ضرورة المشاركة في النشاطات الاجتماعية المختلفة على كل الصعد وفي كل المجالات في المجتمع الأوروبي.

1. لا يجوز الرفاه والتمتع بالسعة على حساب الآخرين، وعلى الجميع تحمل مسؤوليتهم تجاه هذا الأمر، وخاصة ما يتعلق بقضايا البيئة ومستقبل الأجيال اللاحقة.
2. إن حفظ كرامة الإنسان لا ينفصل عن قضايا البيئة والاقتصاد وما يقوم عليه من تحريم للربا والاحتكار والمسؤولية في الاستهلاك وترشيد التعامل مع الثروات الطبيعية وتطبيق فريضة الزكاة وواجب الصدقات.
3. يجب تطوير عقود اقتصادية بديلة للربا وذلك بتشجيع البنوك وشركات التأمين الإسلامية.
4. ضرورة تطوير معايير للحلال وذلك لضمان تصنيع واستهلاك يراعي الأحكام الشرعية.
5. ضرورة التواصل والتنسيق مع العالم الإسلامي في المجال الاقتصادي والاستثماري.

قضايا المرأة

1. التأكيد على مساواة المرأة بالرجل بدليل القرآن والسنة، والتأكيد على حقوقها التي ضمنها لها الإسلام كحق الكرامة الإنسانية وحق التعليم وحق العمل والاستقلالية المالية وحق الترشح والانتخاب... الخ.
2. مناصرة قضايا المرأة ورفض كل أشكال العنف ضدها ومحاربتها وخاصة ما يسمى بجرائم الشرف، ورفض ختانها وإجبارها على الزواج، مما لا أصل له في الإسلام. وضرورة تطوير إستراتيجيات محاربة هذه الظواهر.
3. يجب التفريق بين التقاليد في بعض البلاد الإسلامية التي تضطهد المرأة وبين أحكام الشريعة السمحة بما يتعلق بذلك.
4. ضرورة مشاركة المرأة في جوانب الحياة المختلفة وتقديم التشجيع اللازم لتطوير كفاءاتها وقدراتها بغض النظر عن دينها أو جنسها أولونها.
5. حماية المرأة المسلمة والدفاع عنها تجاه القوانين التي تمنعها من ممارسة حقوقها كحق العمل مثلاً بسبب التزامها بمجتها الإسلامي.
6. ضرورة أن تقوم المؤسسات الإسلامية بدورها في تشجيع المرأة ونشاطها في هذه المؤسسات بكل الأشكال الممكنة.
7. إبراز واجب الأمة ودورهم في تغيير المفاهيم المخالفة للشريعة ودعم قضايا المرأة بشكل واضح.

قضايا الشباب

1. الشباب هم أمل الأمة وأمل المستقبل لذا يجب ترسيخ هويتهم الإسلامية وتطوير قدراتهم وكفاءاتهم في جميع المجالات.
2. ضرورة زيادة وعي الشباب بالاندماج الإيجابي في المجتمع دون التخلي عن هويتهم الإسلامية.



3. ضرورة حماية الشباب من كل أشكال التمييز المختلفة وتشجيعهم على التعاطي مع التعددية الثقافية والفكرية والدينية والسياسية.
4. ضرورة رفع مستوى التنسيق بين المؤسسات الشبابية الإسلامية في أوروبا.
5. التنبيه إلى دور المجتمع في تشجيع الشباب وإعطاءه الفرصة الكافية للإندماج دون الذوبان وتوفير فرص العمل الكافية له.
6. إعطاء الشباب الدور اللائق بهم في المؤسسات الإسلامية.

قضايا البيئة والمستقبل

1. التوعية بمسؤولية المسلمين تجاه قضايا البيئة كواجب ديني.
2. رفض كل أشكال الإسراف والتبذير ومراعاة الاستهلاك في ذلك.
3. على المساجد أن تهتم بقضايا البيئة وخاصة عند تشييدها، ولفت الانتباه إعلامياً إلى ذلك.
4. تشييد وتنظيم الأوقاف المهتمة بالبيئة وحماية الحيوان وإظهار ذلك إعلامياً.
5. مطالبة الاقتصاديين بمراعاة البيئة وقضايا المستقبل في أعمالهم.
6. ضرورة إنشاء منظمة تنسيقية لتطوير نماذج عمل بيئية تجمع المؤسسات والفعاليات الإسلامية تحت مظلتها.

والسلام عليكم ورحمة الله وبركاته.



Aus der Presse:

European Imams Urge Better Opportunities

VIENNA, Austria (AP) - Imams and Islamic leaders urged European governments on Sunday to launch affirmative action-style programs and streamline citizenship paths to help ease integration for the continent's 33 million Muslims.

The appeal was part of a declaration wrapping up two days of discussions on efforts to forge a European-focused identity for Muslims on the continent. But the document included a gloomy reality check: noting the growing public chill toward Islam, while small but vocal radical Muslim groups appear to mock European values.

„Muslims in general have come to symbolize the ‘foreigner’ who should be kept at a distance in these times of uncertainty,” said the eight-page document produced after workshops and speeches by more than 150 European-based imams and top religious advisers. “Muslims are confronted with a strong need to justify themselves.”

It also conceded that Muslims cannot transform their communities alone. The message carried undertones of a warning: European authorities must offer opportunities to Muslims or risk creating social time bombs such as last year's riots in France in poor and mostly Muslim suburbs.

„Integration is not a one-way street, but a mutual process,” the declaration asserted.

It extended a wish list to European officials, including U.S.-style “affirmation action” employment programs for Muslims and initiatives for Muslim women to overcome cultural barriers that often prevent them from seeking jobs.

„Independence is closely linked to financial independence and employment, and politicians can create measures so that fathers and husbands don't always have to provide the primary source of income,” the document said.

France and other nations have considered ideas to give Muslims job boosts - known here as “positive discrimination” - but the concept has not gained wide support across Europe. The 25-nation European Union, which has increased efforts at integration, has only limited power over national employment laws.

The statement also calls for more government support for language training and inter-religious contacts to help “erode racism and Islamophobia” at a time when fodder is plentiful - including the 2004 slaying of Dutch filmmaker Theo Van Gogh, the anti-Western sermons of radical preachers such as London's Abu Hamza al-Masri and the deadly fallout from caricatures of the Prophet Muhammad.

The declaration by the European imams - including the top Shiite Muslim cleric in Germany - called for streamlined citizenship processes for Muslims and said “freedom of press and opinion is a general and essential good.” But it noted that Europe's Islamic leaders still have not reached a common view on how to reconcile such openness with possible offenses to their faith.

The difficulties echoed the larger challenges of the conference, which built upon the first such gathering in Graz, Austria, in 2003. The goal is to develop a style of Islam that meshes with European culture while weakening the often conservative



influence of homelands in Arab nations or South Asia.

Some imams stressed the need to fully re-examine Islamic law and traditions to accommodate the realities of being a minority living in the West, such as recognizing civil codes over religious rules. Others urged for European Muslims to fight "self-exclusion" and seek greater roles in politics and social organizations. Still others said it was vital to end practices such as arranged marriages and forcing women to remain homebound.

Abduljalil Sajid, chairman of Britain's Muslim Council for Religious and Racial Harmony said Muslims have no choice but to tackle the "plagues of Europe: hatred, bigotry, racism, extremism and terrorism."

"We can't live in parallel societies, one Muslim and the other 'European.' This is not good for the European Muslim and it's not good for Europe. Both will suffer," said Lyman Salwa Alzayed, a religious adviser to Muslim teachers in Austria.

*The***Guardian**

By Brian Murpy
The Guardian

Sunday April 9, 2006

Imams vow to preach values of Islam, West

VIENNA, Austria -- European imams have pledged to work harder to prove that Islam is compatible with democracy and that the majority of Muslims living in the West support human rights, free speech and pluralism.

More than 130 prayer leaders from across the continent, in a meeting sponsored by Austria as the current president of the European Union, agreed that Islamic theologians in Europe must do more to establish that their faith does not clash with Western values.

The declaration published yesterday amounted to a catalog of homegrown moderate views that Western politicians have been urging Muslim leaders to draw up as a bulwark against radical Islamic ideologies from the Middle East.

But an attack on an Islamic cemetery being built in Vienna reminded them of the hostility that Muslims meet throughout Europe.

"Muslims in Europe are making history," said Mouddar Khouja, a senior official of the Islamic Community in Austria, which organized the two-day meeting at which several speakers urged "new thinking" to develop a theological basis for Islam in Europe.

He said European imams were issuing fatwas, or religious edicts, dealing with modern challenges, such as condemning terrorism, instead of leaving the field open to radical Middle Eastern preachers who glorify violence on the Internet.

"We have shown how to protect ourselves from fatwas from other countries," he said. "We have fatwas from imams living in Europe, and they speak for themselves."

Imams, who lead Friday prayers in mosques, play an important role in Islam because the faithful often ask their advice on what the religion allows or forbids Muslims to do.



This is routine in Muslim-majority countries, but Muslims in Europe face new challenges as minorities in non-Islamic societies. They also have fewer Islamic scholars and little or no tradition of Muslim life in the West to which they can refer. This Conference of European Imams was aimed at strengthening moderate voices that are sometimes drowned out in Muslim discussions by radical anti-Western preachers whose sermons and writings on the Internet inspire small groups of extremist Muslims in Europe.

The conference stressed that Muslims might better adapt to Europe, which some of them see as corrupt and immoral, if imams stressed in their sermons that core Western values of democracy and freedom meshed with their own faith.

„Imams, as teachers and preachers, have a duty to emphasize to their congregations to play a positive role ... in addressing the plagues of Europe -- hate, bigotry, racism, extremism and terrorism,“ said British imam Abduljalil Sajid.

The meeting was clouded by an attack on an Islamic cemetery being built in a suburb of Vienna. The building shell of the prayer room was set on fire over the weekend. Its outside walls were smeared with graffiti saying: „Will be blown up.“ The conference’s declaration urged Muslim theologians to point out chapter and verse how Islam fits with Western values.

„Theological arguments have a good chance of leading to lasting changes in attitudes,“ it said. „These should be seen as part of the solution and fostered in public discussion.“

Among the practical steps they sought were Islamic arguments against immigrants’ isolating themselves in self-made ghettos, refusing to integrate or rejecting the separation of church and state in Western democracies.

Imams also should show that violations of women’s rights -- through forced marriages, female circumcision and „honor killings“ -- were rooted in traditions from outside Europe and not justified by Islam, they said.

„We need some new thinking,“ said Ayatollah Sayed Abbas Ghaemmagami, head of the Imam Ali Islamic Center in Hamburg, Germany, a leading Shi’ite center in Europe.

„Today, we are in dire need of a social model that is just and realistic [and can] arrive at solutions to the problems that prevent integration and peaceful living together,“ he said.

By Tom Heneghan

The Washington Times

Reuters News Agency

Published April 10, 2006

The Washington Times

Europe European Muslims seek integration into society

European Muslims are not content to remain „separate and isolated“ and moderate Islamic leaders must make greater social and political integration their main goal, the head of Austria’s Islamic community urged Friday to open a conference of imams and religious advisers from across the continent.

„The Muslims of Europe want to be an active and central part of the societies they



live in," Anas Schakfeh, president of the Islamic Authority in Austria, told the gathering. „They don't want to be build a separate and isolated society.“ Schakfeh appealed for bolder strides toward the overall theme of the two-day conference: developing a clear identity for European Muslims that can preserve traditions but embrace Western values.

The conference also seeks to forge new alliances to confront issues of cultural isolation, youth anger and worries about growing radical movements among Europe's estimated 33 million Muslims.

The Jerusalem Post, Apr. 7, 2006

ONLINE EDITION
JERUSALEM POST

Islam: Imams Call For Greater Integration Of European Muslims

A conference of Muslim leaders from across Europe ended in Vienna on April 9 with a final declaration calling for European Muslims to become more deeply integrated while preserving their identities.

A conference of Muslim prayer leaders from across Europe ended in Vienna on April 9 with a final declaration calling for European Muslims to become more deeply integrated while preserving their identities.

Carla Amina Baghajati, a spokeswoman for the Islamic Community of Austria, one of the organizers of the conference, said the statement highlights the role of imams as an interface between Muslim communities and mainstream European societies.

„The final declaration states clearly that participation as a way toward integration is something that can be declared and fostered, especially by imams, as they are in a position to bring forward such ideas into Muslim communities,“ she said.

The three-day meeting focused on how to integrate Muslim communities into the European mainstream while maintaining European Muslims' cultural and religious distinctiveness.

It also sought to confront issues of cultural isolation, anger among the young, and concerns about growing radical movements among Europe's estimated 33 million Muslims.

Baghajati said the conference also confronted the thorny issue of women's rights in Europe's Muslim communities.

The final statement „does not close its eyes to problems, problems such as FGM [female genital mutilation], problems such as honor crimes [in which women deemed to have dishonored their family or community are punished, and sometimes killed], or problems such as cruelty towards women in general.“

Organizers say the challenge for moderate Muslim leaders is to forge a new





type of Islam that rests comfortably in the West, and no longer considers itself an extension of homelands in the Arab world or South Asia.

Baghajati believes imams could play an important role in achieving these goals and in building bridges between civilizations.

Imams can encourage Muslims „to be active members of society, to be visible, and, through their visibility, to help overcome cliches, help overcome fears and unease about Islam.“

The conference brought together some 130 imams from more than 40 countries. Among those attending were the president of the European Commission, Jose Manuel Barroso, European Commissioner for External Relations Benita Ferrero-Waldner, Austrian Chancellor Wolfgang Schuessel, whose Foreign Ministry was one of the organizers, also took part in the conference.

By Eugen Tomiuc
Radio Free Europe
Prague, April 9, 2006 (RFE/RL)

EU Imams Urge Effective Integration, Acceptance

European imams exhorted Muslim minorities across the continent on Sunday, April 9, to better integration and effectively participate in all aspects of society, urging European countries to give their Muslims the opportunity to become part of society.

„Integration is no one-way street, but should be seen as a mutual process,“ said the final declaration of the second Conference of European Imams, reported Agence France-Presse (AFP). Integration, education, politics and women's rights featured on the agenda of the meeting, which brought together 300 Muslim leaders, imams and female preachers from about 40 European countries.

The three-day conference was a follow up on a meeting held in the Austrian city of Graz in 2003. Austrian Chancellor Wolfgang Schuessel and European Commission President Jose Manuel Barroso led prominent European figures who attended the opening session. The conference was co-sponsored by Austria, which holds the current rotating presidency of the EU.

Positive Role

The imams called on European Muslims of all ages to learn the language, the „instrument of communication,“ of their host country.

„Investing in early language acquisition... as well as mutual inter-cultural skills“ should be encouraged, the Food and Agriculture Organization of the United Nations declaration said.

The participants also urged effective participation by Muslims in political, economical, cultural, social and academic life.

„It is the principle of Islam that the Muslim in Europe be active and participate in all aspects of life,“ said Ahmed Al-Rawi, president of the British-based Federation of Islamic Organizations in Europe. Imam Abduljalil Sajid, president of Britain's Muslim Council for Religious and Racial Harmony, agreed.

He said imams should play a stronger role in helping their communities integrate into society. „Imams, as teachers and preachers, have a duty to emphasize to their



congregations to play a positive role ... in addressing the plagues of Europe -- hate, bigotry, racism, extremism and terrorism."

Talk to Muslims

The European imams, meanwhile, urged authorities across the continent to give their Muslims the chance to become part of society. European authorities should be „talking with and not about Muslims,“ the imams concluded. A representative from France had said Muslims in her country had adopted the language and citizenship but were still discriminated against when applying for a job.

A Sorbonne research released last year by the French Observatory Against Racism found that Arab names and dark complexion represent an obstacle to jobseekers. The „Discrimination at Workplace“ research said that the organization sent 325 CVs of competitive applicants, who only differ in names and origin, to find later that the opportunity for North African applicants to get a job is five times less than natives.

Writing History

Many of the participants believe the conference will be a turning point in the relation between Europe and its Muslim minorities, reported Reuters. „Muslims in Europe are making history,“ said Mouddar Khouja, the representative of the organizer Islamic Religious Authority (IRA). Burhaneddin Dag, of the Islamic Centre in Hamburg, agreed. „I'm proud that what happened here can be a model for all European countries... we wrote a piece of history.“

An attack on an Islamic cemetery being built in a suburb of Vienna reminded the conference participants of the hostility Muslims meet throughout Europe. „The graffiti shows this was an anti-Islamic attack,“ said Omar al-Rawi, head of integration affairs at the IRA.

The building shell of the prayer room was set on fire at the weekend. Its outside walls were smeared with graffiti saying: „Will be blown up.“

A similar attack on a mosque happened after another Islam conference last November.

Beate Winkler, head of the European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC), told the conference on Saturday, April 8, that anti-Muslim bias is dangerously high in Europe.

„Some people stereotype all Muslims as devotedly religious and sharing a fundamentalist view of Islam,“ she said, warning of a vicious circle of discrimination and hostility towards Muslims from parts of the European majority.



„Muslims in Europe are making history,“

VIENNA, April 9, 2006 (IslamOnline.net & News Agencies)





Respekt als Exportartikel

Bericht zur Wiener Konferenz Europäischer Imame und SeelsorgerInnen 2006

„Zusammenleben und Dialog funktionieren hier wirklich“

Wien, so der Bürgermeister und Landeshauptman Michael Häupl, „ist ein internationales Vorbild für das friedliche Zusammenleben der Religionen“. Beste Voraussetzungen also für die Konferenz Europäischer Imame und SeelsorgerInnen, die von der IGGiÖ, der European Islamic Conference, der Stadt Wien und dem österreichischen Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten veranstaltet wurde. Allein die Eröffnungsveranstaltung im Festsaal des Wiener Rathauses machte deutlich, dass in Österreich etwas vorhanden ist, wofür Muslime in Deutschland noch kämpfen: ein Klima des gegenseitigen Respekts und der Achtung – auch und besonders gegenüber der muslimischen Minderheit. Dieses Klima wird institutionell von der Anerkennung der Muslime als Religionsgemeinschaft getragen, die den christlichen Kirchen gleich gestellt ist. Es äußert sich in guten und engen Beziehungen der IGGiÖ zu staatlichen und gesellschaftlichen Stellen, wie die RednerInnen der Feier mehrfach unterstrichen. Bundeskanzler Schüssel, Außenministerin Plassnik und der Präsident des Nationalrates Khol waren sich darin einig, dass Österreich als Erfolgsmodell für das Zusammenleben verschiedener Religionen in Europa gelten kann. Gemeinsam betonten sie die wichtige und fruchtbare Rolle des Islams und der Muslime für die europäische Geschichte und Gegenwart. Der Präsident der Europäischen Kommission Barroso, der absagen musste, ließ seine Rede von der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen Ferrero Waldner verlesen. Den „clash of civilizations“ bezeichnete er darin als falschen Begriff, stattdessen müsse man von einem „clash of ignorance“ sprechen. Dass es bei der Veranstaltung aber nicht um eine „Schmusestunde“ ging, machte Dr. Andreas Khol deutlich, der auf einige noch ungelöste Probleme hinwies, wie die teilweise mangelnden Deutschkenntnisse der Religionslehrer und islamistische Inhalte in Lehrbüchern. Jedoch – und das ist der Unterschied zu Deutschland – wurde diese Kritik in einer Art und Weise vorgetragen, welche die Muslime nicht in eine Verteidigungshaltung drängt und keinen Zweifel daran lässt, dass die Beziehungen zwischen dem Staat und der muslimischen Religionsgemeinschaft auf einem grundsätzlichen Vertrauensverhältnis basieren. Auf dieser Grundlage können Probleme gemeinsam und im kontinuierlichen Austausch angegangen und gelöst werden. „Zusammenleben und Dialog funktionieren hier wirklich“, sagte Kanzler Schüssel, und das sei ein „österreichischer Exportartikel“. Solche Sätze machen angesichts der derzeitigen EU-Präsidentschaft Österreichs Hoffnung auf praktische Umsetzung.

Nachhilfe für Deutschland

Dass es maßgeblich vom politischen Willen abhängt, welche Rolle die Muslime in den europäischen Gesellschaften spielen, ist eine der wichtigsten Erkenntnisse dieser Konferenz – insbesondere für deutsche TeilnehmerInnen. Das österreichische Beispiel zeige, so Axel Ayyub Köhler, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, was die Muslime erreichen können, wenn man sie nur lässt. Wer nach europäischen Erfolgsmodellen für die aktive gesellschaftliche Partizipation der Muslime sucht, kann fündig werden – nicht nur in Österreich, sondern



auch in Großbritannien: In einem der interessantesten Referate der Konferenz berichtete Qudrat Shah, Dienststellenleiter im Referat für Gleichstellung in Bradford, wie mit einem Aktionsplan die örtlichen Koranschulen evaluiert und ihre Zusammenarbeit mit den lokalen staatlichen Schulen und Erziehungsbehörden gefördert wurde. Durch Identifizierung von „best practice“, Vernetzung und Ausbildung der Imame konnte die Qualität des Unterrichts und der pädagogischen Methoden deutlich verbessert werden. Auch dies ist das Ergebnis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Stellen und muslimischen Einrichtungen. Es geht also auch anders – wenn man will.

Ein Teilnehmer der Konferenz war der deutsche Botschafter in Österreich Hans-Henning Horstmann. Vielleicht nimmt er den Auftrag zum Export von Anerkennung ernst und übermittelt der noch jungen deutschen Regierung ein paar hilfreiche Tipps vom kleinen Nachbarn.

Deutschen Islamischen Zeitung
von Silvia Horsch
13.4.2006

Report shows anti-Muslim bias in EU

Prejudice against Muslims is dangerously high in Europe and can lead to a vicious circle of isolation and radicalisation of immigrant youths, the head of the European Union's racism observatory says.

Beate Winkler, head of the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, told European imams in Vienna that European countries have enough laws to foster integration, but they are not well implemented and real issues are often avoided.

European Muslim leaders at the session, organised by Austria during its presidency of the European Union, supported the goal of integrating their communities and Islam into European life, but said this needed time and creative thinking.

„The level of discrimination against Muslim communities in Europe remains dangerously high,“ Winkler said.

„Some people stereotype all Muslims as devotedly religious and sharing a fundamentalist view of Islam,“ she said, which could produce a vicious circle of discrimination and hostility towards Muslims.

„Muslims have a dangerous feeling of hopelessness and withdrawal from the wider community, which in turn leads to alienation, especially among young Muslims of immigrant descent,“ she said.

Winkler gave no statistical evidence, but said her agency would soon publish two reports on Islamophobia in Europe.

The meeting brought together more than 100 imams from around Europe to discuss ways to better integrate their communities into European life, a job that Benita Ferrero-Waldner, the EU foreign affairs commissioner, said they were well placed to do.

„Islam is as much a part of modern-day Europe as it has been part of its history“,

Benita Ferrero-Waldner,
EU foreign affairs
commissioner



„This is an absolutely crucial moment in intercultural and interfaith relations in Europe,“ she said, noting „renewed attention in the so-called clash of civilisations“. „Europe is home to an estimated 20 million Muslims,“ she said, denying any clash was inevitable. „Islam is as much a part of modern-day Europe as it has been part of its history.“

New thinking

Speakers agreed that public attitudes towards Islam, now the second-largest religion in most European countries, had hardened since the September 11 attacks in the US, bombings in Madrid and the murder of Dutch filmmaker Theo van Gogh. Winkler said European authorities could help their Muslim minorities by supporting mosque construction, providing time for religious broadcasts in public broadcasting and assuring proper education of imams and teachers of religion.

European Muslims must work more actively against extremism, honour killings, forced marriages, spousal abuse and self-imposed isolation and help solve issues arising from halal butchering or the wearing of headscarves, Winkler said.

„All these cause problems for the majority communities and are getting a heavy media coverage,“ she said.

Ayatollah Sayed Abbas Ghaemmagami, head of the Imam Ali Islamic Centre in Hamburg, said European imams struggled with the problem of adapting Islam to life in Europe.

„We need some new thinking,“ the Shia scholar said. „Today we are in dire need of a social model that is just and realistic (and can) arrive at solutions to the problems that prevent integration and peaceful living together.“

Amir Zaidan, head of the Islamic Religious Teaching Institute in Vienna, said Islam in Europe needed „a general overhaul of norms and the creation of some new standards.“

„We have to put aside all antipathy towards new lifestyles in western Europe so we can see objectively if they are compatible with Islam,“ he said.



www.aljazeera.net
Saturday, 08 April 2006

In Europas muslimischem „Musterland“



Koranrezitation auf der Wiener Imamekonferenz (v. li.: Außenministerin Plassnik, BK Schüssel, Präs. Schalkhof (Islam. Glaubensgem.), Bgmst. Häupl, NR-Präs. Khol, EU-Komm. Ferrero-Waldner)

Wiener Imame-Konferenz: Zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren kamen europäische Muslime im „Musterland“ Österreich zusammen. VON OTTO FRIEDRICH

Als es eines weiteren Nachweises für islamische Aktivitäten in Österreich bedürft hätte: Am Sonntagmorgen gab es einen – nach Polizeiangaben – nicht mit einem hohen Grad an Professionalität – begangenen – Brandanschlag auf den in Bau befindlichen islamischen Friedhof in Wien-Liesing. Erst am Abend zuvor war in Wien die Konferenz europäischer Imame zu Ende gegangen. Eines der großen Themen dort – natürlich die Diskriminierung der Muslime in europäischen Gesellschaften.

Werben um Integration

Im Juni 2003 waren europäische Imame und Seelsorgerinnen erstmals in Graz zusammengekommen. Damals war es unter anderem darum gegangen, den Islam als kompatibel mit Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaat zu diskutieren – wobei auffällig war, dass sich die Schlussklärung der damaligen Konferenz dezidiert gegen den Begriff „europäischer Islam“ wehrte (weil es nur „einen“ Islam gebe), sehr wohl aber vom „Islam in Europa“ sprach, der auf die Bedürfnisse und Probleme der Muslime in Europa spezifische Lösungen suchen sollte. Gleichzeitig warb das Schlussdokument von Graz 2003 für verstärkte Integration von Europas Muslimen – die Wiener Konferenz vom letzten Wochenende wollte sich nicht zuletzt der Fortführung dieser Thematik widmen.

Über 130 Imame und Seelsorgerinnen aus 40 europäischen Ländern waren diesmal versammelt. Themen wie der „Karikaturenstreit“ machten eine innermuslimische Positionierung diesmal besonders aktuell wie brisant. Die mehrstündige Schlussklärung der Wiener Konferenz setzte aber bei einer enttäuschenden Bilanz der Entwicklung seit 2003 an: „In verschiedenen europäischen Ländern sind soziale und wirtschaftliche Spannungen gleichzeitig in Zu-

sammenhang mit einer oft aggressiv und emotional geführten „Ausländerdebatte“ zu bringen. Muslime werden pauschal tendenziell als Fremde betrachtet, um ein Bild des Fremden entstehen zu lassen, das in Zeiten der Unsicherheit Halt in einer negativen Abgrenzung bietet.“ Daneben beklagen die Muslime auch, einem starken Rechtfertigungsdruck ausgesetzt zu sein, als an der öffentlichen Wahrnehmung die Krisenberichterstattung Bildern von Aggression und Gewalt, oft aus europäischen Schauplätzen, in den Vordergrund rücke.

Neben den Klagen über die ungenügende Akzeptanz durch Europas Mehrheitsgesellschaften bemühen sich die in Wien versammelten muslimischen Vordenker und Multiplikatoren aber ebenso um eine selbstkritische Reflexion wie um ein Zurschaufstellen muslimischen Selbstbewusstseins.

Selbstkritik klingt etwa in der Schlussklärung an, wo es darum geht, dass muslimische Gelehrte gerade bei Erreichungsformen, die auf „überkommene Traditionen“, die im Gegensatz zum Islam stünden, zurückzuführen seien, aktiver an Bewusstseinsänderungen innerhalb der muslimischen Community mitarbeiten sollten. Das Dokument, das auch die Ergebnisse von Arbeitsgruppen dokumentiert, plädiert da unter anderem für ein verstärktes Bemühen um den Erwerb der Landessprache.

Für selbstbestimmte Frauen

Auch in der Aussage, dass die Imame Europas „an der Rolle der Respektsperson herantreten“ und „zur Vertrauensperson werden“ sollten, deutet auf Defizite hin, an denen Muslime arbeiten wollen. Beim Thema Frauen werden „Zwangsheirat“, Genitalverstümmelung, „Ehrentöde und familiäre Gewalt“ als ohne Grundlage im Islam bezeichnet, ein längerer Passus polemisiert gegen Kopftuchverbote, enthält aber auch die Formulierung: „Das Selbstbestimmungsrecht der Frau soll außer Frage stehen – nach ihnen wie nach außen.“

Carla Amina Baghajati von Österreichs islamischer Glaubensgemeinschaft erläuterte dazu beim abschließenden Pressegespräch, es müsse das Recht jeder muslimischen Frau sein, sich selbstbe-

stimmt für oder gegen das Tragen des Kopftuches zu entscheiden.

Muslimisches Selbstbewusstsein galt es auch in den Diskussionen der Konferenz zu zeigen. Wilfried Murad Hofmann, langjähriger deutscher Botschafter und großer alter Mann des deutschen Islam, zeichnete in seinem Diskussionsbeitrag ein rosiges Bild von den Vorzügen, die der Islam auch europäischen Gesellschaften bringen könne.

Keine Alleinerzieherinnen

Die Fastenpraxis im Ramadan (keine Nahrungs- und Genusmittel zwischen Sonnenauf- und -untergang) mache immun gegen Drogen, die islamische Sicht der Groß-Familie vermeide viele Probleme säkularer Gesellschaften, nach den Worten Hofmanns gebe es bei gläubigen Muslimen das Problem von Kinderpornos nicht, und islamische Gesellschaften würden alleinerziehende Mütter als Modell nicht kennen. Hofmann ging so weit, das Gebet des Muslims für die Gesundheit zu deuten: sich mehrmals am Tag zu Gott zurückzusetzen, mache stressunabhängig

Wer war da in Wien aber zusammengekommen? Neben der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich firmierte die „Europäische islamische Konferenz“ als Veranstalter. Wie repräsentativ eine solche Zusammenkunft für Europas Muslime tatsächlich sein konnte, blieb eine offene Frage, die angesichts der muslimischen – auch ethnischen – Vielfalt kaum pauschal zu beantworten war. Bei der Pressekonferenz bemühte ein türkischer Journalist die geringe Anwesenheit türkischer/muslimischer Imame, eine schiitische Gruppe aus Österreich hatte schon im Vorfeld dagegen protestiert, nicht eingebunden zu sein. Gleichwohl nahm mit Ayatollah Ghaemmaghami aus Hamburg ein prominenter Schiit und führender in seinem Referat Muslime aller Rechtsschulen – auch der schiitischen – auf, untereinander zu kooperieren und mehr Dialog zu führen.

Österreich macht's möglich

Wie schon in Graz 2003, so war auch in Wien sichtbar, das was der Art muslimischer Kooperation und Zusammenkunft in Europa noch Neuland darstellt. Die meisten Muslime Europas (Ausnahme Bosnien-Herzegowina und andere Balkanregionen) finden sich nach wie vor als Immigrationsgesellschaften wieder, in der sich auch der Zusammenhalt der Muslime erst langsam entwickelt. So gibt es etwa in Deutschland keine Dachorganisation, die der Staat als seiner „Gesprächspartner akzeptiert.“

Kein Zufall, dass diese „europäische“ Imamekonferenz – nach Graz 2003 – zum zweiten Mal in Österreich stattfand, galt Österreichischen Versammelten damals wie jetzt als Paradebeispiel gelungener Zusammenarbeit von Muslimen und dem Staat. Österreichs Islamgesetz, 1912 noch in der Monarchie erlassen, macht dies möglich.

Und so war man auf allen Seiten bemüht, dieses gute Verhältnis zu betonen. Anna Schalkhof, Präsidentin der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, lobte dies ebenso wie die Vertreter internationaler islamischer Organisationen. Und Österreichs politische Repräsentanten, die zahlreich erschienen waren – Bundeskanzler Schüssel, Außenministerin Plassnik, Wiens Bürgermeister Häupl,

dazu auch EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner – wurden gleichfalls nicht müde, ins gleiche Horn zu stoßen und für sich ein gutes Zusammenleben zu werben.

Khols Lob und klare Worte

Dieses positive Bekenntnis hieß aber die Politiker nicht davon ab, auf „Heranforderungen“ im gegenseitigen Verhältnis hinzuweisen. Nationalratspräsident Andreas Khol nahm sich in seiner Rede zur Eröffnung der Konferenz neben viel Lob auch kein Blatt vor dem Mund: Er sprach die „nicht ausreichenden Deutschkenntnisse“ vieler Muslime an und kritisierte ihm bekannte Leherbelle für den islamischen Religionsunterricht, die „eindeutige“ islamistische und „supernaturalistische“ (den Islam überanderstellende) Inhalte transportieren.

Auch wenn der eine oder andere Konferenzteilnehmer nach dieser Kritik wenig amüsiert blickte, nahm man sich ihrer sehr wohl an. Im Schlussdokument findet sich die klare Option fürs Erlernen der Landessprache als Integrationsbeitrag der Muslime ebenso wie das Bekenntnis zur Entwicklung geeigneter didaktischer Lehrmaterialien, die „im Einklang mit dem offiziellen approbierten Lehrplan“ stehen (ein verkaulertes Eingeständnis, dass islamistische Lehrmittel sehr wohl im Umlauf sind).

Im Bildungsausschuss des Schlussdokuments wird dann der „Religionsunterricht im Islam im Rahmen des Regelunterrichtes“ als wirksames Instrument der Integration bezeichnet. Auch dieser Passus der Erklärung kann als Reaktion auf Khol's Kritik verstanden werden: Der Nationalratspräsident hatte sich darüber besorgt gezeigt, dass sich in Österreich Muslime zunehmend vom Religionsunterricht abmelden und diesen in privaten Vereinen und Moscheen wahrnehmen, wo die Inhalte keiner öffentlichen Wahrnehmung unterliegen.

Dass – in Österreich wie in Europa – sowohl bei den Muslimen untereinander als auch zwischen den Gesellschaften und ihren Muslimen viel zu tun bleibt, darüber waren sich Teilnehmer und Beobachter einig. Aber auch darüber, dass der muslimische Versuch, die gemäßigten Kräfte des Islam in Europa zu stärken, nur zu begreifen ist, Wortlaut der Erklärung, www.derislam.at



Islam. Friedhof in Wien beschmiert